

Bernhard Strebel

**»Es ist nicht ganz einerlei, wie die Straße heißt,
in der man wohnt«**

**Straßennamen in Celle und personelle Verbindungen
mit dem Nationalsozialismus**

Durchgesehene und ergänzte Fassung

Hannover, 30. November 2010

Im Auftrag der Stadt Celle

Inhalt

Einleitung	1
Forschungslage und Methode, Quellenlage und Quellenkritik	2
»Berlin Document Center«	5
Entnazifizierungsakten	6
I Mitgliedschaften	9
II Konservativer Widerstand	12
Ludwig Beck	12
Carl-Heinrich von Stülpnagel	13
Peter Yorck Graf von Wartenburg	14
Carl Goerdeler	14
Ulrich von Hassell	16
III Wehrmacht	17
Erwin Rommel	17
Werner Freiherr von Fritsch	17
IV Autorinnen und Autoren	19
Carla Meyer-Rasch	20
Hanna Fueß	21
Heinrich Hüner	24
Otto von Boehn	25
Felicitas Rose Moersberger	26
Agnes Miegel	27
V Einzelfälle (I)	28
Helmuth Hörstmann	28
<i>Als Student und Arzt in der SS</i>	28
<i>Berlin</i>	35
<i>Landsberg (Warthe)</i>	37
<i>Kriegsende und danach</i>	46
Wilhelm Heinichen	55
Hermann von Rautenkranz	63

Helmut Thiele	71
Erich Eichelberg	72
Jürgen Ricklefs	81
Otto Haesler	83
VI Einzelfälle (II)	89
Hanns Martin Schleyer	89
Karl Schiller	90
Ernst Sprockhoff	91
August Bier	92
Emil Ermshaus	92
Hildegard Wallis	93
Theodor Wilkens	93
VII Splitter.....	95
Zusammenfassung	97
Quellen und Literatur	104
Tabellarische Übersicht	121

Einleitung

»Man muß dem Kinde einen Namen geben! Das ist oft gar nicht so einfach, ob es sich nun um ein neues Menschenkind oder um – eine neue Straße handelt. Es ist nicht ganz einerlei, wie man heißt, weder als Mensch, noch als Weg. Kann nicht ein Name abfärben? Er tut es keineswegs immer, aber manchmal. Jedermann steht in einem gewissen Verhältnis zu seinem Straßennamen, verbindet bestimmte Begriffe mit ihm. Man kann die Anwohner einer Straße damit froh oder verstimmt machen. [...] Nein, es ist nicht ganz einerlei, wie die Straße heißt, in der man wohnt. Und es ist auch alles andere als langweilig, sich einmal mit den Straßennamen unserer alten Herzogstadt zu beschäftigen, Namen, die von alten Dingen und Menschen berichten und mancherlei Aufschluß geben über Celles Entwicklung.«¹

Als die Heimatschriftstellerin Carla Meyer-Rasch (geb. 1885) Ende 1941 ihre »Kleine Wanderung durch die Stadt« für die von der NSDAP-Kreisleitung herausgegebenen »Celler Kriegsbriefe« verfasste, konnte sie nicht ahnen, dass 1997 auch nach ihr eine Straße benannt werden sollte. Unter anderen Voraussetzungen ist es heute ebenfalls »alles andere als langweilig«, sich mit Meyer-Rasch und weiteren Personen zu beschäftigen, die im Celler Straßenbild geehrt werden.²

Zwei Faktoren spielen bei nach Personen benannten Straßen eine wesentliche Rolle: zum einen die Biografie der auf diese Weise Gewürdigten, zum anderen das Selbstverständnis der Benenner und der Zeitgeist zum Zeitpunkt der Namensgebung. Insofern spricht Rainer Pöppinghege in seiner kleinen Studie über Straßennamen und Gedächtniskultur in Deutschland von »mehreren übereinander geschichteten und teilweise amputierten kollektiven Geschichtsbildern«, die so etwas wie ein »konsensuales generationsübergreifendes Selbstverständnis einer Gesellschaft« bilden.³

Die politischen Verhältnisse und der Zeitgeist unterliegen Wandlungen, ebenso das Selbstverständnis nachfolgender Repräsentanten von Städten und Gemeinden. In der wechselhaften Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert kam es deshalb immer wieder zu Umbenennungen. Nur zwei markante Beispiele aus dem Jahr 1933, bei denen Celle keine Ausnahme machte: Meyer-Rasch begrüßte in ihrer kleinen Wanderung durch die Stadt die Umbenennung der »Bahnhofstraße« in

¹ Meyer-Rasch, Kleine Wanderung durch die Stadt, S. 83.

² Einen der kritischen Heimatgeschichtsschreibung verpflichteten Ansatz verfolgte Anfang der 1990er Jahre bereits Möller, Straßen in Celle; vgl. auch Rohde, Erinnerungspolitik, S. 39 f.

³ Pöppinghege, Geschichte mit Füßen getreten, S. 7.

»Hindenburgstraße« (nach 1945 wieder »Bahnhofstraße«): »Nun hatte, wenn man ihn aussprach, die Straße doch wieder ein Gesicht. Und was für eines!«. Den »Adolf-Hitler-Platz« (zuvor: Unionsplatz, heute: Thaerplatz) übergang sie bemerkenswerterweise.⁴ Beide Umbenennungen hatte das Bürgervorsteherkollegium am 24. März 1933 auf Initiative der NSDAP beschlossen, mit den Stimmen der bürgerlichen Fraktion und gegen die Stimmen der SPD.⁵

Anlass der vorliegenden Untersuchung war die Umbenennung zweier Straßen in Celle 2007 und 2008, welche die Namen ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt trugen: Ernst Meyer (1926-1945) und Kurt Blanke (1964-1973). Erhalten hatten die Straßen ihren Namen 1953 bzw. 1999. Die Umbenennungen erfolgten aufgrund von Befunden über die willfährige bzw. aktive Beteiligung beider Personen an Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes. Die Erkenntnisse waren zwar nicht wirklich neu, wurden aber in aktuellen Arbeiten noch einmal zusammengefasst bzw. im Fall Blanke deutlich präzisiert und rückten so ins Licht der Öffentlichkeit.⁶

Vor diesem Hintergrund bestand das Anliegen der Recherche darin, für alle Personen, nach denen in Celle Straßen benannt wurden und die bei Kriegsende das 18. Lebensjahr vollendet hatten, zu klären, ob sie Mitglied in der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen waren, das NS-Regime unterstützten oder gar in dessen verbrecherische Machenschaften verstrickt waren. Die Ausgangsliste des Stadtarchivs Celle umfasste etwa 100 Personen. Bei vier Personen aus dem Raum Celle fehlten grundlegende Angaben, insbesondere das Geburtsdatum. 15 Personen konnten nach vergleichsweise kurzer Rückversicherung in der Fachliteratur gestrichen werden.

Forschungslage und Methode, Quellenlage und Quellenkritik

Die meisten Personen haben nicht viel mehr gemeinsam, als dass in Celle eine Straße nach ihnen benannt wurde. In nicht wenigen Fällen lagen lediglich die Namen und Geburtsdaten vor. Dementsprechend aufwendig gestaltete sich die Recherche. Solide Forschungen für die Region Celle, die als Ausgangspunkt und Orientierungsrahmen

⁴ Meyer-Rasch, Kleine Wanderung durch die Stadt, S. 83.

⁵ Bertram, Celle, S. 172 f.

⁶ Die Magisterarbeit (etikettiert als »Gutachten«) von Droste über Meyer (2007) geht auf einen Aufsatz von Bertram (Abgang, 2006) zurück, der für einigen Wirbel sorgte, obwohl dessen Essenz bereits in den 1990er Jahren erstmals veröffentlicht worden war. Droste kann dem nur wenige Neuigkeiten hinzufügen und argumentiert zudem an mehreren Stellen handwerklich unsauber; deutlich solider zu Blanke: Jungius/Seibel, Schreibtischtäter (2008), mit Hinweis auf die Arbeit von Billig (Commissariat, 1960), veröffentlicht bereits vor Blankes Dienstantritt als Oberbürgermeister.

bei biografisch ausgerichteten Nachforschungen dienen könnten, liegen in den meisten Fällen nicht in der erforderlichen Dichte vor. Insbesondere steht eine politische Geschichte der Stadt und des Landkreises Celle in der NS-Zeit nach wie vor aus. Für die Stadt Celle legte Mijndert Bertram 1992 einen ersten, ergänzungs- und mittlerweile überarbeitungsbedürftigen Überblick vor. In den letzten Jahren konnte der Kenntnisstand unter anderem mit den Studien von Nils Köhler (Zwangsarbeit), Sebastian Stiekel (Arisierung und Wiedergutmachung) und der des Verfassers (Massaker im April 1945) um wichtige Bausteine ergänzt werden. Am bedeutsamsten für die vorliegende Fragestellung ist zweifelsohne die vergleichende Analyse der konservativen Milieus in Celle und Greifswald von Frank Bösch.⁷

Die Nachforschungen erfolgten in drei Abschnitten. In der ersten Phase blieben die Recherchen auf zwei zentrale Bestände konzentriert: die Unterlagen des ehemaligen »Berlin Document Center« (BDC) im Bundesarchiv Berlin (BA) und die Entnazifizierungsakten im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv Hannover (HSTA Hannover). Überprüft werden konnten dabei nur Personen, bei denen das Geburtsdatum bekannt ist. Hinzu kamen Literaturrecherchen zu Prominenten ohne persönlichen Bezug zu Celle. Im Ergebnis konnten weitere 40 Namen gestrichen werden, so dass die Prüfliste nunmehr noch 41 Personen umfasste.

In einem zweiten Schritt wurden das Stadt- und das Kreisarchiv Celle sowie weitere Bestände im HSTA Hannover in die Nachforschungen mit einbezogen. Während die Recherche in der ersten Phase insofern überschaubar blieb, als sie auf zwei konkrete Bestände eingegrenzt war, lief sie im zweiten Abschnitt in weiten Teilen sprichwörtlich auf eine Suche nach Stecknadeln in einer Vielzahl von Heuhaufen, als Suche nach personenbezogenen Spuren in einem Berg von Sachakten hinaus. Gleiches gilt für die dritte Phase, deren Gegenstand vertiefende Recherchen zu vier Personen (Eichelberg, Haesler, Hörstmann und Thiele) in einer Reihe von weiteren Archiven waren, verbunden mit schriftlichen Anfragen an über 50 Archive, Einrichtungen und Spezialisten zu einzelnen Themenbereichen.

⁷ Bertram, Celle, S. 153-430 (mit Schwerpunkt auf der Vorkriegszeit); Bösch, Milieu (konzentriert auf die Machtetablierung der Nationalsozialisten und die Umbrüche in der Nachkriegszeit); Gleiches gilt aus naheliegenden Gründen für die Studie von Völker, Wahlen und politische Parteien im Raum Celle; Köhler, Kriegsgefangene; ders., Zwangsarbeit. Jörg Mielke (100 Jahre Landkreis Celle) bietet eine reine, zuweilen sehr oberflächliche Verwaltungsgeschichte. Nur 20 von 180 Seiten behandeln die NS-Zeit. Wichtige Themen, wie die Verwaltung der Zwangsarbeit, werden nicht thematisiert. Die Arbeit von Daniela Münkler (Bauern und Nationalsozialismus) bleibt auf die Vorkriegsjahre und die Schwerpunkte »Machtergreifung«, »bäuerliches Leben« und »Reichserbhofgesetz« (Lokalstudie) beschränkt. Meine Untersuchung (Celle April 1945 revisited) konzentriert sich auf die Morde an KZ-Häftlingen in den letzten Kriegstagen und den britischen »Celle Massacre Trial« 1947/48.

Ob Personalakte oder Sachaktensplitter: Bei fast sämtlichen Quellenfunden in allen drei Phasen bestand anschließend das Problem, die Hintergründe einzelner Fundstücke zu erschließen und Befunde in ihre personellen, sachlichen und institutionellen Zusammenhänge einzuordnen. Insofern bildeten Funde – auch die in der Sekundärliteratur – nicht den Abschluss der Recherche, sondern vielmehr den Ausgangspunkt für zumeist aufwendige Nachforschungen in etliche unterschiedliche Richtungen.

Im Zentrum der Darstellung steht die NS-Zeit, in einigen Fällen auch der spätere Umgang damit. Lückenlose Lebensläufe zu allen Personen ließen sich selbst für diesen vergleichsweise kurzen, wenngleich sehr ereignisreichen Zeitraum nicht erschließen. Dafür war die Prüfliste zu lang, das Themenspektrum zu breit gefächert, die Forschungslage, an die angeknüpft werden konnte, vielfach zu schlecht und die Bearbeitungszeit (zusammen siebeneinhalb Monate) zu kurz. Letztlich standen für die Recherche, Auswertung und Ausarbeitung pro Person (Eichelberg, Haesler, Hörstmann und Thiele ausgenommen) im Durchschnitt weniger als zwei Tage zur Verfügung. Lange nicht allen Sachverhalten und Fragen konnte mit der erforderlichen Gründlichkeit nachgegangen werden. Insofern musste sich die Recherche darauf beschränken, ausgewählte Befunde quellenkritisch zu überprüfen, in ihrem historischen Kontext zu verorten und die jeweiligen Sachverhalte allgemein verständlich aufzubereiten. Abschließende Einschätzungen zu einzelnen Personen lassen sich im Ergebnis nicht formulieren, sondern lediglich mehr oder weniger handfeste Anhaltspunkte und Tendenzen benennen.

Die Darstellung der Befunde unterteilt sich in fünf Abschnitte. Den Anfang macht eine allgemeine Aufstellung über die festgestellten Mitgliedschaften (Kapitel I). Die weitere Darstellung orientiert sich – soweit möglich – an inhaltlichen Kriterien. Die ersten beiden Abschnitte behandeln Personen, die dem Widerstand aus konservativen und militärischen Kreisen (Kapitel II) oder ausschließlich der Wehrmacht (Kapitel III) zuzuordnen sind. Es handelt sich hierbei durchweg um Personen, die keine persönliche Verbindung zu Celle hatten. In Kapitel IV geht es um Personen, die vor allem in Celle, aber auch anderswo publizistisch tätig waren. Der umfangreichste Abschnitt (Kapitel V) beinhaltet Einzelstudien zu den sieben Personen, bei denen die Anfangsbefunde intensivere Nachforschungen nahelegten. Die Fälle, wo wie für Hanns Martin Schleyer bereits solide Biografien vorliegen oder in denen sich – über die Feststellung von Mitgliedschaften hinaus – lediglich fragmentarische Informationen erschließen ließen, sind Gegenstand der Kapitel VI und VII. Abschließend gilt es

zu versuchen, die Befunde zusammenzufassen und einzuordnen. Zuvor jedoch sind die beiden zentralen Quellenbestände vorzustellen.

»Berlin Document Center«

Der Bestand »Berlin Document Center« (»Deutschlands wahrscheinlich brisantestes Archiv«⁸) umfasst verschiedene, zumeist personenbezogene NS-Unterlagen, die bei und nach Kriegsende von amerikanischer Seite zusammengetragen und Mitte der 1990er Jahre an das Bundesarchiv abgegeben wurden.⁹ Den wichtigsten Teilbestand für die vorliegende Fragestellung bildet die NSDAP-Mitgliederkartei (unterteilt in Ortsgruppenkartei und Zentralkartei). Sie ist schätzungsweise zu 80% überliefert, so dass auch bei negativen Befunden eine NSDAP-Mitgliedschaft nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann. Die Karteikarten enthalten Grundinformationen zur Person und deren Parteimitgliedschaft, jedoch keine Angaben zu Tätigkeiten oder Funktionen sowie zu Mitgliedschaften in weiteren Parteigliederungen (z. B. der SS).

Als ebenfalls relevant für die vorliegende Fragestellung erwiesen sich in Einzelfällen die Bestände »Parteikorrespondenz« (PK), »Sammlung SA« (SA), »Reichskulturkammer« (RK), »SS-Führer« (SSO) und »Rasse- und Siedlungshauptamt« (RS). Der Bestand »Parteikorrespondenz« enthält ergänzenden Schriftwechsel zu Parteimitgliedschaften. Gleiches gilt entsprechend für SA-Mitglieder und den Bestand »Sammlung SA«. Die personenbezogenen Akten im Bestand »Reichskulturkammer« enthalten unter anderem Lebensläufe, Fragebögen und Werkverzeichnisse. Die Personalakten im Bestand »SS-Führer« sind in unterschiedlichem Umfang überliefert. Im Fall von Helmuth Hörstmann und Hanns Martin Schleyer umfassen sie nicht mehr als zwei bzw. vier Seiten.¹⁰ Der Bestand »Rasse- und Siedlungshauptamt« enthält die – im Vergleich dazu umfangreichen – Heiratsakten von Hörstmann und Schleyer.¹¹

⁸ Kellerhoff, Die Erfindung des Karteimitglieds, S. 167.

⁹ Ausführlicher zum Bestand: Heusterberg, Personenbezogene Unterlagen; Krüger, Archiv im Spannungsfeld.

¹⁰ SSO Hörstmann und SSO Schleyer, BAB, BDC. Rückschlüsse auf den ursprünglichen Umfang der Akten lassen sich daraus nicht ziehen. Die Personalakte des letzten Kommandanten des KZ Bergen-Belsen, Josef Kramer (SSO Kramer, ebenda), beispielsweise umfasst im Unterschied zu anderen KZ-Kommandanten ebenfalls nur drei Seiten.

¹¹ Laut Himmler-Befehl hatte jeder SS-Mann sein Heiratsgesuch in einem aufwendigen Verfahren durch das SS-Rasse- und Siedlungshauptamt genehmigen zu lassen.

Entnazifizierungsakten

Das Ziel der Entnazifizierung (1946 bis 1949) bestand darin, wichtige Bereiche in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft personell zu säubern. Empirische Forschungen zur Entnazifizierung in Niedersachsen liegen nicht vor, geschweige denn zur Entnazifizierung in der Stadt und dem Landkreis Celle.¹² Die Säuberungskonzepte der vier alliierten Siegermächte und deren Umsetzung wiesen deutliche Unterschiede auf. Am intensivsten wurde die Entnazifizierung in der amerikanischen Besatzungszone verfolgt, auch wenn sie angesichts des Ausmaßes dieses Vorhabens letztlich in verschiedenen Massenamnestien ihren Abschluss fand. Bei den Briten hatte die Sicherstellung der Versorgung, die Funktionsfähigkeit der Verwaltung und eine möglichst rasche Ingangsetzung der Wirtschaft von Anbeginn Vorrang. Die alleinige Entscheidungskompetenz blieb zunächst in britischer Hand. Die deutschen Entnazifizierungsausschüsse hatten anfänglich nur beratende Funktion, bis ihnen Ende 1947 weitgehend die Regie für die politische Säuberung überantwortet wurde.¹³

Zur Einstufung bei der Entnazifizierung standen drei Kategorien zur Verfügung: III (eifriger Nazi-Unterstützer), IV (nomineller Nazi-Unterstützer) und V (entlastet). Die Kategorien I und II blieben Kriegsverbrechern und Nazis (Übeltätern) vorbehalten, die sich vor einem Militärgericht oder einem Spruchgericht (Höchststrafe: zehn Jahre Haft) verantworten sollten. Die Einstufung in die Kategorien III und IV konnte mit Sanktionen wirtschaftlicher, sozialer und politischer Art verbunden werden: Sperrung von Vermögen und Konten, Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Anstellungsbeschränkung und Einschränkung der politischen Betätigung.¹⁴ Für die Betroffenen standen demnach vor allem ihr berufliches Auskommen, ihre Karriere oder ihre Pensionsansprüche auf dem Spiel. Gegen Ende wurde die Beschlusspraxis immer milder. Verschiedene Möglichkeiten des Einspruchs, der Berufung und der Wiederaufnahme trugen ihren Teil dazu bei und führten in der Regel zu günstigeren Ein-

¹² Vgl. ausführlich für Nordrhein-Westfalen: Krüger, Entnazifiziert; erste, größtenteils noch oberflächliche Überblicke bzw. Ansätze für Niedersachsen/Celle: Brüdermann; Entnazifizierung; Schneider, Niedersachsen, S. 54-67; Rode, Niedersachsen, S. 57-62; Mielke, 100 Jahre Landkreis Celle, S. 123-127; Bertram/Voss, Ende des NS-Regimes, S. 30 f.; als empirische Fallstudien: Reichert, Entnazifizierung in der Stadt Oldenburg; Bahlmann, Entnazifizierung in Esens.

¹³ Borgstedt, Entnazifizierung, S. 92; Wember, Entnazifizierung, S. 408.

¹⁴ Kontrollratsdirektive Nr. 38, 12.10.46 (Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen) in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, S. 184 ff.; vgl. Krüger, Entnazifiziert, S. 44-48. In den anderen (westlichen) Besatzungszonen waren die Kategorien teilweise mit abweichenden Begrifflichkeiten belegt: I (Hauptschuldige), II (Belastete: Aktivisten, Militaristen und Nutznießer), III (Minderbelastete: Bewährungsgruppe) und IV (Mitläufer).

stufungen.¹⁵ In Niedersachsen wurden letztlich 34 Prozent der Betroffenen als »entlastet« (V), 8 Prozent als »nominelle Nazi-Unterstützer« (IV) eingestuft und lediglich 610 Personen (0,12 Prozent) der Kategorie III (eifrige Nazi-Unterstützer) zugeordnet. Noch einmal wesentlich kleiner war der Anteil der in die Gruppen I und II eingestufteten Personen. Bei 58 Prozent der Verfahren kam es wegen Nicht-Betroffenheit bzw. aufgrund anderer Gründe (unter anderem Amnestien) zur Verfahrenseinstellung. Im Vergleich zu den beiden anderen Westzonen kamen die in der Britischen Zone Überprüften mit Abstand am günstigsten davon; innerhalb der Britischen Zone waren es die in Niedersachsen.¹⁶

Die umfangreichen Bestände der Entnazifizierungsakten für die Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim und Lüneburg im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv Hannover sind nicht systematisch erfasst. Der einzige Zugang führt über die zeitgenössischen Namenskarteien, die mit den Akten ins Archiv gelangten. Für 26 Personen konnten Entnazifizierungsakten erschlossen werden. Bei Fehlanzeigen muss offen bleiben, ob die betreffende Person tatsächlich nicht in den genannten Regierungsbezirken entnazifiziert wurde oder nur die Akte nicht gefunden werden konnte. Für die vorliegende Fragestellung am bedeutsamsten sind die Selbstaussagen, genauer: die von den betreffenden Personen ausgefüllten Fragebögen und die in einigen Fällen angefügten Lebensläufe.¹⁷

Ein Grundprinzip der Entnazifizierung – und in der Rückschau auch eine ihrer grundlegenden Schwächen – bestand in der Umkehr der Beweislast auf die Betroffenen, welche die Schuldvermutung zu entkräften hatten. Vor dem Hintergrund der drohenden Sanktionen führte dies quer durch die Bevölkerung zur gegenseitigen Ausstellung sogenannter »Persilscheine« und löste eine regelrechte »Rechtfertigungsmaschinerie« (Krüger) aus.¹⁸ Zahlreiche Beispiele dafür finden sich auch in den Entnazifizierungsunterlagen für Celle. Zuweilen gingen die »Persilscheine« selbst den Entlasteten zu weit. So wies der Celler Landrat Wilhelm Heinichen in seinem Lebenslauf darauf hin, dass er »das Verdienst, irgend etwas Wesentliches für

¹⁵ Vgl. Krüger, Entnazifiziert, S. 135-42; Wember, Entnazifizierung, S. 418.

¹⁶ Vollnhals, Entnazifizierung, S. 333; vgl. Rauh-Kühne, Entnazifizierung, S. 60; Bilanz für die gesamte britische Zone: 58 % (V), 11% (IV) und 1,3% (III), 30% (Verfahrenseinstellung). Überprüft wurden in der Britischen Zone rund 2 040 000 Personen, in etwa neun Prozent der Bevölkerung. Die Angaben beziehen sich nur auf die Zeit ab Februar 1947.

¹⁷ Zu unterscheiden ist zwischen dem kleinen vierseitigen und dem großen Fragebogen (zwölf Seiten, mit einem wesentlich erweiterten Fragenkatalog); vgl. ausführlicher: Reichert, Entnazifizierung, S. 105-108.

¹⁸ Krüger, Entnazifiziert, S. 108 f., Zitat: S. 157; vgl. Borgstedt, Entnazifizierung, S. 93; Bahlmann, Entnazifizierung in Esens.

die Nichtzerstörung der Stadt Celle getan zu haben«, als ihm »nicht gebührend ablehnen« müsse.¹⁹ Angaben aus den Entnazifizierungsverfahren lassen sich insofern keineswegs ungeprüft übernehmen. Ansonsten würden sich Recherchen wie diese weitgehend erübrigen, denn fast allen Prüflingen wird bescheinigt, »innerlich gegen den Nationalsozialismus« (u. a. Hermann Rautenkranz und Wilhelm Heinichen) eingestellt oder gar »Antifaschist« (Helmuth Hörstmann) gewesen zu sein. Die meisten Selbstauskünfte aber ließen sich damals – und lassen sich auch heute – ebenso wie die zahlreichen Leumundszeugnisse und die im Vergleich dazu deutlich kleinere Zahl an Schuldvorwürfen – wenn überhaupt – nur mit erheblichem Aufwand überprüfen.²⁰

¹⁹ Entnazifizierungsakte Heinichen, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg 25302. Heinichen bezog sich auf die Eidesstattliche Erklärung der Stadtverordneten im Rat der Stadt Celle Margarete Wehl: »Ihm [Heinichen] ist es zum großen Teil zu danken, dass Celle unverteidigt geblieben ist und nicht zerstört wurde.«

²⁰ Die Entnazifizierungsausschüsse konnten keine eigenen Recherchen anstellen, sondern diese nur bei den Briten anregen, die sich in der Regel darauf beschränkten, eine Anfrage an das BDC zu richten.

I Mitgliedschaften

Die folgende Aufstellung bleibt auf Mitgliedschaften in wichtigen Gliederungen der NSDAP beschränkt: Schutzstaffel (SS), Sturmabteilung (SA) und NS-Frauenschaft. Mitgliedschaften in – der NSDAP angeschlossenen – Verbänden, wie der NS-Volkswohlfahrt (NSV) und der Deutschen Arbeitsfront (DAF), um die beiden größten zu nennen, lassen sich ohnehin nicht systematisch erfassen, da sie nur in den nicht lückenlos vorliegenden Entnazifizierungsakten überliefert sind.²¹

Insgesamt 27 Personen waren Mitglied der **NSDAP** (Auflistung nach Eintrittsdaten)²²:

vor 1933: Otto *Fuhrmann* (1. Januar 1932), Heinrich *Hüdig* (1. September 1932) und Anton *Raky* (1. Mai 1932);

1933 (zumeist zum letztmöglichen Termin vor dem Aufnahmestopp, dem 1. Mai 1933): Hermann von *Brelie*, Wilhelm *Deecke*, Ulrich von *Hassell*, Hermann *Heinsen.*, Wilhelm *Heinichen*, Karl *Meyer*, Jürgen *Ricklefs*, Helmut *Thiele* und Hildgard *Wallis*;

ab 1937 (nach Lockerung der Aufnahmesperre am 1. Mai 1937): Erich *Eichelberg*, Emil *Ermshaus*, Fritz *Graßhoff*, Rudolf *Harbig*, Helmuth *Hörstmann*, Theodor *Korndorff*, Hermann *Rautenkrantz*, Karl *Schiller*, Hanns Martin *Schleyer*, Gustav *Sohnemann*, Ernst *Sprockhoff* und Georg *Steinkopff*;

ab 1939 (nach Kriegsbeginn): Agnes *Miegel* (1. Juli 1940), Günther *Volker* (1. September 1942) und Heinrich *Warnke* (1. Januar 1940).

Neben den drei frühen Parteieintritten der Unternehmer Fuhrmann, Hüdig und Raky weisen Mitgliedschaften oder Aktivitäten bei weiteren drei Personen auf Engagement für die Nationalsozialisten hin, bevor diese am 30. Januar 1933 an die Macht gelangten: Hanns Martin *Schleyer* (1931-1933 Mitglied der Hitlerjugend²³), Prof. August *Bier* (Aufruf für die NSDAP im »Völkischen Beobachter« im April 1932²⁴) und Felicitas Rose *Moersberger* (ab 1932 Mitglied der NSV²⁵).

²¹ Vgl. den Überblick von Wenzel, Die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände.

²² Angaben nach NSDAP-Mitgliederkartei, BAB, BDC.

²³ SSO Schleyer, BAB, BDC; vgl. Hachmeister, Schleyer, S. 61-66.

²⁴ Klee, Personenlexikon, S. 49.

²⁵ RK Moersberger, BAB, BDC.

Mitglied der **Sturmabteilungen (SA)** waren Erich *Eichelberg* (ab Juli 1933²⁶), Emil *Ermshaus* (seit Juni 1933²⁷), Theodor *Korndorff* (seit Oktober 1933²⁸), Karl *Schiller* (seit Juli 1933²⁹), Ernst *Sprockhoff* (ab 1933³⁰) und Hans-Heinrich *Warnke* (ab 1933³¹). Heinrich *Hüdig* war ab August 1932 Mitglied im Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK), der in der Zeit von April 1931 bis Juni 1934 eine Sonder-
einheit der SA bildete.³²

Mitglied der **Schutzstaffel (SS)** waren Helmuth *Hörstmann* (ab 1933³³) und Hanns Martin *Schleyer* (ab Juli 1933³⁴). Wilhelm *Heinichen* und Helmut *Thiele* waren ab 1933 bzw. 1938 Fördermitglieder der SS.³⁵

Mitglied der **NS-Frauenschaft** waren Hanna *Fueß* (ab 1935), Carla *Meyer-Rasch* (ab Oktober 1935) und Agnes *Miegel* (ab 1937).³⁶

Bei den Unternehmern Fuhrmann, Hüdig und Raky ist davon auszugehen, dass ihr Parteieintritt im Jahr 1932 zu weiten Teilen ebenso ideologisch motiviert war wie der

²⁶ Personalakte Eichelberg (Reichsinnenministerium), BA-DH, ZA VI, 281, A.3. Im November 1934 schied Eichelberg »beim Eintritt ins Militär« wieder aus der SA aus. Im Entnazifizierungsverfahren (HSTA Hannover, Nds. 171 Hildesheim, 11715) datierte Eichelberg seinen SA-Eintritt auf November 1933.

²⁷ Entnazifizierungsakte Ermshaus, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 14367. Nach eigenen Angaben endete seine SA-Mitgliedschaft 1938.

²⁸ SA Korndorff, BAB, BDC; HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 10573 (Entnazifizierungsakte, dort nach eigenen Angaben: SA seit 1934); Verein Celler Pferdefreunde 1834 e.V. an Oberbürgermeister Celle, 11.10.38, StA Celle, 4 B 74, Bl. 186 und 193. Korndorff war ab Februar 1936 Führer der SA-Reiterstandarte 160 Celle und wurde im November 1938 zum (SA-)Sturmbannführer, im Januar 1942 zum (SA-)Obersturmbannführer befördert.

²⁹ Hochstätter, Schiller, S. 23; Hauß/Opitz, Schillers Werdegang.

³⁰ PK Sprockhoff, BAB, BDC.

³¹ Entnazifizierungsakte Warnke, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, VE-Celle, 1612/48. Nach eigenen Angaben wurde Warnke 1934 aus der Reiter-SA, in die sein Reiterclub geschlossen überführt worden sei, wegen »Ungeeignetheit und Interessenlosigkeit« (Hervorhebung im Original) wieder ausgeschlossen.

³² SA Hüdig, BAB, BDC.

³³ SSO Hörstmann und RS Hörstmann, ebenda; Entnazifizierungsakte Hörstmann, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 16313; unterschiedliche Angaben zum Eintrittsmonat: März 1933 (Lebenslauf 1939 in SS-Heiratsakte), Mai 1933 (Entnazifizierungsakte) und August 1933 (Personalkarte und Lebenslauf 1942 in SS-Heiratsakte).

³⁴ SSO Schleyer, BAB, BDC; vgl. Hachmeister, Schleyer, S. 86.

³⁵ Entnazifizierungsakte Heinichen, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 25302; Fragebogen, 7.3.1937, ebenda, Nds. 120 Lüneburg, Acc. 113/86, Nr. 210 (Personalakte Heinichen); Entnazifizierungsakte Thiele, ebenda, Nds. 171 Lüneburg, VE-Cel Nr. 1647/48.

³⁶ RK Fueß, RK Meyer-Rasch und RK Miegel, BAB, BDC.

HJ-Beitritt von Schleyer 1931. Brelie, Deecke, Heine, Heinichen, Meyer, Ricklefs, Thiele und Wallis gehörten zu den insgesamt 1,3 Millionen Deutschen, den sogenannten »Märzgefallenen«, die sich erst nach den Märzahlen und zum letztmöglichen Termin – dem 1. Mai 1933 – vor dem Aufnahmestopp der NSDAP anschlossen, was dazu führte, dass sich die Zahl der Parteimitglieder mit einem Schlag verdoppelte.³⁷ Hier dürften schlichter Opportunismus und vorauseilender Gehorsam die ausschlaggebenden Motive gewesen sein. Gleiches gilt für Eichelberg, Ermshaus, Korndorff, Schiller, Sprockhoff und Warnke, die 1933 Mitglied der SA wurden, sowie für Hörstmans SS-Eintritt im gleichen Jahr. Torsten Kupfer hält in seiner empirischen Fallstudie über die NSDAP-Mitglieder in Bernburg (Saale) fest, dass viele der »Märzgefallenen« dem Nationalsozialismus schon länger nahegestanden hatten und keine weltanschaulichen Gräben zu überwinden brauchten, so dass letztlich die »Werbekraft« des Sieges« den Ausschlag gab.³⁸ Für Celle lässt sich dies vor allem für Hörstmann belegen, der bereits bei der Reichstagswahl im November 1932 die NSDAP gewählt hatte.³⁹

Nach der Lockerung der Mitgliedersperre im April 1937 erlebte die NSDAP die größte Eintrittswelle ihrer Geschichte. Bis Juni 1938 waren 2 120 000 Neumitglieder zu verzeichnen.⁴⁰ Zu ihnen gehörten Graßhoff, Harbig, Rautenkranz, Sohnemann, und Steinkopff. Im Unterschied zu den »Märzgefallenen« konstatiert Kupfer hier nachgeordneten Gehorsam als vornehmliche Motivation, nicht selten aufgrund von Konformitätsdruck.⁴¹ Für Miegel war der Parteieintritt im Juli 1940 letztlich eine Formalie. Bei Volker ist anzunehmen, dass er HJ-Mitglied war, bevor er sich 1942 im Alter von 18 Jahren der NSDAP anschloss.

³⁷ Weigel, »Märzgefallene« und Aufnahmestopp, S. 94.

³⁸ Kupfer, Generation und Radikalisierung, S. 199 f.

³⁹ Angabe Hörstmann im großen Fragebogen, 4.10.46, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 16313.

⁴⁰ Wetzel, NSDAP zwischen Öffnung und Mitgliedersperre, S. 76 ff.

⁴¹ Kupfer, Generation und Radikalisierung, S. 204 f.

II Konservativer Widerstand

Die Forschungsliteratur zum Widerstand im Nationalsozialismus ist reichhaltig und mittlerweile kaum noch zu überschauen.⁴² Hinsichtlich der Bewertung des Widerstandes aus konservativen Kreisen und den Reihen der Wehrmacht fallen die Einschätzungen einzelner Akteure zum Teil ambivalent aus und sind immer wieder Gegenstand von Kontroversen. Deshalb sollen die jeweils kritischen Punkte benannt werden. Deren Rückbindung in eine Gesamtwürdigung jedoch kann im Rahmen dieser Darstellung nicht geleistet werden.

Wie in vielen deutschen Städten, so wurde auch in Celle (vor allem Mitte der 1960er Jahre) in einem Neubauviertel in Klein Hehlen eine Reihe von Straßen nach Personen benannt, die dem Widerstand zuzurechnen sind und zum Teil mittelbar oder unmittelbar an dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 beteiligt waren. In einigen Fällen ist bekannt, dass die betreffenden Personen das NS-Regime – zumindest anfänglich bzw. teil- oder phasenweise – tatkräftig unterstützt hatten. Zudem haben Forschungen zum Zweiten Weltkrieg, zu der Besatzungsherrschaft in den deutsch-besetzten Ländern und der Vernichtung der europäischen Juden in einigen Fällen die aktive Teilhabe von Widerständlern in Repressions- und Vernichtungsaktionen zu Tage gefördert. Davon zu unterscheiden sind zwei weitere Fälle, bei denen es um antisemitische Ressentiments und um eine Parteimitgliedschaft geht.

Der General der Artillerie **Ludwig Beck** (Jg. 1880) wurde nach seinem Rücktritt 1938 Mittelpunkt des national-konservativen Widerstandes und sollte nach einem erfolgreichen Umsturz im Juli 1944 Staatsoberhaupt werden. Am 30. Januar 1933 noch hatte er den »politischen Umschwung« als »den ersten große[n] Lichtblick seit 1918« begrüßt und als Chef des Truppenamtes 1933/34 die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Besetzung der entmilitarisierten Rheinlande (also de facto den Bruch der Verträge von Versailles und Locarno) gefordert. »Erst« 1935/36 sollte Hitler Becks Forderungen umsetzen. Beck gilt als der Planer der Aufrüstung und einer der Schöpfer der Wehrmacht des »Dritten Reiches« zur Herstellung deutscher Hegemonie in Zentraleuropa. Im August 1938 trat er anlässlich der Vorbereitungen für einen Krieg gegen die Tschechoslowakei zurück, obwohl er mit Hitlers mitteleuropäischer Zielsetzung im Prinzip übereinstimmte, nicht aber mit Methode, Zeitpunkt

⁴² Vgl. unter anderem: Schmäddecke/Steinbach, Widerstand; Mommsen, Alternative zu Hitler; Steinbach/Tuchel, Widerstand; Roth/Ebbinghaus, Rote Kapellen; Tuchel, Der vergessene Widerstand.

und außenpolitischer Opportunität. Im Unterschied zu Hitler fürchtete er einen »europäischen Krieg« und eine Gefährdung der Existenz Deutschlands.⁴³

Beck wurde am Abend des 20. Juli 1944 in der Bendlerstraße, dem Zentrum des Umsturzversuches, erschossen.

Der General der Infanterie **Carl-Heinrich von Stülpnagel** (Jg. 1886) gehörte 1938/39 und dann wieder 1943/44 zu den Stützen der Militäropposition gegen Hitler. Von Februar bis November 1941 war er Oberbefehlshaber des Armeeoberkommandos (AOK) 17, in dessen Bereich die Einsatzgruppe C mordete und dabei eng mit dem AOK 17 zusammenarbeitete. Die Einsatzgruppe C meldete am 2. Juli 1941 an das Reichssicherheitshauptamt:

»Das AOK 17 hat angeregt, zunächst die in den neu besetzten Gebieten wohnhaften antijüdisch und antikommunistisch eingestellten Polen zu Selbstreinigungsaktionen zu benutzen.«⁴⁴

Stülpnagel spielte damit in die Hände von Reinhard Heydrich, dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, der gleichfalls auf die Initiierung von Judenpogromen durch einheimische Antisemiten in der Ausnahmesituation des Einmarsches setzte. In unmittelbarer Folge von Stülpnagels »Anregung« wurden in Lemberg etwa 4 000 Juden von ukrainischen Nationalisten, Einheiten der Einsatzgruppe C und Wehrmachtssoldaten ermordet.⁴⁵

Am 30. Juli 1941 unterschrieb Stülpnagel als Oberbefehlshaber des AOK 17 einen Befehl, nach dem in Fällen von Sabotage oder Angriffen auf Armeeangehörige, bei denen die Täter nicht festgestellt werden konnten, zur Vergeltung Juden oder Kommunisten erschossen werden sollten.⁴⁶

Ab Februar 1942 war Stülpnagel Militärbefehlshaber in Frankreich und in dieser Funktion verantwortlich für die Umsetzung brutaler »Sühnemaßnahmen« (Geiseler-schießungen) nach Attentaten der Résistance. Im Januar 1944 forderte Stülpnagel die

⁴³ Müller, Generaloberst Ludwig Beck; Hoffmann, Beck; vgl. Klee, Personenlexikon, S. 34.

⁴⁴ Ereignismeldung UdSSR Nr. 10, 2.7.41, zit. nach Streit, Angehörige, S. 91 f.; vgl. Krausnick, Hitlers Einsatzgruppen, S. 180; Sandkühler, »Endlösung« in Galizien, S. 114.

⁴⁵ Sandkühler, »Endlösung« in Galizien, S. 114-119; Heer, Lemberg 1941.

⁴⁶ Streit, Keine Kameraden, S. 117 f.; vgl. Krausnick, Hitlers Einsatzgruppen, S. 191 f.; Hürter, Hitlers Heerführer, S. 570-573, der Stülpnagel zu den Generälen zählt, bei denen nicht erkennbar sei, dass die Ermordung der sowjetischen Juden eine tiefere Wirkung auf ihre Einstellung gegenüber Hitler und seinem Regime gehabt habe, sondern ihr Verhalten im Jahr 1941 eher dagegen spricht (S. 598).

Militärgerichte auf, mehr Schnellverfahren ohne behördliche Routine durchzuführen, um die Verurteilten unmittelbar nach ihrer Gerichtsverhandlung hinrichten zu können.⁴⁷ Zur gleichen Zeit begann er, intensive Kontakte zu der Berliner Widerstandsgruppe um Graf von Stauffenberg zu knüpfen. In der Annahme, das Attentat auf Hitler sei geglückt, ließ er – wie vereinbart – am Abend des 20. Juli die etwa 1000 in Paris stationierten SS-Angehörigen verhaften. Stülpnagel wurde am 30. August vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am gleichen Tag in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Der Verwaltungsjurist und Leutnant der Reserve **Peter Yorck Graf von Wartenburg** (Jg. 1904) gilt als Mitbegründer und das »Herz« der Widerstandsgruppe »Kreisauer Kreis«, einer sich ab 1940 formierenden, sehr heterogen zusammengesetzten Gruppe, deren Ziel es war, Grundzüge einer geistigen, politischen und sozialen Neuordnung nach dem Ende des Dritten Reiches zu erarbeiten und die darüber hinaus Kontakte zu anderen Widerstandsgruppen unterschiedlichster Couleur knüpfte.⁴⁸ Von 1942 bis 1944 war Yorck im Wirtschaftsstab Ost beim Oberkommando der Wehrmacht – der riesigen Organisation zur Ausplünderung der besetzten sowjetischen Gebiete – tätig und zuständig für Treuhandfragen und die »Bearbeitung aller wirtschaftsstatistischen Unterlagen«. In dieser Funktion leistete er im Mai 1943 durch von ihm zusätzlich dramatisierte Statistiken einen kleinen Beitrag zur Idee der Schaffung »toter Zonen«, das heißt zur Entvölkerung (durch Verschleppung der gesamten Bevölkerung zur Zwangsarbeit) und völligen Ausplünderung ganzer Landstriche in den besetzten sowjetischen Gebieten.⁴⁹

Für die Zeit nach der Beseitigung Hitlers war Yorck als Staatssekretär bei Reichskanzler Goerdeler vorgesehen. Er wurde am 8. August vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am gleichen Tag in Berlin-Plötzensee hingerichtet.⁵⁰

Der Jurist und Verwaltungsfachmann **Carl Goerdeler** (Jg. 1884) gilt als der Kopf des zivilen nationalen Widerstandes. Von 1930 bis 1936 war er Oberbürgermeister von Leipzig. Das »Weimarer System« lehnte er ab. Um den »Fluch des Parlama-

⁴⁷ Meyer, Die deutsche Besatzung in Frankreich, S. 88; Solchany, Das deutsche Bild der Résistance, S. 34.

⁴⁸ Brakelmann, Kreisauer Kreis.

⁴⁹ Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 1018-1036 und S. 1109 f.; vgl. ders., Männer des 20. Juli, S. 438 f.

⁵⁰ Brakelmann, Kreisauer Kreis, S. 372 f.; Hett/Tuchel, Reaktionen, S. 524.

rismus« zu überwinden, bedürfe es einer »Diktatur über Jahre hinaus«, hatte er 1931/32 in Denkschriften an Reichspräsident Hindenburg gefordert.⁵¹ Folgerichtig gratulierte er Hitler im Sommer 1934 zu »Beseitigung der Parteiherrschaft«.⁵² Ines Reich kommt in ihrer biografischen Studie zu dem Ergebnis, dass Goerdelers anfängliche Kooperationsbereitschaft und Zustimmung zum Nationalsozialismus breiter waren als angenommen.⁵³ Theodore S. Hamerow resümiert in seiner Untersuchung über die Attentäter des 20. Juli, nichts lasse »darauf schließen, dass Goerdeler in den ersten Jahren der Hitlerdiktatur etwas anderes war als ein treuer Anhänger der Regierung«.⁵⁴ Vor allem Querelen mit der lokalen NSDAP-Führung veranlassten Goerdeler 1937 zum Rücktritt. In den Folgejahren knüpfte er Verbindungen zu verschiedenen Widerstandskreisen. Nach einem erfolgreichen Attentat auf Hitler im Juli 1944 sollte Goerdeler Reichskanzler werden.

Ersten Boykottmaßnahmen und antisemitischen Ausschreitungen in Leipzig war Goerdeler 1933/34 persönlich und öffentlich entgegengetreten. Insbesondere befürchtete er negative Reaktionen im Ausland. Den mörderischen Antisemitismus des NS-Regimes verurteilte er in seiner letzten großen Denkschrift als »Ungeheuerlichkeit« und als eine moralische, mehr aber noch als eine außenpolitische Katastrophe. Gleichwohl war er – wie viele Mitglieder des konservativen Widerstandes – nicht frei von handfesten antisemitischen Ressentiments. Formen der Entrechtung und Ausgrenzung der Juden in Deutschland fanden durchaus seine Zustimmung. In seiner programmatischen Denkschrift für die Zeit nach Hitler »Das Ziel« plädierte Goerdeler 1941 für die Schaffung eines jüdischen Staates in Kanada oder Südamerika. In Deutschland lebende Juden sollten bis zu ihrer Ausbürgerung unter Aberkennung ihrer politischen Rechte (Wahlrecht, Zugang zu öffentlichen Ämtern) als »Fremdbürger« geduldet werden.⁵⁵ Selbst in seinen nach dem Todesurteil vor dem Volksgerichtshof Ende 1944 verfassten »Gedanken eines zum Tode Verurteilten« heißt es noch: »Wir dürfen nicht bemängeln wollen, was geschehen ist, müssen aber auch die große Schuld der Juden betonen, die in unser öffentliches Leben eingebrochen waren in Formen, die jeder gebotenen Zurückhaltung entbehrten.«⁵⁶ Carl Goerdeler wurde am 2. Februar 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

⁵¹ Krüger-Charlé, Goerdelers Versuche, S. 385; Thamer, Goerdeler, S. 76 f.

⁵² Goerdeler, Denkschrift vom August 1934, zit. nach: Hamerow, Attentäter, S. 198.

⁵³ Reich, Goerdeler, S. 275-283.

⁵⁴ Hamerow, Attentäter, S. 198 f.

⁵⁵ Roth, Der 20. Juli 1944 und seine Vorgeschichte, S. 57; Dipper, Der Widerstand und die Juden, S. 606 f.; Mommsen, Widerstand gegen Hitler, S. 388-391.

⁵⁶ Zitate nach: Mommsen, Widerstand gegen Hitler, S. 390 f.

Der Diplomat **Ulrich von Hassell** (Jg. 1881 und seit 1932 Botschafter in Rom) hatte sich zum 1. November 1933 der NSDAP angeschlossen, nachdem sich »seine« Partei, die DNVP, selbst aufgelöst hatte. Hassells Biograf, Gregor Schöllgen, konstatiert, dass dessen Aussage vor dem Volksgerichtshof am 7. September 1944, er habe 1933 den Nationalsozialismus begrüßt, da er mit dem »Weimarer System« nicht einverstanden gewesen sei, nicht nur den Umständen der Verhörsituation geschuldet war, sondern tatsächlich seiner damaligen Auffassung entsprach. Hitlers Außenpolitik lehnte Hassell entschieden ab. Im Februar 1938 wurde Hassell abberufen. Ab Kriegsbeginn beteiligte er sich an den Umsturzplänen des konservativen Kreises um Goerdeler und Beck und sollte nach Hitlers Beseitigung Außenminister werden. Hassell wurde am 8. September 1944 vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am gleichen Tag in Berlin-Plötzensee hingerichtet.⁵⁷

⁵⁷ Schöllgen, Hassell, S. 67 f.

III Wehrmacht

Generalfeldmarschall **Erwin Rommel** (Jg. 1891) war ein überzeugter Anhänger und getreuer Gefolgsmann Hitlers. Große Bekanntheit erlangte er als Hitlers »Lieblingsgeneral« und vor allem als Oberbefehlshaber des Deutschen Afrikakorps (»Wüstenfuchs«).⁵⁸ Ende September 1943 zeichnete er als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B zusammen mit Generalfeldmarschall Albert Kesselring für eine Anordnung verantwortlich, die maßgeblich dazu beitrug, das zunehmend völkerrechtswidrige Vorgehen der deutschen Wehrmacht in Italien zu brutalisieren:

»Irgendwelche sentimentalen Hemmungen des deutschen Soldaten gegenüber Badogliohörigen Banden in der Uniform des ehemaligen Waffenkameraden sind völlig unangebracht. Wer von diesen gegen den deutschen Soldaten kämpft, hat jedes Anrecht auf Schonung verloren und ist mit der Härte zu behandeln, die dem Gesindel gebührt, das plötzlich seine Waffen gegen seinen Freund wendet. Diese Auffassung muß beschleunigt Allgemeingut aller deutschen Truppen werden.«⁵⁹

Nach dem gescheiterten Attentat am 20. Juli 1944 geriet auch Rommel unberechtigtweise in Verdacht. Vor die Wahl gestellt, entweder vor dem Volksgerichtshof wegen Verrats angeklagt zu werden oder Selbstmord zu begehen, entschied er sich am 14. Oktober 1944 für den Freitod.

Werner Freiherr von Fritsch (Jg. 1880) war als Chef der Heeresleitung (1935 umbenannt in Oberbefehlshaber des Heeres) zusammen mit Ludwig Beck maßgeblicher Organisator der deutschen Aufrüstung.⁶⁰ 1934 tolerierte er Hitlers Morde während der »Röhm-Affäre«, obwohl er – unter anderem von Vizekanzler Franz von Papen – zum Handeln gedrängt worden war.⁶¹ Im Februar 1938 wurde er nach einer Intrige (er sei homosexuell) gestürzt. Einen Monat später rehabilitierte ihn das Reichskriegsgericht von diesem Vorwurf. In privaten Briefen offenbarte sich Fritsch als gestandener Antidemokrat und Antisemit. Bereits 1924 hatte er den ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD) als »großen Schweinehund« bezeichnet und hin-

⁵⁸ Angaben nach: Fraser, Rommel; Reuth, Rommel.

⁵⁹ Zit. nach: Schreiber, Kriegsverbrechen, S. 49 f.; vgl. Klee, Personenlexikon. Marschall Pietro Badoglio war seit dem Sturz Mussolinis am 25.7.43 Ministerpräsident von Italien und erklärte im September 1943 den Kriegaustritt Italiens.

⁶⁰ Angaben nach: Mühleisen, Fritsch; Murray, Fritsch; mit kritischem Blick auf die nach Fritsch benannte Kaserne in Celle-Scheuen: Geißler, Die drei Schlachten des Freiherrn von Fritsch.

⁶¹ Zu den Ermordeten zählten auch zwei ehemalige Generäle, Ferdinand von Bredow und Kurt von Schleicher, der letzte Kanzler der Weimarer Republik.

zugefügt: »Ebert, Pazifisten, Juden, Demokraten, Schwarzrotgold und Franzosen [sind] alle das Gleiche, nämlich die Leute, die die Vernichtung Deutschlands wollen.«⁶² Im Dezember 1938 – einen Monat nach der Pogromnacht – teilte er seiner Vertrauten Margot von Schutzbar-Michling mit:

»Bald nach dem Kriege [dem Ersten Weltkrieg] kam ich zur Ansicht, daß 3 Schlachten siegreich zu schlagen seien, wenn Deutschland wieder mächtig sein sollte. 1. die Schlacht gegen die Arbeiterschaft, sie hat Hitler siegreich geschlagen. 2. gegen die katholische Kirche, besser gesagt gegen den Ultramontanismus u. 3. gegen die Juden. In diesen Kämpfen stehen wir noch mitten drin. Und der Kampf gegen die Juden ist der schwerste. Hoffentlich ist man sich über die Schwere dieses Kampfes klar.«⁶³

Fritsch war als Chef des 12. Artillerieregiments am Überfall auf Polen beteiligt und fiel am 22. September 1939 bei Warschau.

⁶² Fritsch an Joachim von Stülpnagel (Chef der Operationsabteilung im Truppenamt des Reichswehrministeriums), 16.11.24, zit. nach: Mühleisen, Fritsch, S. 62.

⁶³ Zit. nach: Mühleisen, Fritsch, S. 66; vgl. Murray, Fritsch; Klee, Personenlexikon, S. 169; Faksimile und Abschrift des Briefes in: Reynolds, Der Fritsch-Brief vom 11. Dezember 1938, S. 360-371.

IV Autorinnen und Autoren

Vier Personen waren während der NS-Zeit im Raum Celle publizistisch tätig. Hinzu kommen zwei weitere Autorinnen mit loser bzw. ohne persönliche Verbindung zu Celle. Auch hier erweist es sich als großes Manko, dass noch keine wissenschaftliche Untersuchung der Celler Presselandschaft in der NS-Zeit als Orientierungsrahmen vorliegt.⁶⁴ An erster Stelle wäre die alteingesessene »Cellesche Zeitung« (CZ) zu nennen, auflagenstarkes Sprachrohr des protestantischen und national-konservativ geprägten Milieus in Celle. Seit 1922 hielt sie in Celle und Umgebung das Monopol auf dem nichtsozialistischen Zeitungsmarkt. Vor 1933 gab sich die CZ den Anschein der Überparteilichkeit, war aber deutlich geprägt von antidemokratischen und völkischen Ressentiments. Im Vorfeld von Wahlen wurde direkte Werbung für eine (rechte) Partei vermieden. Die NSDAP wurde weder bekämpft noch hofiert. Die Ignorierung des sozialdemokratischen Milieus, Hetzartikel gegen die Gefahren des Marxismus und der Abdruck scheinbar überparteilicher Wahlaufrufe der rechten Parteien und des konservativen Milieus aber bedeuteten unmissverständliche Nahelegungen. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten fiel es der CZ nicht schwer, sich darauf einzustellen und ihre Führungsposition zu halten.⁶⁵ Landrat Heinichen teilte dem Regierungspräsidenten in Lüneburg im August 1934 über die Zeitungen im Landkreis Celle – darunter an erster Stelle die CZ – mit:

»Sie alle stehen hinter der Regierung und bemühen sich, das Gedankengut des Nationalsozialismus der Bevölkerung immer näher zu bringen.«⁶⁶

Der »Celler Beobachter« war ein Ableger der »Niedersächsischen Tageszeitung«, dem »Kampfblatt für Nationalsozialismus« aus Hannover. Im April 1943 wurde er von der CZ übernommen, die von nun an »Cellesche Zeitung – Kreisblatt für den Stadt- und Landkreis Celle/Celler Beobachter – Amtliches Mitteilungsblatt der NSDAP« hieß und gleichzeitig zur zweitgrößten Tageszeitung in Nordostniedersachsen avancierte.⁶⁷

⁶⁴ Erste kritische Schlaglichter liefert Millhahn, *Verlorene Pressefreiheit*; dies., *Blutgetränkt und heimattreu*; vgl. Stein, *Tagespresse*, S. 157 ff.; Rohde/Wegener, *Celle im Nationalsozialismus*, S. 34 f.

⁶⁵ Stein, *Tagespresse*, S. 154; Bösch, *Milieu*, S. 101 ff. und S. 142; Rohde/Wegener, *Celle im Nationalsozialismus*, S. 34 f.

⁶⁶ Heinichen, *Monatlicher Lagebericht an den Regierungspräsident Lüneburg*, 6.8.34, KrA Celle, L 43.

⁶⁷ Stein, *Tagespresse*, S. 157 f.

Die »Celler Kriegsbriefe« wurden von der NSDAP-Kreisleitung in Celle herausgegeben. Zielgruppe waren die zur Wehrmacht eingezogenen Männer aus Celle und Umgebung. Die »Celler Kriegsbriefe« bestanden aus Impressionen von der Heimatfront und Berichten aus den NSDAP-Ortsgruppen. Erstellt wurden sie von leitendem CZ-Personal. Bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht im Februar 1942 zeichnete CZ-Schriftleiter Hans Nolte für die »Celler Kriegsbriefe« verantwortlich, danach der CZ-Herausgeber Ernst Pfingsten höchstpersönlich.⁶⁸

Die Haltung der Celler Heimatschriftstellerin **Carla Meyer-Rasch** in der NS-Zeit kann als vergleichsweise gut und solide ausgeleuchtet gelten.⁶⁹ Überliefert ist, dass sie Hitler sehr bewunderte und bestimmte Maßnahmen des NS-Regimes begrüßte (die Aufrüstung Deutschlands und die Wiedereinführung der Wehrpflicht sowie die Sterilisierung Behinderter und als »asozial« eingestufte Personen), auch wenn das Verhalten einzelner Parteifunktionäre sowie formale Dinge und Äußerlichkeiten ihren Widerspruch erregten. Erste Maßnahmen zur Ausgrenzung und Diskriminierung von Juden fanden generell ihre Zustimmung, auch wenn sie in ihr bekannten Einzelfällen durchaus Mitgefühl erkennen ließ. Nach Hitlers zweiter »Friedensrede« im Reichstag am 21. Mai 1935, die im Rundfunk übertragen wurde, notierte Meyer-Rasch in ihren Tagebuchaufzeichnungen:

»Alles so famos, was er [Hitler] im Allgemeinen über Krieg und Frieden sagt, von so hoher Warte, wirklich bedeutend... sollte die Welt diese Stimme nicht hören? Unser Unglück ist die Art und Weise, wie die Judenfrage aufgezo-gen ist, das war zu rigoros, war eine falsche Kalkulation. Man hat nicht mit dieser Macht der Juden im Ausland gerechnet! Wenn wir uns etwas mehr Zeit gelassen hätten, hätten wir sie in 10-20 Jahren wohl alle friedlich aus Deutschland herausbekommen, dadurch dass wir sie einfach von jetzt ab nicht mehr anstellten und ihnen nichts mehr abkauften. [...] Die Judenfrage ist das einzige Gebiet, auf dem Hitler nicht von seinen ursprünglichen Grundsätzen heruntergegangen ist. Wie uns die Juden geschadet haben, das kann ich immer wieder in künstlerischer und sittlicher Hinsicht belegen.«⁷⁰

⁶⁸ Nolte war zudem Kreispresseamtsleiter. Im Spruchgerichtsverfahren gegen den letzten Kreisleiter Willy Milewski sprach er von einem »besonders guten« Verhältnis zwischen CZ-Redaktion und Kreisleitung, Erklärung Nolte, 4.2.48, BAK, Z 42 II/1049, Bl. 80; vgl. Köhler, Zwangsarbeit, S. 328 ff. Pfingsten steuerte gelegentlich selbst Artikel bei, so den Beitrag »Celle in voller Kriegsbereitschaft« in der Ausgabe vom Februar 1943.

⁶⁹ Bertram, »... unsere große Zeit festzuhalten«, S. 12-56; vgl. die biografische Skizze von Möller, Meyer-Rasch.

⁷⁰ Tagebuchnotiz vom 31.5.35, StA Celle, L 16, 575, Bl. 43 f. Irrtümliche Datierung der Rede auf den 21. Juni unter dem Datum des 31. Mai.

Zu ihrer Mitgliedschaft in der NS-Frauenschaft ab Oktober 1935 schrieb Meyer-Rasch rückblickend:

»Seit 36 [sic] war ich Mitglied der Frauenschaft, bewusst eingetreten, weil ich mir nicht später vielleicht einmal den Vorwurf machen wollte: Du hast nur kritisiert, Du hast nicht geholfen, weil ich es für wichtig hielt, dass gerade aus unsern Kreisen die Menschen auch mitmachten; vielleicht war es doch möglich, etwas Einfluss zu gewinnen, damit das Gute und Richtige des Nationalsozialismus – und wie vieles steckte darin! – rein erhalten bliebe und sich durchsetzte.«⁷¹

Die Ausschreitungen der Pogromnacht im November 1938 ließen sie – nach eigenen Nachkriegsangaben – bedingt vom Antisemitismus abrücken, die Bewunderung für Hitler jedoch blieb auch nach dem deutschen Überfall auf Polen ungebrochen.⁷²

Meyer-Rasch veröffentlichte häufiger im »Celler Beobachter« und gelegentlich in den »Celler Kriegsbriefen«. Zumeist handelte es sich um Artikel mit vornehmlich heimatkundlichem Inhalt.⁷³

Die Journalistin **Hanna Fueß** (Jg. 1886) wurde über die Region hinaus vor allem durch ihre platonische Liebesbeziehung mit dem Heidedichter Hermann Löns und durch die insgesamt 350 Berichte bekannt, die sie 1946 bis 1949 im Auftrag der Kreisbauernschaft im Landkreis Celle sammelte. Eine Auswahl von 61 Berichten kam, ediert von Rainer Schulze, 1990 zur Veröffentlichung.⁷⁴ Die Erzählungen über die letzten Kriegs- und die ersten Nachkriegsjahre – die Fueß nach Gesprächsnotizen schriftlich ausformulierte – geben in vielen Fällen ungebrochen antisemitische und fremdenfeindliche Wort- und Denkmuster wieder. Ein immer wiederkehrendes Motiv sind Bedrohungsszenarien durch plündernde KZ-Häftlinge und ehemalige Zwangsarbeiter. Die Opfer des NS-Regimes erscheinen fast ausschließlich als Täter.

⁷¹ Meyer-Rasch, Aus Celles schlimmsten Tagen, Abschrift in: ebenda, S. 57-73, hier: S. 58; zu ihrem Eintritt in die NS-Frauenschaft: RK Meyer-Rasch, BAB, BDC. In ihren Erinnerungen (Bilderbuch, S. 82) heißt es dazu: »Ich war in die Frauenschaft eingetreten, einzig aus dem Grunde, um hier vielleicht etwas zum Guten zu bewegen und Falsches zu bremsen. Nur zu bald sah ich ein, daß dies ganz unmöglich war.«

⁷² Bertram, »... unsere große Zeit festzuhalten«, S. 35 f., kommt zu dem Resümee, dass Meyer-Rasch »sich von 1939 bis 1945, soweit dies nachzuweisen ist, öffentlich nicht im nationalsozialistischen Sinne« äußerte.

⁷³ Unter anderem: »Frohsinn und Fest der Celler im Wandel der Jahrhunderte«, 7-teilige Serie, in: Celler Beobachter (CB), Weihnachten 1940 bis 7. Januar 1941; »Der Brunnen vor dem Tore. Liebesroman Stechinellis in Stein gemeißelt, in: CB, Pfingsten 1941; »Besinnliche Wanderung durch die Vorstädte von Celle«, in: Celler Kriegsbriefe, März 1943.

⁷⁴ Schulze, Unruhige Zeiten.

Deren leidvolle Verfolgungsgeschichte kommt in diesen – zuweilen unerträglich – selbstvergessenen Erzählungen nicht zur Sprache.⁷⁵ In der Berichte-Edition findet sich einleitend eine Kurzbiografie, in der es heißt, Fueß habe in der NS-Zeit »die üblichen Zugeständnisse an die Machthaber [gemacht] und dabei vielleicht noch einige mehr, als unbedingt notwendig gewesen wäre«, und an einigen Stellen ihrer Veröffentlichungen vor 1945 Begrifflichkeiten wie »Tommy«, »Bolschewisten« und »Morgenröte des Sieges« verwendet.⁷⁶ War das alles, oder: Was ist unter »üblichen bzw. notwendigen Zugeständnissen und vielleicht noch etwas mehr« eigentlich zu verstehen?

Ab 1933 war Fueß feste Mitarbeiterin der CZ, ab 1940 Redakteurin (Schriftleiterin, Kürzel H. F., häufig interpretiert als »hurtige Feder«).⁷⁷ Spätestens ab 1933 war sie Mitglied des »Kampfbundes für deutsche Kultur«⁷⁸, ab 1935 Mitglied der NS-Frauenschaft (NSF). Zudem engagierte sie sich in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt. Ein kleines, von ihr verfasstes Theaterstück »Weg der deutschen Frau vom Ich zum Wir«, das 1934 in der »Celler Union« zur Aufführung kam, veranschaulicht ihre Begeisterung für den Nationalsozialismus. Zum Schluss lässt Fueß eine junge NS-Frauenschaftlerin sagen:

»Heil Hitler! Die neue Zeit ist geboren!
Erhebt ihr Frauen nun Herz und Hand
und grüßt das neue Vaterland.
Was in eurem Herzen je reifte zur Tat,
das ist geworden die heilige Saat.
Aus Not und Irre und bitterem Schmerz
fand endlich heim sich das deutsche Herz.
Eins blieb ihm als allerletztes Gut,
als heiliges Erbe: sein deutsches Blut.«⁷⁹

⁷⁵ Brink, Ikonen der Vernichtung, S. 83; vgl. ausführlicher: Neumann, »Hasenjagd«, S. 34-40; sowie jetzt den instruktiven Beitrag von Winter, Fueß.

⁷⁶ Schulze, Zur Biografie von Hanna Fueß, in: ders., Unruhige Zeiten, S. 12; vgl. pointierter: Möller, Straßen in Celle, S. 82 ff.; mit zahlreichen Beispielen: Winter, Fueß.

⁷⁷ Angaben hier und im Folgenden nach: RK Fueß, BAB, BDC; Winter, Fueß. Eine Entnazifizierungsakte für Fueß konnte nicht erschlossen werden.

⁷⁸ Der »Kampfbund für deutsche Kultur« war eine kulturpolitische Einrichtung völkischer Kulturschaffender (seit 1927) unter Leitung des führenden NS-Ideologen Alfred Rosenberg und ein Sammelbecken rechtsextremer Außenseiter des Weimarer Kulturlebens.

⁷⁹ Fueß, Weg der deutschen Frau vom Ich zum Wir, in: Celler Heimatkalender, 1935, S. 32 ff., zit. nach: Winter, Fueß, S. 46.

Zehn Jahre später brachte Fueß das Anliegen der NSF in der CZ wie folgt auf den Punkt:

»Das bedeutet eherne Konzentration auf das eine Ziel: die Herausbildung der nationalsozialistischen, Volk und Führer sich bewusst verantwortlich fühlenden, auf allen Lebensgebieten geschulten Frau.«⁸⁰

Neben ihrer festen Anstellung bei der CZ zeichnete Hanna Fueß, zusammen mit ihrem CZ-Kollegen Eduard Genz, außerdem verantwortlich für die redaktionelle Arbeit an den »Celler Kriegsbriefen«.⁸¹ Der Großteil der Leitartikel stammt aus ihrer Feder. In der Ausgabe vom Juli 1944 – also kurz nach der alliierten Invasion in der Normandie – beschreibt Fueß eine Großkundgebung mit Gauleiter Telschow als Hauptredner:

»Unvergessen ist ihm [Telschow] auch die Kundgebung 1930 in Eschede. Gehorsam, Treue und Liebe zum Führer wurden damals einer verluderten Welt demonstriert. Heute haben wir diese feste Volksgemeinschaft, um die uns die feindliche Welt beneidet. In markanten Strichen zeichnete der Gauleiter die innere und äußere Zerrissenheit und Zersetzung der Feindmächte, deren Bevölkerung einem Menschenbrei gleicht, der nie zu einer wahren Volksgemeinschaft zusammenwachsen kann. ›Aber‹, so fuhr der Gauleiter mit allem Nachdruck fort: ›Gott will keinen Menschenbrei, er hat die Rassen geschaffen und ihnen ihre Lebensgesetze gegeben.« [...] Ein grandioses Schauspiel bot die Parade, die sich der Großkundgebung anschloß, auf dem Gr. Plan. [...] Eine Volkskundgebung des gläubigen Vertrauens, des Siegeswillens und der Tatbereitschaft.«

Unter der Überschrift »Nimmer sich beugen, kräftig sich zeigen ... Alte Herzogstadt im totalen Krieg« schildert Fueß in der Novemberausgabe 1944 der »Celler Kriegsbriefe« die Vereidigung des Volkssturms in Celle:

»Der Sturmwind, der unsere Herzen ergriff, der die ganze Bevölkerung in Stadt und Land durchrüttelte, fand in der Bildung des Volkssturms seinen gewaltigen Ausdruck. [...] Sie [Mütze, Koppel und Marschstiefel] fehlten diesen Männern einstweilen noch, doch dafür beseelte e i n soldatischer Geist und Wille sie alle, die nicht hingerissen vom jugendlichen Überschwang, aber zum Äußersten entschlossen, zur Fahne traten. Die Ansprache des Kreisleiters, die mit jedem Satz die Bedeutung dieser feierlichen Stunde unterstrich, gipfelte in der Eidesformel, die in ihrer Schlichtheit das Größte

⁸⁰ CZ, 29.2.44, zit. nach: ebenda, S. 47.

⁸¹ Fueß an Erika Tzschöckell (Ehefrau von Generalmajor Paul Tzschöckell), 19.5.44: »Wir hätten uns mit den Kriegsbriefen nicht so hetzen zu brauchen, nun ist Zeitungssperre für die Front, und sie liegen erst einmal auf Eis«, StA Celle, N 7 – 3.

ausspricht: ›... und lieber sterben werde, als die Freiheit und damit die soziale Zukunft meines Volkes preiszugeben!‹.«

In der Ausgabe vom August/September 1944 kommentierte sie das gescheiterte Attentat auf Hitler am 20. Juli:

»Eine überwältigende Treuekundgebung fand ganz Celle Ende Juli auf der Stechbahn mit der Garnison vereint in flammendem Protest gegen das feige Verbrechen vom 20. Juli und im Bekenntnis der unerschütterlichen Treue zum Führer.«

Ein Großteil der Attentäter und ihres Umfeldes wurde wenig später vor dem Volksgerichtshof von dessen berüchtigtem Präsidenten, »Blutrichter« Roland Freisler (geb. 1893 in Celle), zum Tode verurteilt. Anfang Februar 1945 kam Freisler bei einem Bombenangriff auf Berlin ums Leben. Der Nachruf in der CZ unter der Überschrift »Ein Sohn unserer Stadt« stammt ebenfalls aus der »hurtigen Feder« von Fueß:

»Wenige Menschen ahnten damals [1936 bei einer Rede Freislers in Celle anlässlich der 225-Jahr-Feier des Oberlandesgerichts], daß dieser getreue Paladin des Führers ein Sohn unserer Stadt war. Sein Tod ist uns Verpflichtung zu gleicher kämpferischer Haltung und Unerschrockenheit, dem hervorragenden Charakterzug des Toten.«⁸²

Weitere Beispiele ließen sich anfügen. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die propagandistischen Passagen in den Artikeln von Hanna Fueß sie deutlich aus dem Kreis der übrigen untersuchten Autorinnen und Autoren herausheben.

Der Lehrer **Heinrich Hüner** (Jg. 1881) leitete bis 1933 die der Sozialdemokratie nahestehende »Freie Volksbühne« in Celle. Als man ihn 1933 drängte, Mitglied der NSDAP zu werden, legte er – eigenen Nachkriegsangaben zufolge – dieses Ehrenamt nieder. Tatsächlich findet sich im BDC kein Hinweis auf eine Parteimitgliedschaft Hüners, dafür aber ein Antrag auf Mitgliedschaft in der Reichsschrifttumskammer vom Mai 1941. Dem Fragebogen ist zu entnehmen, dass Hüner von 1934 bis Mai 1941 »ca. 100 Beiträge« für den »Celler Beobachter«, dem amtlichen NSDAP-Organ in Celle, geschrieben hatte.⁸³ Gelegentlich veröffentlichte er auch in den »Celler Kriegsbriefen«.⁸⁴ Nach stichprobenartiger Durchsicht einiger Texte und nach den

⁸² CZ, 10.2.45, vgl. Winter, Fueß, S. 42.

⁸³ Fragebogen, 5.5.41, RK Hüner, BAB, BDC.

⁸⁴ Unter anderem: Vom Heljäger und seinen Wölfen; »In Konstantinopel vor hundert Jahren« (April/Mai 1944).

Titeln seiner Artikel zu schließen, handelte es sich um heimatkundliche Themen, historische Miniaturen und anekdotenhafte Kurzgeschichten.⁸⁵

Der Celler Heimatforscher **Otto von Boehn** (Jg. 1874) war nach seiner Pensionierung als Garteninspekteur von 1935 bis 1952 als Leiter des Stadtarchivs tätig. Soweit ersichtlich schloss er sich nicht der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen an.⁸⁶ Der einzige Grund für seine Aufnahme in diese Liste ist die Ausarbeitung »Die Geschichte der Juden in Celle«, um die er kurz nach seinem Dienstantritt als Archivleiter von der Staatsakademie für Rassenkunde und Gesundheitspflege in Dresden gebeten wurde. Zwei Passagen sind problematisch, da sie antisemitische Stereotype wiederholen:

»Wie überall in Deutschland ist es [auch für Celle] bezeichnend, daß die Juden sich fast ausschließlich auf eine kommerzielle Tätigkeit beschränkten und jede schwere körperliche Arbeit vermieden, also beim Ackerbau und Gewerbe völlig ausschieden.

[...] Das Bestreben der Juden, sich gegenüber dem Wirtsvolke abzusondern, beruht nicht nur auf dem rassischen Unterschied, sondern besonders auf dem Gegensatz der religiösen Auffassung, die in den Andersgläubigen einen Gegner sah. Jener Gegensatz zwischen der christlichen und jüdischen Religion führte, neben dem Bestreben, durch ihre Fähigkeit des leichten Gelderwerbs zur Macht zu kommen, zu den Judenverfolgungen des Mittelalters.«⁸⁷

Kein Wort von Schutzgeldern, weiteren Beschränkungen und Repressalien seitens des christlichen »Wirtsvolkes« oder davon, dass Juden bis zur Wende des 18. Jahrhunderts der Zutritt zu den Handwerkszünften und Handelsgilden verwehrt blieb.

Vom 10. bis 15. Januar 1939 – also zwei Monate nach der Pogromnacht – wurde der Beitrag unwesentlich verändert im »Celler Beobachter« veröffentlicht.⁸⁸ In der Festschrift zur Wiedereröffnung der Synagoge kam der Aufsatz 1974 (ein Vierteljahrhundert später und 17 Jahre nach Boehns Tod) noch einmal zum Abdruck, versehen mit dem Kommentar:

»Es kennzeichnet die Haltung der Celler Bevölkerung gegenüber den Juden in der Zeit nach 1933, daß eine solche streng an die Akten des Stadtarchivs sich haltende, gründ-

⁸⁵ Nachlass Heinrich Hüner, StA Celle, L 7.

⁸⁶ Entnazifizierungsakte Boehn, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, RH/Lbg/Cel/Ad 160.

⁸⁷ Manuskript in: StA Celle, 1 D 23 a, Bl. 46-66, Zitate: Bl. 53 und Bl. 58.

⁸⁸ Zeitungsausschnitte in: ebenda, Bl. 108-112.

liche und objektive Arbeit damals geschrieben werden, vor allem aber, daß sie in völlig unveränderter Form in einer Tageszeitung erscheinen konnte.«⁸⁹

Der Kommentar ergibt keinen Sinn. Die strittigen Passagen sind weder objektiv, noch halten sie sich »streng« an die Akten des Stadtarchivs. Die Veröffentlichung des Artikels in einer nationalsozialistischen Tageszeitung ist wenig verwunderlich, ein Zusammenhang mit der Haltung der Celler Bevölkerung gegenüber den Juden in der Zeit nach 1933 nicht ersichtlich. Insofern ist mit Elmar Maibaum zu konstatieren, dass der neuerliche Abdruck ausgerechnet in einer Festschrift mit einem Grußwort und zwei Aufsätzen des ehemaligen Oberrabbiners der jüdischen Gemeinden der Britischen Zone Deutschlands, Dr. Zwi Asaria, »eher das historische Bewußtsein der zuständigen Stellen der Stadt Celle in der Zeit nach 1945« dokumentiert. In einer zweiten Auflage (1984) wurde der Beitrag dann stillschweigend herausgenommen.⁹⁰ Weitere Schriften von Boehn in ähnlicher Richtung sind nicht bekannt.⁹¹

Die Schriftstellerin **Felicitas Rose Moersberger** (1862-1938, Künstlernamen: Felicitas Rose), die seit 1930 in Müden (nördlich von Celle) ihren Sommerwohnsitz hatte, schloss sich bereits 1932 der nationalsozialistischen Volkswohlfahrt an.⁹² Im Alter von 75 Jahren – und wenige Monate vor ihrem Tod – stellte sie 1937 einen pathetischen Antrag auf Mitgliedschaft in der NSDAP an den Reichsbauernführer Walther Darré:

»Die hohe Freude, dass unser Führer meinen jungen Enkeln [...] neulich das goldene Abzeichen der Zugehörigkeit zur Hitlerjugend verlieh, weil sie schon vor der Machtübernahme als 9- und 7jährige Pimpfe eintraten, lässt dringender als je den Wunsch in mir rege werden, nun auch in die NSDAP einzutreten. So viele Menschen habe ich selbst schon vor dem Januar 1933 durch meine Begeisterung für die gute Sache geführt. Jetzt selbst möchte ich auch äusserlich zu ihr kommen, nachdem ich ihr innerlich so lange angehörte.«⁹³

⁸⁹ Stadt Celle, Zur Geschichte der Juden in Celle, S. 9-16.

⁹⁰ Maibaum, Reichspogromnacht in Celle, S. 11; vgl. Streich, Zur Geschichte der Juden in Celle, S. 12 mit der Anmerkung, dass der Neuabdruck »aufgrund zeitbedingter Formulierungen auf Kritik gestoßen war, obwohl man seinem Autor keinesfalls eine Nähe zum NS-Regime unterstellen kann«. Dass der »Celler Beobachter« von der NSDAP herausgegeben wurde, bleibt dort unerwähnt.

⁹¹ Vgl. auch Möller, Straßen in Celle, S. 229 f., der nichts dergleichen erwähnt.

⁹² Ebenda, S. 227 f., ohne Erwähnung ihrer aktiven Sympathie für den Nationalsozialismus.

⁹³ Moersberger an Reichsbauernführer Walter Darré, 5.11.37, vgl. RK Moersberger, BAB, BDC.

Die Dichterin Agnes **Miegel** war bekennende Verehrerin des nationalsozialistischen Gedankengutes und des »Führers« Adolf Hitler. Im Oktober 1933 gehörte sie zu den Mitunterzeichnern des »Gelöbnisses treuester Gefolgschaft« für Hitler. 1938 widmete sie ihm ein hymnisches Gedicht »An den Führer« (Auszug):

»Übermächtig
füllt mich demütiger Dank,
daß ich dies erlebe,
Dir noch dienen kann,
dienen den Deutschen,
mit der Gabe,
die Gott mir verlieh«

Als bekannte ostpreußische Heimatdichterin (genannt »Mutter Ostpreußens«) wurde sie zu einem literarischen Aushängeschild des NS-Regimes. 1939 erhielt sie das Goldene Ehrenzeichen der Hitlerjugend. Ab ihrem Alterswohnsitz in Bad Nenndorf soll sie bis zu ihrem Tod 1964 von ehemaligen Führerinnen des »Bundes Deutscher Mädel« (BDM) betreut worden sein.⁹⁴

Von Seiten ostdeutscher Landsmannschaften und der niedersächsischen Landesregierung gab es in den 1950er Jahren mehrfach Anträge, Agnes Miegel das Große Bundesverdienstkreuz verleihen zu lassen. Das Bundespräsidialamt teilte der niedersächsischen Landesregierung im März 1959 mit, dass »der Herr Bundespräsident im Interesse von Frau Miegel nicht wünscht, dass bei einer Ordensverleihung ihr hymnisches Gedicht auf Hitler abgedruckt wird«.⁹⁵

⁹⁴ Angaben und Gedichtauszug nach: Klee, Personenlexikon, S. 411.

⁹⁵ Bundespräsidialamt an niedersächsische Staatskanzlei, 8.3.57, HSTA Hannover, Nds. 50 Acc. 2000/137 Nr. 56, Bl. 91; vgl. Aktenvermerk (nach nochmaligem Vorstoß), 22.2.61, ebenda, Nds. 380 Acc. 165/97, Nr. 25.

V Einzelfälle (I)

Dr. Helmuth Hörstmann⁹⁶

Die Schutzstaffel (SS) war als nationalsozialistische Eliteformation »arischer Herrenmenschen« mit besonderer Bindung an den »Führer« Adolf Hitler konzipiert. Der Eid des SS-Mannes lautete:

»Wir schwören Dir, Adolf Hitler, als Führer und Kanzler des Deutschen Reiches Treue und Tapferkeit. Wir geloben Dir und den von Dir bestimmten Vorgesetzten Gehorsam bis in den Tod. So wahr uns Gott helfe!«⁹⁷

Hitlers Wahlspruch für die SS hieß dementsprechend: »SS-Mann, Deine Ehre heißt Treue«. Unter der Führung von Heinrich Himmler verzeichnete die SS nach 1933 einen enormen Machtzuwachs und war unter anderem für die in den Konzentrationslagern begangenen Verbrechen und die Ingangsetzung, Organisation und Durchführung der Ermordung der europäischen Juden verantwortlich. Im Nürnberger Prozess wurde die SS 1946 zur verbrecherischen Organisation erklärt.⁹⁸ Somit ist es wenig verwunderlich, dass ehemalige SS-Angehörige wie Hörstmann und Schleyer versuchten, sich in den Entnazifizierungsverfahren mit Entlastungslegenden aus der Affäre zu ziehen.

Als Student und Arzt in der SS

In seinem ersten Antrag auf Heiratsgenehmigung an das SS-Rasse- und Siedlungshauptamt schrieb Hörstmann im Februar 1939:

»Meine wehrpolitische Tätigkeit begann ich 1925 [im Alter von 16 Jahren] im Jungstahlhelm in Celle. Nach dessen Auflösung in Celle trat ich in den Kyffhäuserjugendbund ein, dem ich bis zum Eintritt in die Schutzstaffel angehörte.⁹⁹ 1929 nahm ich an

⁹⁶ Seit März 2009 gibt es auch bei Wikipedia einen Eintrag zu Hörstmann (letzter Zugriff: 27.07.2010). Er enthält Informationen (z. B. das Thema seiner Dissertation), die öffentlich nicht zugänglich sind und wahrscheinlich aus dem familiären Umfeld von Hörstmann stammen. Umso erstaunlicher sind die falschen Angaben zum Geburtsort (Bad Essen, nicht Celle) und zum Jahr seines Rücktritts unmittelbar nach seiner Wiederwahl zum Oberbürgermeister (1986, nicht 1985).

⁹⁷ Zit. nach: Wegner, Hitlers Politische Soldaten, S. 42.

⁹⁸ Einen guten Überblick über den aktuellen Forschungsstand bietet Schulte, Geschichte der SS.

⁹⁹ In Celle gründete sich im Februar 1923 eine erste, noch kleine Ortsgruppe des »Stahlhelms«. Zu den Initiatoren und führenden Mitgliedern zählte Walter Pakebusch, ab April 1932 Leiter der NSDAP-Ortsgruppe Celle, ab Oktober 1932 Kreisleiter und von März 1933 bis 1942 stellvertretender Oberbürgermeister in Celle. 1924 kamen der »Jungstahlhelm«, dem Hörstmann 1925 im Alter von 16 Jahren beitrug, 1926 der »Scharnhorst« als Jugendgruppe hinzu. Nach seiner SS-Führer-Akte war

einem 4-wöchentlichen Wehrsportlager in Scheuen bei Celle teil. Ich bin im Besitze des Reichs- und SA-Sportzeichens und des Lehrscheins für die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft. Der Schutzstaffel gehöre ich seit August 1933 und der NSDAP seit Mai 1937 an. Seit August 1937 bin ich stellvertretender Standartenarzt II/42. 1938 nahm ich am Reichsparteitag in Nürnberg teil.«¹⁰⁰

Gegenüber der Entnazifizierungskammer Celle-Stadt erklärte er im August 1946:

»Im Mai 1933 wurden auch die Mitglieder der Berliner Burschenschaft ›Teutonia‹, der ich damals aktiv angehörte, gezwungen, einer Gliederung der Partei-SA oder SS beizutreten. Die weitere Mitgliedschaft zur Korporation und die Fortsetzung des Studiums wurden von der Zugehörigkeit zu einer dieser Formationen abhängig gemacht. Da mein körperlicher Zustand, insbesondere meine Größe den Bedingungen für die Allgemeine SS entsprach, wurde ich in die SS aufgenommen.

Am 1. Mai 1937 wurden alle Angehörigen der Gliederungen automatisch in die NSDAP überführt, so daß ich ohne mein Zutun Mitglied der Partei wurde. Ein Amt habe ich nicht bekleidet und daher eine Möglichkeit zur aktivistischen Betätigung auch nicht gehabt. Aufmärsche und Versammlungen der Partei habe ich nie besucht. Da ich mich entgegen den Gepflogenheiten der SS am 28.8.1942 in Celle kirchlich trauen ließ, wurde ein Ausschlussverfahren erwogen, das m. E. nur deswegen nicht durchgeführt wurde, weil man mich als Arzt nicht freilassen wollte.

Nach bestandem medizinischen Staatsexamen wurde ich als Arzt, ohne mich an dem üblichen Dienst zu beteiligen, 1938 Sanitätssturmführer und später Obersturmführer. Meine Tätigkeit innerhalb der SS beschränkte sich ausschließlich auf gelegentliche Untersuchungen von Angehörigen der Allgemeinen SS. Zu militärischen Dienstleistungen bei der Waffen-SS oder bei der Wehrmacht bin ich nicht herangezogen [worden], da ich als Arzt stets voll beschäftigt und von der Stadt Berlin ständig reklamiert war.«¹⁰¹

Zum Hintergrund: Niemand war 1933 gezwungen, in die SA oder SS einzutreten. Ein drohender Ausschluss aus einer Burschenschaft lässt sich schwerlich als Zwangslage bezeichnen. Die Fortsetzung eines Studiums war 1933 ebenfalls nicht von einem Eintritt in die SA oder SS abhängig. Allein der Umstand, dass Juden deutscher Staatsangehörigkeit »noch« bis April 1937 – wenn auch unter erheblichen Auf-

Hörstmann bis 1927 Mitglied des »Jungstahlhelms«, dessen Auflösung in einer Selbstdarstellung des »Stahlhelms« keine Bestätigung findet, vgl. Lippelt/Huckstorf, Fünfzehn Jahre Stahlhelm, S. 55 ff.; zum Kyffhäuserbund vgl. Führer, Der Deutsche Reichskriegerbund Kyffhäuser.

¹⁰⁰ Handschriftlicher Lebenslauf, Anlage zum Heiratsgesuch von 1939, RS Hörstmann, BAB, BDC. Die Akte enthält zwei Anträge mit unterschiedlichen »Sippennummern«. Der erste stammt aus dem Jahr 1939, der zweite von 1942 bezieht sich auf seine spätere Ehefrau.

¹⁰¹ Lebenslauf, August 1946, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 16313. Hervorhebung im Original.

lagen, insbesondere der Verpflichtung, danach auszuwandern – zur Doktorprüfung zugelassen blieben, spricht für sich.¹⁰² Den Forschungen von Michael H. Kater ist zu entnehmen, dass sich von 1933 bis 1945 knapp sechs Prozent der männlichen Medizinstudenten der SS, weitere 32 Prozent der SA, 29 Prozent der NSDAP und knapp 23 Prozent anderen NS-Organisationen anschlossen. Immerhin elf Prozent wurden weder Mitglied der NSDAP noch einer ihrer Organisationen.¹⁰³ Unter den von 1936 bis 1945 bei der Reichsärztekammer registrierten Ärzten machten NSDAP-Mitglieder knapp 45 Prozent aus. Der Anteil derer, die sich – wie Hörstmann 1938 – dem NS-Ärztebund anschlossen, betrug 31 Prozent.¹⁰⁴ Hörstmanns freimütige Nachkriegsangabe, er habe bereits bei der Reichstagswahl im November 1932 die NSDAP gewählt, führt die geltend gemachte Zwangslage vollkommen ad absurdum.¹⁰⁵

Eine automatische Überführung aller Angehörigen von NS-Gliederungen zum 1. Mai 1937 hat es ebenso wenig gegeben wie Parteimitgliedschaften ohne eigenes Zutun.¹⁰⁶ Auch im Fall Hörstmann geht aus seiner Karteikarte hervor, dass er seine Mitgliedschaft am 12. Oktober 1937 beantragte und dann rückwirkend zum 1. Mai 1937 in die NSDAP aufgenommen wurde. Die Reichsparteitage in Nürnberg mit ihren endlosen Aufmärschen gehörten zu den größten Parteiversammlungen überhaupt. Der Reichsparteitag 1938 – gleichzeitig der letzte –, an dem Hörstmann nach eigenen Angaben von 1939 und entgegen seiner Behauptung von 1946 teilnahm, stand nach dem Anschluss Österreichs unter dem Motto »Reichsparteitag Großdeutschland«. Es ist davon auszugehen, dass Hörstmann als Angehöriger der 42. SS-Standarte (Berlin) in Nürnberg war. Markus Urban hält in seiner Studie über die Reichsparteitage fest, dass diese aufgrund der hochgradigen Uniformierung, der Unterbringung (Lagerleben) und der militärischen Befehlsstrukturen für die einzelnen Beteiligten eine psychische und physische Probemobilmachung bedeuteten. Da die Mitglieder der SS von Anfang bis Ende für den Absperrdienst zuständig waren (1938

¹⁰² Walk, Sonderrecht für Juden, S. 187.

¹⁰³ Kater, Ärzte als Hitlers Helfer, S. 270 f. und S. 407 (Tabelle). Kater stützt sich auf die Auswertung von etwa 2000 Personalakten studentischer Darlehensnehmer. Kater weist ausdrücklich darauf hin, dass – obwohl politisches Engagement im Dritten Reich ein wichtiges Kriterium war – auch politisch neutrale Studenten Darlehen erhalten konnten. Fächerübergreifend war fast ein Fünftel der Studenten aller Fächer, die Darlehen in Anspruch nahmen, politisch nicht organisiert, ebenda, S. 267 f. und S. 405 (Tabelle).

¹⁰⁴ Ebenda, S. 107 und S. 117.

¹⁰⁵ Fragebogen Hörstmann (12 S.), 4.10.46, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 16313.

¹⁰⁶ Buchheim, Mitgliedschaft bei der NSDAP; vgl. die in Benz, Wie wurde man Parteigenosse?, versammelten Beiträge, insb. Nolzen, Vom »Jugendgenossen« zum »Parteigenossen«.

waren es 26 600 SS-Männer), blieben sie am längsten von allen Teilnehmern in Nürnberg.¹⁰⁷

Auch wenn Hörstmann sich im August 1942 kirchlich trauen ließ, heiratete er nicht entgegen den SS-Gepflogenheiten. Vielmehr ließen er und seine Braut sich in aufwendigen Verfahren ärztlich, erbgesundheitlich und abstammungsmäßig überprüfen und beurteilen, um ihre Heirat durch das Rasse- und Siedlungshauptamt genehmigt zu bekommen.¹⁰⁸ Schwierigkeiten sind seiner SS-Heiratsakte nicht zu entnehmen. Weder seine SS-Heiratsakte noch seine SS-Führer-Akte enthalten Hinweise auf ein Ausschlussverfahren. In den beiden Heiratsanträgen (1939 und 1942) und in einem Lebenslauf von 1944 gibt Hörstmann als Glaubensbekenntnis »ev. luth.« an. In seiner SS-Stammkarte hingegen ist »gottgläubig« vermerkt, was bedeuten würde, dass Hörstmann – der ausgesprochenen Kirchenfeindlichkeit der SS entsprechend – aus der evangelischen Kirche ausgetreten ist.¹⁰⁹

Hörstmanns SS-Akten ist zu entnehmen, dass er ab August 1937 stellvertretender Standartenarzt der SS-Sanitätsstaffel II/42 war, die er spätestens ab 1942 leitete, nunmehr im Rang eines SS-Obersturmführers.¹¹⁰ Der oberste SS-Arzt, Reichsarzt-SS und SS-Brigadeführer Dr. Ernst Grawitz, fasste die Aufgaben des SS-Arztes in der Schutzstaffel auf einer Gruppenführer-Tagung Ende 1939 wie folgt zusammen:

»Ein SS-Arzt [taugt] nur dann zum SS-Dienst, wenn er seine Arbeit mit einem geradezu verbissenen Fanatismus nur unter dem übergeordneten Gedankengut der Schutzstaffel ansieht und anfasst. Wenn die Schutzstaffel die politisch-soldatische Spitzenkompanie des grossgermanischen Reiches ist, so hat gerade der SS-Arzt bedingungslos primär ein politischer Soldat des Reichsführers-SS und damit des Führers zu sein.«¹¹¹

Nach dem »Ärztlichen Ausbildungsbrief« des SS-Sanitätsamtes war Hörstmann als Führer einer Sanitätsstaffel unter anderem mitverantwortlich für die Ausbildung seiner Einheit.¹¹² »Erbgesundheitspflege«, »Bevölkerungspolitik« und »Rassenhygiene« waren fester Bestandteil des Ausbildungsprogramms. Zu den Materialien für den

¹⁰⁷ Urban, Konsensfabrik, S. 87 und S. 116; vgl. Zelnhefer, Reichsparteitage, 143 f.

¹⁰⁸ Ausführlicher zum Thema »Rassenauslese und Heiratsgenehmigungen in der SS« in: Heinemann, Rasse- und Siedlungshauptamt der SS, S. 50-62.

¹⁰⁹ RS und SSO Hörstmann, BAB, BDC.

¹¹⁰ Lebenslauf, Anlage zum Heiratsgesuch vom Juli 1942, RS Hörstmann, BAB, BDC. Hinweise auf Unterlagen über konkrete Aktivitäten dieser SS-Sanitätsstaffel konnten nicht erschlossen werden.

¹¹¹ Grawitz, Vortragsmanuskript für Gruppenführertagung v. 23.-25.1.39, BAB, NS 19/1669, Bl. 64-68, hier: Bl. 68.

¹¹² SS-Sanitätsamt, Ärztlicher Ausbildungsbrief Nr. 1, undatiert [1.4.37?], S. 13 ff.; BAB, NS 31/183.

Unterricht der Sanitätsdienstgrade und Sanitätsschüler gehörten in »weltanschaulicher« Hinsicht: »1) Leithefte der SS, 2) Literatur der Bewegung, 3) Literatur über Erb- und Rassenpflege und 4) Tagespresse«. Weltanschauung und militärische Rituale (Appelle u. Ä.) machten etwa ein Drittel eines eineinhalbstündigen Ausbildungsabends aus.¹¹³

Im März 1943 wurde Hörstmann als SS-Arzt vom Heiratsamt im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS gebeten, regelmäßig Untersuchungen an SS-Männern vorzunehmen, die Verlobungs- und Heiratsgesuche gestellt hatten.¹¹⁴ Wie bei Hörstmanns eigener Eheschließung umfassten diese nicht nur die ärztliche, sondern auch die erbgesundheitliche und abstammungsmäßige Beurteilung des Antragsstellers, seiner Braut und deren »Sippen«.¹¹⁵ Im »Ärztlichen Ausbildungsbrief« heißt es dazu nach Schilderung exemplarischer Problemfälle:

»Letztlich soll ja der Verlobungsbefehl des Reichsführers-SS den Sinn haben, einen Ausleseverband rassisch und erbtüchtiger Menschen entstehen zu lassen. Der SS-Arzt hat hierbei mit die wichtigste Aufgabe zu erfüllen. Deshalb erheben wir erneut die Forderung: Der SS-Arzt muß Sippenarzt sein.«¹¹⁶

Die Angabe in Hörstmanns Lebenslauf von August 1946, »Meine Tätigkeit innerhalb der SS beschränkte sich ausschließlich auf gelegentliche Untersuchungen von Angehörigen der Allgemeinen SS«, lässt vermuten, dass er dieser Bitte entsprach.¹¹⁷ »Gelegentlich« dürfte untertrieben sein.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich Hörstmanns Aktivitäten als SS-Arzt im Detail nicht mehr rekonstruieren lassen, sieht man einmal von seiner Gutachtertätigkeit als »Sippenarzt« bei Verlobungs- und Heiratsgesuchen ab, der innerhalb der SS ein nicht zu unterschätzender Stellenwert zukam.¹¹⁸ Hörstmanns Angabe, er habe sich ansonsten »an dem üblichen Dienst« nicht beteiligt¹¹⁹, klingt wenig glaubwürdig, nicht zuletzt angesichts des Umstandes, dass er im April 1939, sechs Unterführer-Dienstgrade überspringend, vom SS-Unterscharführer zum SS-Führer (SS-Untersturmführer) und im Januar 1942 noch einmal zum SS-Obersturmführer beför-

¹¹³ SS-Sanitätsamt, Ärztlicher Ausbildungsbrief Nr. 5, 15.11.38, S. 73, ebenda.

¹¹⁴ Heiratsamt an Hörstmann, 25.3.43, RS Hörstmann, BAB, BDC.

¹¹⁵ SS-Sanitätsamt, Ärztlicher Ausbildungsbrief Nr. 1, undatiert [1.4.37?], S. 14; BAB, NS 31/183.

¹¹⁶ SS-Sanitätsamt, Ärztlicher Ausbildungsbrief Nr. 3, 31.5.37, ebenda.

¹¹⁷ HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 16313.

¹¹⁸ Ausführlicher: Heinemann, Rasse- und Siedlungshauptamt der SS, S. 50-62.

¹¹⁹ Lebenslauf vom August 1946, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 16313.

dert wurde.¹²⁰ Vielmehr ist davon auszugehen, dass er nicht nur eingehend mit der »Rassenlehre« der Nationalsozialisten vertraut war, sondern mitverantwortlich für deren Vermittlung im Rahmen der Ausbildung des ihm unterstehenden SS-Sanitätspersonals.

Ein weiteres Indiz gegen die Behauptung, sich »an dem üblichen Dienst« nicht beteiligt zu haben, stellt ein Schreiben des SS-Hauptamtes vom 26. August 1939 dar. Es handelt sich um eine Aufstellung über Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und Sanitätsdienstgrade für Polizeiverstärkungen der SS-Totenkopfstandarten, die sich am 3. Mobilisierungstag bei den Standortärzten der zu dem Zeitpunkt maßgeblichen KZ-Standorte in Dachau (1. SS-Totenkopfstandarte »Oberbayern«), Oranienburg-Sachsenhausen (2. SS-Totenkopfstandarte »Brandenburg«) und Buchenwald (3. SS-Totenkopfstandarte »Thüringen«) melden sollten. Unter den insgesamt 50 namentlich genannten Ärzten findet sich auch Dr. Helmuth Hörstmann, der sich beim Standortarzt Oranienburg-Sachsenhausen zu melden hatte.¹²¹ Die »Polizeiverstärkungen« sollten nach den Hitler-Erlassen vom 17. August 1938 und 18. Mai 1939 als Verstärkung der SS-Totenkopfverbände dienen, genauer: als Polizeitruppe (Obergrenze: 25 000 Mann), die bei der Mobilmachung oder auf besonderen Befehl Hitlers unabhängig von der Ordnungspolizei aufgestellt und bewaffnet werden sollte.¹²² Den Hintergrund bildeten die Ambitionen des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, die SS-Totenkopfverbände zu vergrößern, ihr ursprünglich auf die Bewachung der Konzentrationslager beschränktes Aufgabenfeld zu erweitern und sie, eingebunden in das langfristig angelegte Konzept der Kriegsvorbereitung, zusammen mit der SS-Verfügungstruppe zu einem »zweiten Waffenträger der Nation« auszubauen, der ab November 1939 als solche bezeichneten Waffen-SS.¹²³ Beginnend im Herbst 1938 wurden bis Mitte 1939 etwa 8000 bis 10 000 Angehörige der Allgemeinen SS im Alter von 25 bis 35 Jahren in zumeist dreimonatigen Lehrgängen für die »Polizeiverstärkungen« ausgebildet, um im Kriegsfall »die Sicherheit im Innern zu garantieren«,

¹²⁰ SSO Hörstmann, BAB, BDC. Die Ränge eines SS-Unterscharführers bzw. SS-Untersturmführers entsprachen dem Dienstgrad eines Unteroffiziers bzw. Leutnants in der Wehrmacht.

¹²¹ SS-Hauptamt, 26.8.39, Aufstellung der Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und San.-Dienstgrade für Polizeiverstärkungen der SS-Totenkopfstandarten, BA-DH, ZWM – R 327, Bl. 47-57. Hörstmann wird darin als SS-Unterscharführer geführt, obwohl er bereits am 20.4.39 zum SS-Untersturmführer befördert worden war.

¹²² Buchheim, Herrschaftsinstrument, S. 175 f.; Wegner, Hitlers Politische Soldaten, S. 112-123; Kaienburg, Militär- und Wirtschaftskomplex, S. 62-73; Sydnor, Soldaten des Todes, S. 28-32; Neusüss-Hunkel, SS, S. 61 ff.; Stein, Waffen-SS, S. 15-23.

¹²³ Kaienburg, Militär- und Wirtschaftskomplex, S. 65. Zu Recht vermerkt Nolzen (SS als Gliederung der NSDAP, S. 37), dass die Mobilmachung des gesamten SS-Apparates bislang noch nicht thematisiert wurde.

so Himmler in einer grundlegenden Rede 1937.¹²⁴ Nach Abschluss der Lehrgänge konnten die meisten zunächst wieder heimkehren, hatten aber im Mobilisierungsfall (meint: Kriegsfall) einer Einziehung sofort wieder Folge zu leisten. Offensichtlich hatte auch Hörstmann 1938/39 einen entsprechenden dreimonatigen Lehrgang durchlaufen und sollte nun eingezogen werden.¹²⁵

Alles Weitere lässt sich kaum noch rekonstruieren. Nach zeitgenössischen Unterlagen wurde Hörstmann am 15. Juli 1939 militärärztlich untersucht (Befund: »tauglich 1«) und am 2. März 1940 gemustert (Befund: »k.v. Ers. Res. 1«).¹²⁶ Mit anderen Worten: Hörstmann wurde bei den Untersuchungen als uneingeschränkt »kriegsverwendungsfähig« eingestuft. Da jedoch keine weiteren Hinweise vorliegen¹²⁷, ist davon auszugehen, dass Hörstmanns Nachkriegsangabe, er sei zu »militärischen Dienstleistungen bei der Waffen SS oder bei der Wehrmacht« nicht herangezogen worden, da er »als Arzt stets voll beschäftigt und von der Stadt Berlin ständig reklamiert war«, zutreffend ist.¹²⁸

Die Frage in dem Fragebogen der britischen Militärregierung nach nationalsozialistischen Auszeichnungen und Orden verneinte Hörstmann und gab vielmehr nur seine Beförderungen zum SS-Untersturmführer (1939) und SS-Obersturmführer (1942) an.¹²⁹ Nach der Stammkarte in seiner SS-Führer-Akte war er im Besitz des »Julleuchters«, mit dem der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, vergleichsweise breit gestreut ausgewählte SS-Männer auszuzeichnen pflegte.¹³⁰ In seinem zweiten Antrag auf Heiratsgenehmigung gab Hörstmann im August 1942 an, im Besitz der »Erinnerungsmedaille Sudetenland« (offiziell: »Medaille zur Erinnerung an den 1. Oktober 1938«) zu sein, die für »Verdienste um die Wiedervereinigung der sude-

¹²⁴ Himmler, Vortrag über »Wesen und Aufgabe der SS und Polizei« im Januar 1937 auf einem nationalpolitischen Lehrgang der Wehrmacht, Nürnberg, Dok. PS-1992(A), in: IMT, Bd. XXIX, S. 206-234, Zitat: S. 222.

¹²⁵ Vorgesehen war, zum 3. Mobilisierungstag die im Herbst 1938 und vom 8.3.-7.6. bei der Verstärkung der SS-Totenkopfverbände Ausgebildeten sowie die in Breslau bis 16.9. in der Ausbildung Begriffenen einzuberufen, vgl. SS-Hauptamt, 24.8.39, BA-DH, ZWM – R 327, Bl. 35-42, hier: Bl. 35.

¹²⁶ RS Hörstmann, BAB, BDC (Untersuchung 1939); Personalakte Hörstmann 1944, IFM, PA 5834 (Musterung 1940).

¹²⁷ Hörstmanns SS-Führer-Akte (SSO, BAB, BDC) enthält keine dahin gehenden Einträge. Auch der Deutschen Dienststelle (schriftliche Mitteilung v. 13.4.10) liegen keine Hinweise auf Dienstzeiten in der Waffen-SS oder der Wehrmacht vor. In der Gedenkstätte Sachsenhausen (schriftliche Mitteilung v. 11.8.09) ist der Name Hörstmann nicht bekannt.

¹²⁸ Lebenslauf, August 1946, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 16313.

¹²⁹ Fragebogen (4 Seiten), 15.8.46; und Fragebogen (12 Seiten, darin Nennung der Beförderungen), 4.10.46, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 16313.

¹³⁰ SSO Hörstmann, BAB, BDC.

tendeutschen Gebiete mit dem Deutschen Reich« (sprich: dem Einmarsch ins Sudetenland) verliehen wurde.¹³¹ Gefragt nach militärischen Orden führte Hörstmann nach dem Krieg lediglich an, 1944 für seinen »ärztlichen Einsatz bei Bombenangriffen auf Berlin« mit dem Kriegsverdienstkreuz zweiter Klasse ausgezeichnet worden zu sein.¹³²

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass fast alle Nachkriegsangaben Hörstmanns zu seiner SS- und NSDAP-Mitgliedschaft unzutreffend sind, sieht man einmal von den reinen Eckdaten ab.¹³³ Da die Falschangaben Eingang in nicht wenige Leumundszeugnisse fanden, ist anzunehmen, dass diese nach entsprechenden Vorgaben von Hörstmann erstellt wurden. Zudem erweisen sich seine Auskünfte als unvollständig. Es fehlen vor allem diejenigen Aspekte, die Hörstmanns Behauptung, lediglich »nominelles« Mitglied der SS gewesen zu sein, widersprochen hätten, und die für ein erhebliches Maß an Überzeugung und Begeisterung für den Nationalsozialismus sprechen, zumindest aber für das engagierte Bestreben, einen dahin gehenden Eindruck zu erwecken. Wie jeder andere SS-Mann auch, hatte Hörstmann den bedingungslosen Treueid auf Hitler geschworen. Er war fest eingebunden in die an Ordensleitbildern orientierten und militärisch ausgerichteten Strukturen der SS. Er hatte Vorgesetzte und nach seinem Aufstieg zum SS-Führer Untergebene, er war somit weisungsgebunden und später auch weisungsbefugt.

Berlin (1931 bis 1944)

Während der NS-Zeit hielt sich Hörstmann größtenteils in Berlin auf. Im Frühjahr 1931 bestand er im Alter von 21 Jahren an der Hermann-Billing-Schule (Oberrealschule) in Celle die Reifeprüfung. Im gleichen Jahr begann er ein Medizinstudium an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin (seit 1946: Humboldt-Universität), das er nach Gastsemestern in Königsberg, Zürich und Kiel (1934/35) am 29. Juli 1937 in Berlin mit dem Staatsexamen abschloss. Im August 1938 erhielt er seine Zulassung (Approbation) als Arzt und promovierte sich im Dezember 1939 zum Dr. med. mit

¹³¹ RS Hörstmann, ebenda. Welcher Art Hörstmanns »Verdienste« waren, ließ sich nicht feststellen. Die »Medaille zur Erinnerung an den 1. Oktober 1938« gehört zu den nationalsozialistischen Orden, die in der Bundesrepublik seit 1957 nicht mehr geführt werden dürfen.

¹³² Fragebogen (12 Seiten), 4.10.46, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 16313.

¹³³ Zu den sehr ähnlichen Entlastungslegenden von Schleyer vgl. weiter unten.

der schlechtest möglichen Beurteilung (genügend). Im September 1943 folgte die Anerkennung als Facharzt für Chirurgie.¹³⁴

Von Oktober 1938 bis März 1944 war Hörstmann am Städtischen Krankenhaus Berlin-Wilmersdorf tätig (ab 1943 als Oberarzt).¹³⁵ In einer Studie über den Berliner Stadtteil Wilmersdorf in der NS-Zeit ist das Städtische Krankenhaus nicht dezidiert Gegenstand der Untersuchung, wird aber an einigen Stellen erwähnt.¹³⁶ Unter anderem gehörte es zu den Einrichtungen, in denen nach dem »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« Sterilisationen an (zumeist psychisch kranken) Männern vorgenommen wurden.¹³⁷ Im September 1939 »übernahm« das Städtische Krankenhaus die benachbarte jüdische Hirsch-Mamroth'sche Klinik samt Inventar. Der Ankauf des betreffenden Grundstücks über einen Treuhänder besiegelte diese »Arisierung« durch die Kommunalverwaltung endgültig.¹³⁸ Hörstmanns Chef in Wilmersdorf, Professor Wilhelm Baetzner, bescheinigte Hörstmann nach dem Krieg, ihn »vielfach« vertreten zu haben.¹³⁹ Da Baetzner (Jg. 1878) ab Ende August 1939 als »beratender Chirurg« zum Heeresdienst eingezogen war, ist seinem positiven Zeugnis in Hörstmanns Entnazifizierungsakte allerdings nur bedingtes Gewicht beizumessen.¹⁴⁰

Aus Hörstmanns Entnazifizierungsakte geht hervor, dass er während seiner Tätigkeit in Berlin ab 1942 DAF-Betriebsarzt der Firmen »Ota« und »Freywald & Fuchs« war.¹⁴¹ Für die »Schlesischen Schuh Werke AG (Ota)« mit Stammsitz in Ottmuth/Schlesien sind für Berlin drei Lager bzw. Gefolgschaftsheime für ausländische Arbeitskräfte bekannt: in der Burgstraße 17 (20 Personen unterschiedlicher Nationalität), der Karlstraße 20 (acht Personen unterschiedlicher Nationalität) und der Lindenstraße 99 (25 Arbeiterinnen und Arbeiter aus den Niederlanden und aus Kroatien). Eine Aufstellung des Gesundheitsamtes Berlin-Mitte über die »ärztliche Ver-

¹³⁴ Promotionsakte Hörstmann, AHU, Med. Fak. 1092; Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands, Karteikarte Hörstmann, BAB, R 9347; Lebenslauf Hörstmann, Juli 1944, IFM, PA 5834. Im Entnazifizierungsverfahren (HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 16313) gab Hörstmann bei allen drei Prüfungen (Staatsexamen, Promotion und Facharzt) »bestanden« an.

¹³⁵ Hörstmann, Lebenslauf, August 1946, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 16313; Karteikarte Hörstmann der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, BAB, R 9347.

¹³⁶ Metzger u. a., Berlin-Wilmersdorf 1933-1945.

¹³⁷ Wehe, Gesundheitsverwaltung, S. 266.

¹³⁸ Ebenda, S. 277 f.

¹³⁹ Baetzner, Ärztliches Zeugnis, 15.8.46, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 16313.

¹⁴⁰ Baetzner, Lebenslauf, 16.3.42: »Seit dem 26.8.39 stehe ich als beratender Chirurg im Felde«, RK Baetzner, BAB, BDC; vgl. Wehe, Gesundheitsverwaltung, S. 278.

¹⁴¹ Hörstmann, Lebenslauf, August 1946, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 16313.

sorgung der Ausländer-Arbeitslager« von Ende 1942/Anfang 1943 führt Hörstmann in der Karlstraße 20 und der Burgstraße 17 als nebenamtlichen Lagerarzt.¹⁴²

Landsberg/Warthe (1944/45)

Von April 1944 bis Ende Januar 1945 war Hörstmann als Oberarzt in einem Berliner Ausweichkrankenhaus in Landsberg/Warthe tätig. Ab Juli 1944 fungierte er außerdem als nebenamtlicher Betriebsarzt in dem benachbarten Zweigwerk der IG Farben und dem dazugehörigen Fremdarbeiterlager.¹⁴³ Nach dem Leumundszeugnis der damaligen Werksfürsorgerin war er dabei auch für die Entbindung ausländischer Arbeiterinnen und eine Kinderstation zuständig.¹⁴⁴ Hörstmann selbst erwähnte diese Zuständigkeit nicht. Prof. Baetzner schreibt, Hörstmann habe in Landsberg eine angegliederte gynäkologische Abteilung selbständig geleitet.¹⁴⁵

Die Forschungsliteratur zur reichsweiten Einrichtung von Ausweichkrankenhäusern, deren Notwendigkeit sich aus der Zerstörung und weiteren Gefährdung von Krankenhäusern infolge alliierter Bombenangriffe ergeben hatte, ist sehr überschaubar.¹⁴⁶ Die organisatorischen Fäden zog Hitlers Begleitarzt, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS Prof. Dr. Karl Brandt (»Aktion Brandt«), an sich, einer der maßgeblichen Organisatoren der »Euthanasie«-Morde und seit Juli 1942 Bevollmächtigter (ab August 1944: Reichskommissar) für das Sanitäts- und Gesundheitswesen.¹⁴⁷ Da – selbst provisorische – Neubauten aus Materialmangel nur bedingt in Frage kamen, war die Nutzung »geeigneter Heil- und Pflegeanstalten oder

¹⁴² Lagerliste mit Betriebsärzten (Stand: Ende 1942/Anfang 1943), LA Berlin, C Rep. 375-01-08, Nr. 7818/A 06; ausführlicher zu dieser Quelle: Pagenstecher, Lagerlisten und Erinnerungsberichte; zur Ota: Brands, Forced labour for Ota, S. 3.

¹⁴³ Hörstmann, Lebenslauf, August 1946, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 16313; Lebenslauf (1944) in Personalakte IG Farben, IFM, PA 5834.

¹⁴⁴ Erklärung Ursula P., 15.2.46, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 16313. Die anonymisierte Wiedergabe von Nachnamen folgt datenschutzrechtlichen Überlegungen und Archivaufgaben, ausgenommen Personen, die als bekannt vorausgesetzt werden können oder bereits in anderen Publikationen erwähnt wurden.

¹⁴⁵ Baetzner, Ärztliches Zeugnis, 20.8.46, ebenda.

¹⁴⁶ Allgemein: Liere, Akten der Reichskanzlei; Fallbeispiel in Karlsbad: Michels, Ausweichkrankenhaus.

¹⁴⁷ Vgl. den Schriftwechsel in BAB, R 43 II/737b; Liere, Akten der Reichskanzlei, S. 72-107; Aly, Medizin gegen Unbrauchbare, S. 56-70. Brandt wurde 1947 im Nürnberger Ärzteprozess zum Tode verurteilt und 1948 hingerichtet, vgl. u. a. Eckart, Brandt; Faulstich, Hungersterben, S. 587 ff.

von Teilen solcher Anstalten« seit Oktober 1941 ausdrücklich vorgesehen.¹⁴⁸ Der Abtransport der dafür zu entfernenden Anstaltspatienten wurde von der »Gemeinnützigen Transport GmbH Berlin« (Gekrat) vorgenommen, die während der ersten, zentral gesteuerten Phase der »Euthanasie« eigens für die Transporte in die Tötungsanstalten geschaffen worden war. Da die Omnibusse der Gekrat und ihr Zweck in der Umgegend sowohl der Heil- und Pflege- als auch der Tötungsanstalten bekannt waren, schlug Brandt vor, »in den örtlichen Tagespressen der betroffenen Städte die Gründe dieser Gesamtmaßnahme propagandistisch« zu besprechen, »damit diese dringend notwendige und eilige Vorsichtsregelung zur Schaffung von Hilfskrankenhäusern der Bevölkerung verständlich und nahegebracht wird«, um »eine schon vorhandene Beunruhigung zu vermindern und Gerüchte zu entkräften«.¹⁴⁹ Die Einrichtung von Ausweichkrankenhäusern war somit – nicht nur in Landsberg/Warthe – untrennbar mit dem Abtransport und der vielfachen Ermordung von Anstaltspatienten verbunden, von denen nicht wenige aufgrund psychischer Schäden in Folge der alliierten Luftangriffe in eine psychiatrische Anstalt eingewiesen worden waren.¹⁵⁰

Über das Ausweichkrankenhaus in Landsberg/Warthe – in einigen Schreiben auch als »Cecilienhaus« des Verbandes Berliner Ortskrankenkassen bezeichnet – ist bislang kaum etwas bekannt. Eingerichtet wurde es im Frühjahr 1944 in Räumlichkeiten der dortigen Landesanstalt (für Psychiatrie). Fast alle übrigen Berliner Ausweichkrankenhäuser waren bereits ein halbes Jahr zuvor in Betrieb genommen worden.¹⁵¹

Aus der Landesanstalt Landsberg waren während der ersten, zentral gesteuerten Phase der »Euthanasie« bis August 1941 mindestens 444 Patienten abtransportiert und ermordet worden. Nach dem offiziellen Stopp der »Euthanasie«-Morde im August 1941 kamen im Rahmen der zweiten, »dezentralen« Phase weitere Opfer hinzu. 1942 und 1943 betrug die jährliche Zahl der Todesfälle jeweils über 500, ein Drittel der durchschnittlichen Patientenzahl von etwa 1500 in Landsberg.¹⁵²

Um den für das Hilfskrankenhaus notwendigen Platz (fünf Häuser¹⁵³) freizumachen, wurden im Vorfeld (Ende Februar und Anfang März 1944) noch einmal 250

¹⁴⁸ Verordnung über die Bestellung eines Reichsbeauftragten für die Heil- und Pflegeanstalten, 23.10.41, in: Reichsgesetzblatt 122 (27.10.41), zit. in: Liere, Akten der Reichskanzlei, S. 74 f.

¹⁴⁹ Brandt, Rundschreiben (nicht zur Veröffentlichung) an Reichsleiter, Gauleiter und Verbändeführer, 8.10.41, BAB, R 43 II/737b, Bl. 109 f.; zur gefürchteten Bekanntheit der Gekrat-Omnibusse vgl. u. a. Mitscherlich/Mielke, *Medizin ohne Menschlichkeit*, S. 197 ff.

¹⁵⁰ Aly, *Medizin gegen Unbrauchbare*, S. 65 ff.

¹⁵¹ Michels, *Ausweichkrankenhaus*, S. 9-12.

¹⁵² Rose, *Landesanstalten Sorau und Landsberg*, S. 226 ff.

¹⁵³ In einem der Häuser kam eine Außenstelle der Landesfrauenklinik Berlin-Neukölln unter.

Patienten in die Anstalt Hadamar – mit 15 000 Tötungen eine der zentralen Mordstätten der ersten, zentral gesteuerten Phase der »Euthanasie« – abtransportiert. Drei Monate später waren 200 (80 Prozent) dieser Patienten verstorben bzw. ermordet worden.¹⁵⁴ Die übrigen etwas über 1000 Psychatriepatienten in Landsberg wurden in den noch verbleibenden vier Häusern der Landesanstalt – zum Teil im Keller – (noch) enger zusammengelegt, was auf eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen hinauslief.¹⁵⁵

Hörstmann gab in seinem Lebenslauf von August 1946 an, sich an der »Herstellung und Funktion« des Ausweichkrankenhauses »maßgeblich beteiligt« zu haben.¹⁵⁶ Professor Baetzner hob die »organisatorischen Fähigkeiten« hervor, die Hörstmann beim »Aufbau« des Ausweichkrankenhauses bewiesen habe.¹⁵⁷ In dem höchst fragmentarischen Schriftgut zum Ausweichkrankenhaus in Landsberg, das im Brandenburgischen Landeshauptarchiv überliefert ist, taucht der Name Hörstmann nicht auf. Auch der Name von Prof. Baetzner findet nur in einem Vermerk Erwähnung, in dem es um die Entfernung der Fenstergitter an den Häusern geht, die dem Ausweichkrankenhaus zur Verfügung gestellt worden waren.¹⁵⁸ An einer vom Hauptgesundheitsamt Berlin erbetenen, offensichtlich ersten Besichtigung der Landesanstalt in Landsberg Ende Dezember 1943 nahmen drei Vertreter der Stadt Berlin (anscheinend kein Arzt) und der Landesmedizinalrat der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg teil. Der Direktor der Landesanstalt, Dr. Syring, kalkulierte zu diesem Zeitpunkt, rund 550 Patienten »abzutransportieren«.¹⁵⁹ Im Mustervertrag traten der Provinzialverband der Provinz Mark Brandenburg (als Betreiber der Landesanstalt und Vermieter) und das Hauptgesundheitsamt der Reichshauptstadt Berlin (als Mie-

¹⁵⁴ Rose, Landesanstalten Sorau und Landsberg, S. 228 f.; Lilienthal, Patientinnen und Patienten, S. 311 und S. 314 ff. Im Sommer 1943 war sogar der Abtransport von 1200 Anstaltspatienten aus Landsberg vorgesehen gewesen, vgl. Baumann (Landesmedizinalrat), Vermerk über Besprechung der sieben Brandenburger Anstaltsdirektoren, 20.8.43, Rep. 55 Provinzialverband, Abt. I, Nr. 1128, Bl. 148 f.; vgl. Rose, Landesanstalten Sorau und Landsberg, S. 228; Faulstich, Hungersterben, S. 470 f.

¹⁵⁵ Landesmedizinalrat Baumann (Provinzialverwaltung Mark Brandenburg), Vermerk, 11.3.44, BLHA, Rep. 55 Provinzialverband, Abt. IX, Nr. 1927, Bl. 17 f. Baumann spricht von 400 abtransportierten und rd. 900 »übrigbleibenden Geisteskranken«. Da nachweislich »nur« 250 Patienten nach Hadamar verbracht wurden, dürften rd. 1050 in Landsberg verblieben sein.

¹⁵⁶ HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 16313.

¹⁵⁷ Baetzner, Ärztliches Zeugnis, 15.8.46, ebenda.

¹⁵⁸ »Cecilienhaus« des Verbandes Berliner Ortskrankenkassen an Landesanstalt Landsberg/Warthe, 2.5.44, BLHA, Rep. 55 Provinzialverband, Abt. IX, Nr. 1927, Bl. 32.

¹⁵⁹ Landesmedizinalrat Baumann, Vermerk über Besichtigung am 30.12.43, 3.1.44, BLHA, Rep. 55 Provinzialverband, Abt. IX, Nr. 1927, Bl. 2 f.

ter und Betreiber des Ausweichkrankenhauses) in Erscheinung. Festgelegt wurde darin, dass der äußere Betrieb sowie dessen Verwaltung und Wirtschaftsführung beim Anstaltsdirektor verblieb, während der innere Betrieb des Ausweichkrankenhauses Berliner Sache war.¹⁶⁰ Wie die beschlossenen Maßnahmen auf den unteren Ebenen und vor Ort umgesetzt wurden, ließ sich nicht in Erfahrung bringen. Somit bleibt als Fazit, dass der Abtransport der 250 Anstaltspatienten – wie andernorts auch – zweifelsohne in unmittelbarem Zusammenhang mit der Einrichtung des Ausweichkrankenhauses stand, sich hingegen Hörstmans Verantwortlichkeiten und organisatorischen Verdienste bis zur Inbetriebnahme am 1. April 1944 aufgrund der schlechten Quellenlage nicht näher bestimmen lassen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass Hörstmann die deutliche Verschlechterung der Lebensbedingungen für die in Landsberg verbliebenen Anstaltspatienten nicht verborgen blieb.

Ab September 1944 diente die Landesanstalt zudem als »Sammelstelle« für »unheilbare geistesranke Ostarbeiter und Polen« aus Pommern, Mecklenburg, Kurmark und Berlin.¹⁶¹ Am 31. Januar 1945 besetzte die Rote Armee Landsberg. Das Ausweichkrankenhaus war erst am Tag zuvor evakuiert worden, während die Psychiatriepatienten offensichtlich sich selbst überlassen blieben.¹⁶²

Wie aus seiner Personalakte bei der IG Farben hervorgeht, fungierte Hörstmann vom 1. Juli 1944 bis 31. Januar 1945 außerdem als nebenamtlicher Betriebsarzt in dem benachbarten IG Farben-Werk in Landsberg/Warthe. Nach den »Richtlinien für Betriebsärzte«, die Bestandteil des Dienstvertrags waren, unterstand er in dieser Funktion unmittelbar dem Betriebsführer und war diesem als »Gefolgschaftsmitglied« zur »Gefolgschaftstreue« verpflichtet. Voraussetzung für eine Tätigkeit als nebenamtlicher Betriebsarzt war die Anerkennung als »N.S. Arzt« durch das Amt für Gesundheit und Volksschutz der Deutschen Arbeitsfront (DAF). Zu seinen Aufgaben gehörten die gesundheitliche Überwachung des Betriebes, der »Werkssiedlung« sowie aller »Gefolgschaftsmitglieder«, die ständige Überwachung der Ernährung und die »ärztliche Beratung und Mitwirkung bei allen Fragen des Arbeitseinsatzes«. Dem

¹⁶⁰ Mustervertrag, undatiert, ebenda, Bl. 5 f. Neben Landsberg werden darin die Landesanstalten in Eberswalde, Neuruppin und das Landeskrankenhaus in Lübben als »Ausweich«-Quartiere genannt.

¹⁶¹ Erlass des Innenministeriums, 6.9.44, darin: Liste der Sammelstellen, zit. in: Klee, »Euthanasie« im NS-Staat, S. 365 ff.; ausführlich zu den »Sammelstellen«: Hamann, Morde an polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern, S. 145-151. Hamann zufolge liegen über die Vorgänge in der »Sammelstelle« Landsberg keine Informationen vor. Für andere »Sammelstellen« ist die Ermordung der betreffenden Patienten an Ort und Stelle oder nach Weitertransport in eine der Tötungsanstalten überliefert.

¹⁶² Bericht über in Feindeshand gefallene Landesanstalten, 7.3.45, BLHA, Rep. 55 Provinzialverband, Abt. I, Nr. 1128, Bl. 187, vgl. Rose, Landesanstalten Sorau und Landsberg, S. 229.

Betriebsführer hatte er regelmäßig über den Gesundheitszustand der Gefolgschaftsmitglieder Bericht zu erstatten. Hauptamtlichen Betriebsärzten war die Praxisausübung untersagt, nebenamtlichen die ärztliche Krankenbehandlung von Gefolgschaftsmitgliedern nur in ihrer eigenen Praxis gestattet.¹⁶³

Zu den Hintergründen: Die IG Farben-Fabrik in Landsberg/Warthe (seit 1945: Gorzow) ist heute nahezu in Vergessenheit geraten.¹⁶⁴ Selbst in den einschlägigen Verzeichnissen zu den unterschiedlichsten nationalsozialistischen Lagern und Haftstätten, zuletzt (2003) ergänzt von der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« (EVZ), sucht man das dazugehörige Zwangsarbeiterlager vergeblich.¹⁶⁵ Das Werk in Landsberg war als Filmfabrik (Fliegerfilme für die Luftwaffe) konzipiert und ab März 1939 aufgebaut worden. Während des Krieges wurde es auf die Produktion von Perlon, u. a. für Fallschirme, umgerüstet. 1942 bestand ein Barackenlager mit 1406 Betten, von denen Mitte des Jahres 670 belegt waren. 1943 und 1944 kamen weitere Teillager und Baracken hinzu.¹⁶⁶ Belegzahlen für 1944/45 sind nicht bekannt.

Im Nürnberger Folgeprozess gegen die führenden Verantwortlichen der IG Farben (Fall 6) spielte das Werk in Landsberg nur in der Anklage gegen Dr. Fritz Gajewski, Vorstandsmitglied und Chef der Sparte III (Photographika, Kunstfasern und Kunststoffe), eine Rolle. Dabei wurde Gajewski eine Mitverantwortung für 107 Todesfälle unter sowjetischen Kriegsgefangenen auf der IG Farben-Baustelle in Landsberg in-

¹⁶³ IG Farben, Betriebsarztvertrag Dr. med. Hörstmann, 8.7.44 (Anlagen: »Richtlinien für Betriebsärzte«, »Vereinbarung für den Einsatz von nebenamtlichen Betriebsärzten«, »Auszug aus den Erläuterungen zu den Richtlinien und Verträgen für Betriebsärzte«), IFW, PA 5834; vgl. allgemein: Karbe, Entstehung und Ausbau des faschistischen Betriebsarztsystems; Elsner, Betriebsärzte der IG Farben-Werke.

¹⁶⁴ In einschlägigen Studien findet es keine bzw. nur beiläufig Erwähnung, vgl. u. a. Borkin, Die unheilige Allianz der I. G. Farben; Elsner, Die Betriebsärzte der IG Farben; Hayes, IG Farben in the Nazi Era; Plumpe, I.G. Farbenindustrie AG; Lindner, Hoechst; Schreiber, IG Farben; Schmelzer, IG Farben; sowie die Beiträge von Karl Heinz Roth in: www.wollheim.memorial.de.

¹⁶⁵ Weinmann, Lagersystem; Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, Gesamtverzeichnis; schriftliche Mitteilung EVZ, 21.05.10.

¹⁶⁶ Vgl. u. a. Reichswirtschaftsministerium (Löb) an Direktion der IG Farben AG (Dr. Gajewski), betr. Neue Filmfabrik Landsberg/Warthe, 28.9.38, Nürnberg. Dok. NI-13530; Eidesstattliche Erklärung Kurt Riess (Chefingenieur der IG Farben in Wolfen und zuständig für die Errichtung von Unterküpfen für Fremdarbeiter), 23.2.48, Nürnberg. Dok. Gajewski-41; Reichswirtschaftsministerium an Regierungspräsidenten Frankfurt/Oder, betr. IG Farben-Werk Landsberg, 11.9.42, BAB, R 3101/32357; vgl. Plumpe, I.G. Farbenindustrie AG, S. 322 f.; Hayes, IG Farben in the Nazi Era, S. 180, S. 185 und S. 333; Roth, Die I.G. Farbenindustrie AG im Zweiten Weltkrieg, S. 17; schriftliche Mitteilung Manfred Gill (Industrie- und Filmmuseum Wolfen) v. 26.5.10. Nach Plumpe datiert der Beschluss zur Umrüstung zu einer Perlonfaserfabrik auf das Jahr 1940. 1942 wurde – Roth zufolge – die Produktion aufgenommen, die sich – nach Plumpe – 1943 auf 585 Monatstonnen belief.

nerhalb von wenigen Wochen um die Jahreswende 1941/42 zur Last gelegt.¹⁶⁷ Interessant für die vorliegende Fragestellung ist vor allem die eidesstattliche Erklärung von Gustav-Adolf von Beck (Personalchef in Landsberg, dem auch die Fremdarbeiter unterstanden), da dieser auch Hörstmann in dessen Entnazifizierungsverfahren ein Leumundszeugnis ausstellte. Beck zufolge machten Ausländer ungefähr die Hälfte der Arbeitskräfte in Landsberg aus. Ein größerer Teil soll aus westeuropäischen Ländern »freiwillig« gekommen sein. Es gab aber auch nicht wenige Arbeitskräfte aus Polen und der Sowjetunion. 1943 habe die Direktion der IG Farben die Fremdarbeiterlager von der DAF übernommen, um die dauernden Klagen über die Bewirtschaftung der ausländischen Arbeitskräfte abzustellen. Weiter behauptete Beck:

»Alle nur möglichen materiellen und ideellen Zuwendungen, welche die Arbeitsfreude und das Wohlergehen heben sollten, sind von uns vorgenommen worden. Herr Dir. Dr. Gajewski hatte ausdrücklich in Landsberg befohlen, dass alles nur Mögliche für die ausländischen Arbeiter getan werden sollte, und dass wir keinerlei Kosten scheuen sollten. Herr Dr. Gajewski erklärte ausdrücklich, dass es für die I.G. keine bessere Propaganda in der Welt gäbe, als dass nach dem Kriege die zurückgekehrten I.G.-Fremdarbeiter sich lobend und anerkennend über die Behandlung bei der I.G. aussprechen.«¹⁶⁸

Dazu gehörten – nach Beck – die Gleichstellung sämtlicher ausländischer Arbeitskräfte (auch der polnischen und sowjetischen) mit den deutschen Arbeitskräften hinsichtlich der Entlohnung, der Verpflegung, der Arbeitszeiten und der Zulagen für Schwer- und Schwerstarbeit und das – wie von Beck mehrmals betont – unter Missachtung sämtlicher behördlicher Vorgaben, Anordnungen und Erlasse. Man habe sich in Landsberg bei der Behandlung der Fremdarbeiter »nur nach rein menschlichen Gefühlen leiten lassen«. Einmal wöchentlich habe es eine Kinovorstellung (Kosten: 1200-1500 RM) und einmal monatlich eine Theatervorstellung (Kosten: 3000 RM) gegeben. Im Frauenlager seien unter anderem ein Kindergarten und ein Säuglingsheim eingerichtet und für die Betreuung der Mütter und Kinder eine Hebamme, eine ausgebildete Kindergärtnerin und zwei Säuglingsschwwestern eingestellt worden. Beck fügte hinzu, allgemeine Angaben über die Unkosten des Einsatzes von Fremdarbeitern ließen sich für Landsberg »leider nicht mehr feststellen, da die gan-

¹⁶⁷ Beschwerden des IG Farben-Werk Landsberg an Rüstungskommando Frankfurt/Oder, 22.1.42 und 2.2.42, Nürnbg. Dok. NI-13551; vgl. Gesundheitsamt Landsberg an Regierungspräsident Frankfurt/Oder, betr. Fleckfieberbekämpfung, 23.1.42, BLHA, Rep. 33, I. Med., Nr. 1039. Dem Werk war Ende November 1941 ein Kontingent von 500 sowjetischen Kriegsgefangenen zugewiesen worden. Anfang Februar 1942 waren 200 als krank registriert, und damit in der Bilanz nach zwei Monaten 61 Prozent dieser Kriegsgefangenen nicht (mehr) »einsatzfähig«.

¹⁶⁸ Eidesstattliche Erklärung Gustav-Adolf von Beck, 29.1.48, Bayer-Archiv, 207/16.

zen Unterlagen in Verlust geraten sind«. Hinsichtlich der zahlreichen Todesfälle um die Jahreswende 1941/42 führte er an, die sowjetischen Kriegsgefangenen seien bei der Zuteilung vollkommen unterernährt gewesen, so dass alle Bemühungen der Werksleitung um zusätzliche Verpflegung in all diesen Fällen vergebens waren. Landsberg bildete hier keine Ausnahme. Von Ende November 1941 bis Ende Januar 1942 starben in deutschem Gewahrsam insgesamt 500 000 sowjetische Kriegsgefangene, vor allem an Unternährung und den Folgen der absolut unzureichenden Unterbringung.¹⁶⁹ Die zeitgenössischen Beschwerden der IG Farben-Werksleitung hatten sich allerdings nicht nur auf den Ernährungszustand der Kriegsgefangenen bezogen, sondern auch auf eine Verfügung der Wehrmacht, die den Wachmannschaften und dem zivilen Aufsichtspersonal jegliches Vorgehen gegen »arbeitsunlustige Sowjetrussen« untersagte:

»Nach Bekanntwerden dieser Verfügung, die auch den einzelnen Baufirmen mitgeteilt worden ist, hat sich die Arbeitsleistung der Sowjets schlagartig verschlechtert, weil nunmehr keine Mittel mehr vorhanden sind, um die Sowjetrussen zur Arbeit anzuhalten.«¹⁷⁰

In die gleiche Richtung weist eine Stellungnahme der für die Unterernährung der Kriegsgefangenen verantwortlichen Wehrmacht. Darin werden der schlechte Gesundheitszustand der Kriegsgefangenen und die zahlreichen Todesfälle auch auf »die schwere Arbeit, die den Sowjetrussen zugemutet worden sei«, zurückgeführt.¹⁷¹

Bedauerlicherweise waren für Landsberg tatsächlich keine (weiteren) zeitgenössischen Quellen mehr zu finden, anhand derer die Darstellung von Beck überprüft werden könnte. Bis auf einen Bericht konnten auch keine weiteren Zeugnisse ermittelt werden, um die Situation und Perspektive der betroffenen Zwangsarbeiter zu erschließen. Die Polin Helena L. (Jg. 1923) war im Oktober 1940 zur Zwangsarbeit nach Landsberg verbracht worden. Zunächst arbeitete sie in der Jutefabrik Max Bahr, ab 1943 in der Wäscherei des IG Farben-Werks. An Hörstmann hat sie keine Erinnerung, ebenso wenig an eine Kinderstation. Die Verhältnisse im Lager charakterisiert

¹⁶⁹ Streit, Keine Kameraden, S. 128 und S. 137-190.

¹⁷⁰ Hoffmann (Werksleiter IG Farben Landsberg) an Rüstungskommando Frankfurt/Oder, 2.2.42, Nürnbg. Dok. NI-13551.

¹⁷¹ Hoffmann (Werksleiter IG Farben Landsberg) an IG Farben Berlin, 13.3.42, Nürnbg. Dok. NI-3544. Hoffmann übermittelt darin die Entscheidung der Wehrmacht, die sowjetischen Kriegsgefangenen wieder von der Baustelle abziehen, da diese »industriell nicht voll einsatzfähig sind«.

sie als streng, die Verpflegung als »bescheiden« und sie erinnert sich an Hunde, die sie bewachten.¹⁷²

Für das IG Farben-Werk in Wolfen, das ebenfalls zur Sparte III gehörte, von Gajewski geleitet wurde und zumindest in personaltechnischer Hinsicht die Filiale in Landsberg verwaltete, ist hingegen eine von Gajewski mit unterzeichnete Bekanntmachung überliefert, deren Sprache nicht der Darstellung von Beck entspricht. Informiert wird darin über die Verhaftung einer französischen Fremdarbeiterin durch die Gestapo und deren Einlieferung in ein Arbeitserziehungslager. An alle übrigen »Gefolgschaftsmitglieder« gerichtet heißt es weiter:

»Wer glaubt, unsere Ermahnungen immer wieder in den Wind schlagen und seine Pflichten gegenüber unserer Betriebsgemeinschaft und den Erfordernissen des Krieges gröblich verletzen zu können, wird in jedem Fall hierfür zur Rechenschaft gezogen werden und hat mit der Einleitung strenger polizeilicher Maßnahmen zu rechnen. Arbeitsversäumnisse und Herumtreiberei nichtdeutscher Gefolgschaftsmitglieder stellen überdies einen Mißbrauch des Gastrechts dar, der besonders jetzt im Krieg in Deutschland nicht geduldet wird.«¹⁷³

Für Wolfen ist außerdem überliefert, dass die Löhne für sowjetische Arbeitskräfte – den einschlägigen Bestimmungen entsprechend – deutlich unter denen für deutsche Arbeitskräfte lagen. Gleiches galt für die Verpflegungssätze. Ab Mai 1944 betrug die wöchentliche Arbeitszeit in Wolfen 60 bis 62 Stunden für ausländische und 53 Stunden für deutsche Arbeitskräfte.¹⁷⁴ Ein ehemaliger belgischer Zwangsarbeiter beschreibt die medizinische Behandlung derart, »dass man unfähig sein mußte, aufrecht zu stehen, wenn man als krank betrachtet werden wollte. Leute mit 39 Grad Fieber wurden zur Arbeit zurückgeschickt, als sie sich zur ärztlichen Untersuchung meldeten«.¹⁷⁵

Dem NSDAP-Mitglied Gajewski attestierte Beck »eine sehr krasse negative Einstellung gegenüber der Partei«, die er zu Becks Verwunderung trotz seiner Position bei geschäftlichen Begegnungen »offen und uneingeschränkt« zum Ausdruck gebracht habe. Hörstmann bescheinigte er, »als Betriebsarzt nur für das Wohl und We-

¹⁷² Helena L., Fragebogenantworten, Juni 2010. Die heute in der Tschechischen Republik lebende Helena L. berichtete außerdem, ihr sei bei der IG Farben in Landsberg der Blinddarm entfernt worden. Die Beschreibung (»von einem älteren Herrn«) passt nicht auf Hörstmann.

¹⁷³ IG Wolfen (Filmfabrik), Bekanntmachung Nr. 12, 12.5.43, Faksimile in: Bode/Gill, Zwangsarbeiter, S. 16.

¹⁷⁴ Ebenda, S. 28-32, wenngleich mit nicht immer zweifelsfrei vergleichbaren absoluten Zahlen.

¹⁷⁵ Eidesstattliche Erklärung Jean Mol, 27.7.47, Faksimile in: ebenda, S. 35 f.; vgl. die Angaben eines ehemaligen französischen Zwangsarbeiters im IG Farben-Prozess, zit. in: Elsner, Betriebsärzte, S. 48.

he der Belegschaftsmitglieder gewirkt« zu haben, und hob hervor, »dass er die vielen tausend verschiedenen Ausländer in der vorbildlichsten Weise betreut hat«. Weiter heißt es:

»Seine [Hörstmanns] Einstellung der Partei gegenüber war derart krass entgegengesetzt, dass es nur ein Wunder war, dass er in Landsberg als Reaktionär nicht verhaftet worden ist. Herr Dr. Hörstmann hat laut und vernehmlich gegen die Partei und SS, der er früher als Student einmal gezwungenermaßen beigetreten war, in Worten und Werken gekämpft.«¹⁷⁶

Insgesamt hinterlassen Becks Erklärungen an Eides statt einen wenig glaubwürdigen Eindruck. So ist es nur schwer vorstellbar, dass sich die Verhältnisse in Landsberg unter der gleichen Oberaufsicht und Direktive (durch Gajewski) – wie von Beck beschrieben – von denen in Wolfen derart »krass« unterschieden haben sollen. Die Geschichte vom erzwungenen SS-Beitritt Hörstmanns und seiner späteren Nazigegnerschaft taucht auch in anderen Leumundszeugnissen auf und scheint nicht wirklich aus der Feder von Beck zu stammen.

Unter ähnlichem Vorbehalt müssen die Leumundszeugnisse zweier ehemaliger Mitarbeiterinnen in Landsberg betrachtet werden. Beide Frauen bescheinigten Hörstmann eine »außerordentliche« Beliebtheit bei der gesamten Belegschaft (Deutschen und Ausländern). Die Krankenschwester Charlotte H. führte aus, von den Patienten habe sie immer wieder gehört, »dass sie noch nie einen Arzt erlebt hätten, der ihnen so hülfe«, und fügte wie viele andere Entlastungszeugen hinzu, aus zahlreichen Gesprächen wäre ihr bekannt, dass Hörstmann »keinerlei Sympathien für die NSDAP hegte und offen Kritik übte. Er bedauerte wiederholt, dass er sich hatte bestimmen lassen, im Jahre 37 der Partei aus beruflichen Rücksichten beizutreten«.

Der Bericht der Werksfürsorgerin Ursula P. ist – wie erwähnt – das einzige Zeugnis, das Hörstmanns Verantwortlichkeiten für die Entbindung ausländischer Arbeiterinnen und eine Kinderstation im Fremdarbeiterlager benennt. Sie stellt Hörstmann in dieser Hinsicht nur das »beste Zeugnis als Arzt und Mensch« aus und hebt hervor, dass er den »Standpunkt, dass wir ein Herrenvolk wären«, kategorisch ablehnte und »entgegen den Bestimmungen der Deutschen Arbeitsfront« genau darauf achtete, dass diese Frauen einen ausreichenden Wochenschutz erhielten.¹⁷⁷ In Ermangelung

¹⁷⁶ Beck, Bescheinigung, 10.4.46, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 16313.

¹⁷⁷ Ursula P., Erklärung, 15.2.46, ebenda; Charlotte H., Erklärung, 2.8.45, ebenda. Beide Frauen datieren Hörstmanns Dienstantritt als nebenamtlicher Betriebsarzt auf den April 1944, obwohl er erst drei Monate später erfolgte.

weiterer Unterlagen lässt sich diese Darstellung nicht überprüfen.¹⁷⁸ Sollte sie zutreffen, wäre die Säuglingsstation in Landsberg eine Ausnahme unter den ab der Jahreswende 1942/43 zahlreich eingerichteten und euphemistisch als »Ausländerkinder-Pflegestätten« bezeichneten Einrichtungen (vornehmlich für Kinder von Zwangsarbeiterinnen aus Polen und der Sowjetunion), die – soweit bekannt – hohe Todesraten und außerordentlich erschütternde Bilanzen aufweisen.¹⁷⁹ Umso bemerkenswerter wäre dann der Umstand, dass Hörstmann diesen Aspekt in seinem Lebenslauf von 1946 mit keinem Wort erwähnt.¹⁸⁰

Zusammenfassend ist zu resümieren, dass sich Hörstmanns Dienstausbildung als nebenamtlicher Betriebsarzt in dem Landsberger IG Farben-Werk ebenfalls nicht im Detail rekonstruieren lässt. Selbst die Hintergründe sind nur schemenhaft zu erschließen. Hinsichtlich der Leumundszeugnisse ist (auch hier) quellenkritisch anzumerken, dass ihnen ganz offensichtlich nicht vorbehaltlos gefolgt werden kann.

Kriegsende und danach

Folgt man Hörstmanns Lebenslauf in der Entnazifizierungsakte, so war er ab Februar 1945 in verschiedenen Berliner Krankenhäusern tätig, bis er sich im Dezember 1945 in Celle – nach eigenen Angaben »freiwillig« – dem Field Security Service, dem militärischen Abwehr- und Geheimdienst der britischen Besatzungsmacht, zur politischen Überprüfung stellte.¹⁸¹ Die folgenden acht Monate verbrachte er in den Internierungslagern Westertimke und Sandbostel. Ein Spruchgerichtsverfahren gegen Hörstmann ist nicht überliefert.¹⁸² Nach seiner Entlassung Ende Juli 1946 wurde er zunächst als »nomineller Nazi-Unterstützer« (Kategorie IV) eingestuft. Bis Oktober 1947 hatte er sich einmal monatlich bei der Polizei zu melden.

¹⁷⁸ Standesamtliche Unterlagen, welche Auskunft über die Zahl der Geburten und der Todesfälle unter den Säuglingen geben könnten, ließen sich nicht erschließen. Anfragen beim Staatsarchiv Gorzow, dem Standesamt Gorzow und dem Standesamt I in Berlin (Ersatzstandesamt für die Ostgebiete) erbrachten keine Ergebnisse.

¹⁷⁹ Hrabar u. a., *Kinder im Krieg*, S. 171; vgl. als Regionalstudien: Schwarze, *Kinder, die nicht zählten* (Westfalen); sowie als Regionalstudien u. a. Reiter, *Tötungsstätten* (Niedersachsen); *Anschütz/Heike, Gräber ohne Namen* (Hannover); und die Arbeiten von Bernhild Vögel (Braunschweig).

¹⁸⁰ Hörstmann, *Lebenslauf, August 1946*, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 16313.

¹⁸¹ Ebenda. Hingegen gab er einer britischen Entlassungsstelle gegenüber im Februar 1946 an, zuletzt als Arzt dem »Aufgebot 4« des Volkssturms angehört zu haben, vgl. schriftliche Auskunft der Deutschen Dienststelle, 13.4.10.

¹⁸² Schriftliche Mitteilung Bundesarchiv Koblenz, 9.7.2009.

Zu denjenigen, die sich im Folgenden in besonderem Maße für Hörstmann einsetzten, gehörte der Vorsitzende der Entnazifizierungskammer Celle-Stadt, Albert Hoffmann (Jg. 1876), langjähriges Mitglied der SPD, 1918 einer der Sprecher des Celler Arbeiter- und Soldatenrates und im August 1944 bei den Massenverhaftungen nach dem Hitler-Attentat für wenige Tage inhaftiert.¹⁸³ 1947 wandte sich Hoffmann mehrmals an übergeordnete Stellen in Lüneburg (Entnazifizierungs-Berufungskammer und Inspekteur für die Entnazifizierung im Regierungsbezirk Lüneburg), obwohl ihm, wie er selbst einräumte, bekannt war, dass er als Kammervorsitzender persönlich niemanden entlasten sollte. Allerdings führte die Art, in der Hoffmann dabei Hörstmanns Version vom unfreiwilligen Eintritt in die SS in die Waagschale warf, diese bei genauer Lektüre eher ad absurdum:

»H. ist seinerzeit [1933] in die SS als junger Student eingetreten, weil ihm vor seiner Promotion [1939] erklärt wurde, dass er sein Staatsexamen [1937] nur dann bestehen würde, wenn er sich irgendeiner Gliederung der Partei anschließen würde.«¹⁸⁴

Eine erste Berufung führte nicht zur erhofften Entlastung, sondern im Juli 1947 zur Eingruppierung in Kategorie III (eifriger Nazi-Unterstützer), verbunden mit der beruflichen Einschränkung: »Darf die Stellung nur eines Chirurgen in Privatpraxis oder in einem Krankenhaus ohne Beförderung einnehmen.«¹⁸⁵ Hörstmann bat daraufhin um Überprüfung mit der Begründung, er habe bei seinen Bewerbungen und einer Anfrage an die Ärztekammer Niedersachsen feststellen müssen, dass ihm die Einstufung in Kategorie III jede Möglichkeit nehme, als Chirurg tätig zu sein.¹⁸⁶ Zur Entlastung kamen nun unter anderem drei aus Celle stammende Leumundszeugnisse, ausgefertigt im Zeitraum vom 6. bis 8. August 1947, ins Spiel, die noch einmal Hörstmanns Legende von den Umständen seines SS-Beitritts mehr oder weniger in seinem Wortlaut wiederholten.¹⁸⁷ Ein weiterer Leumundszeuge verglich Hörstmanns SS-Beitritt gar mit »einer damaligen Mode«.¹⁸⁸

¹⁸³ Bertram, Celle, S. 63 und S. 72; Gefangenenakten des Gerichtsgefängnisses Celle, HSTA Hannover, Hann. 86a, Acc. 158/97, Nr. 71; Entnazifizierungsakte Hoffmann, ebenda, Nds. 171 Lüneburg, 14199.

¹⁸⁴ Hoffmann an Entnazifizierungs-Berufungskammer Lüneburg, 24.3.47, ebenda, Nds. 171 Lüneburg, 16313.

¹⁸⁵ Einreichungsbescheid vom 5.7.47, ebenda. Vorausgegangen war eine gleichlautende Stellungnahme der Berufungskammer für den Regierungsbezirk Lüneburg vom 2.4.47, ebenda.

¹⁸⁶ Hörstmann an Public Safety (Special Branch)/914 (L/R) Mil. Gov. Det. in Lüneburg, 12.9.47, ebenda.

¹⁸⁷ Eidesstattliche Erklärungen Rudolf L. (6.8.47), Karl-Ernst B. und Friedor K. (beide 8.8.47), ebenda.

¹⁸⁸ Norbert S. (Celle), 8.8.47, ebenda.

Das Beispiel seines Bruders, Walther Hörstmann (Jg. 1898), zeigt, dass unzutreffende Angaben oder Auslassungen im Entnazifizierungsverfahren durchaus Folgen haben konnten. Walther Hörstmann war Ende Januar 1947 als Oberstadtdirektor der Stadt Celle von den Briten verhaftet und seines Amtes enthoben worden, da er bei der Frage nach Veröffentlichungen und Reden einen Aufsatz von 1934 verschwiegen hatte, in dem er die Machtübernahme der Nationalsozialisten wortreich und begeistert begrüßt hatte. Zudem war ein Schreiben aufgetaucht, in dem er der Loge »Sele-ne« Anfang Mai 1933 seinen Austritt mitgeteilt hatte, um (letztlich erfolglos) Mitglied der NSDAP zu werden. Auch wenn ihn im Mai 1947 ein Hochgericht (High Court) der Kontrollkommission in Lüneburg vom Vorwurf der Fragebogenfälschung freisprach, sein Amt als Oberstadtdirektor konnte er nicht wieder antreten.¹⁸⁹

Helmuth Hörstmann erreichte mit seiner Berufung im Oktober 1947 seine erneute Zuordnung zu Kategorie IV, verbunden mit einer Sperrung von Vermögen und Konten.¹⁹⁰ Nach einem nochmaligen Antrag auf Überprüfung schließlich bekam er im Dezember 1948 die angestrebte Einstufung als »entlastet« (Kategorie V). Der entsprechende »Sonderspruchausschuss« setzte sich aus SPD-Mitgliedern und Parteiloosen zusammen.¹⁹¹ Die Funktion des Vorsitzenden hatte Dr. Gerhard Erdsieck inne, Oberlandesgerichtsrat am Oberlandesgericht Celle.¹⁹² Ausgegangen wurde nunmehr davon, dass Hörstmann »erst« 1937 Mitglied der SS geworden war. Abschließend heißt es, der Darstellung Hörstmanns weitestgehend folgend:

»Der Rang, den der Betroffene in der SS als Obersturmführer bekleidet hat, war als politische Belastung nicht besonders zu bewerten, da er in der SS eine rein ärztliche Tätigkeit ausgeübt hat.«¹⁹³

Zunächst arbeitete Hörstmann wieder als Arzt¹⁹⁴ und engagierte sich erfolgreich in der Politik. Von 1956 bis 1961 saß er für die Deutsche Partei (DP), ab 1964 für die CDU im Stadtrat, von 1973 bis 1986 war er Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister

¹⁸⁹ Entnazifizierungsakte Walther Hörstmann, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 11656; Brief an Loge vom 4.5.33 (Abschrift), in: ebenda, Nds. 120 Lüneburg, Acc. 88/84, Nr. 2, Bl. 9.

¹⁹⁰ Einreihungsbescheid vom 5.7.47, ebenda, Nds. 171 Lüneburg, 16313.

¹⁹¹ Kammer- und Ausschußmitglieder der E-Kammer Celle-Stadt, 3.11.47, Sta Celle, 5 O 114, Bl. 83-90.

¹⁹² Erdsieck galt in der NS-Zeit als »Mischling 1. Grades« (seine Mutter war Jüdin) und hatte deshalb erhebliche berufliche Nachteile erlitten, Entnazifizierungsakte Erdsieck, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 15298.

¹⁹³ Die Entnazifizierungsakten der Mitglieder weisen – soweit erschließbar – keine Besonderheiten auf.

der Stadt Celle.¹⁹⁵ Die Bundestagung des »Stahlhelm – Kampfbund für Europa« in Celle im Juni 1983 und die von einem breiten zivilgesellschaftlichem Bündnis (u. a. SPD, DGB, Grüne, kirchliche Vertreter und Kommunisten) vorgetragene Proteste gehören zweifelsohne zu den Ereignissen seiner Amtszeit, die weit über Celle hinaus Aufsehen erregten.¹⁹⁶ Hörstmann geriet in erster Linie als oberster Repräsentant der Stadt Celle ins Fadenkreuz der Kritik. Gleichzeitig eröffnen die Ereignisse einen Blick auf Hörstmanns Geschichtsverständnis, den Umgang mit seiner eigenen NS-Vergangenheit, aber auch seine politische Selbstverortung im Jahr 1983.

Der historische »Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten« (gegründet 1918) gehörte zusammen mit Alfred Hugenberg's Deutschnationaler Volkspartei (DNVP) als Bündnispartner der NSDAP in der »Harzburger Front« (1931) zweifelsohne zu den Steigbügelhaltern Hitlers. Trotz aller Rivalitäten um Führungsansprüche einte sie insbesondere die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik.¹⁹⁷ Im Hitler-Kabinett vom Januar 1933 waren sowohl Hugenberg als auch der Stahlhelmbegründer und -führer Fritz Seldte vertreten.¹⁹⁸ 1934 wurde der »Stahlhelm« unter der Bezeichnung »NS-Frontkämpferbund« gleichgeschaltet und ein Jahr später aufgelöst.

1951 gründete sich der »Stahlhelm« neu und benannte sich 1973 in »Stahlhelm – Kampfbund für Europa« um. Er war stets mehr als nur ein »Traditionsverband«. Immer wieder arbeitete er mit neonazistischen Gruppen zusammen, z. B. dem »Arbeitskreis Volkstreuer Verbände«, einem 1965 gegründeten Dachverband rechtsradikaler Organisationen. Anfang der 1970er Jahre schloss sich der »Stahlhelm« dem »Freiheitlichen Rat« an, in dem sich auf Initiative von Gerhard Frey, dem Herausgeber der »Nationalzeitung« und Gründer und Vorsitzenden der Deutschen Volksunion (DVU), rechtsextreme Gruppierungen sammelten.¹⁹⁹ Eine 1984 veröffentlichte Studie kommt zu folgender Einschätzung:

¹⁹⁴ Überliefert ist die Genehmigung zur Einrichtung einer Privatkrankenanstalt mit 40 Betten im Oktober 1954, HSTA Hannover, Nds. 120 Lüneburg, Acc. 107/82, Nr. 125.

¹⁹⁵ Siebenter Verwaltungsbericht, S. 28-33.

¹⁹⁶ Vgl. den Überblick von Rohde, Proteste.

¹⁹⁷ Ausführlicher zum »Stahlhelm«, seinen Aktivitäten und seiner Dynamik als antirepublikanisches Sammelbecken im Celler Raum vgl. Bösch, Milieu, S. 70-77.

¹⁹⁸ Hugenberg: Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bis Juni 1933; Seldte: Reichsarbeitsminister bis 1945; ausführlich: Berghahn, Stahlhelm.

¹⁹⁹ Hirsch, Rechts von der Union, S. 31, S. 243 ff.; Linke, Multimillionär Frey, S. 85-91.

»Heute ist der Stahlhelm zu einer unbedeutenden, völlig überalterten rechtsextremen Bekenntnisgemeinschaft regrediert, deren Existenz allerdings für den militanten Rechtsradikalismus Vorbildcharakter haben dürfte.«²⁰⁰

Für besondere (auch überregionale) Aufmerksamkeit und Empörung im Vorfeld der Tagung von 1983 sorgte ein offener Brief von Hörstmann in seiner offiziellen Funktion als Oberbürgermeister an Joachim Piper, den Vorsitzenden der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V. in Celle und einen der wortführenden Kritiker des Treffens. Hörstmann unterstellt darin den Protesten, aus einer »verfassungsfeindlichen, linksradikalen Ecke heraus betrieben« zu werden und »Material von der ostberliner Abteilung für ›Desinformation‹ aufzuarbeiten.«²⁰¹ Das war 1983 im Jahr der massiven und breiten Demonstrationen gegen die atomare Aufrüstung und den Nato-Doppelbeschluss ein durchaus beliebtes Argument, um Protesten die Vertretung einer eigenständigen Meinung abzusprechen. Zum historischen »Stahlhelm« führt Hörstmann aus:

»Nicht wegzuleugnen ist der Gegensatz zwischen dem ›Stahlhelm‹ und der Masse seiner Mitglieder zu den NS-Organisationen. Wer 1933/35 noch Mitglied des ›Stahlhelms‹ war, zählte sicher nicht zu den ›Nazis‹. [...] Sämtlichen Vereinen in Deutschland wurde es nach einiger Zeit untersagt, Juden aufzunehmen. Entsprechende Satzungsänderungen waren dann die Folge. Davon blieb auch der Stahlhelm nicht verschont.«²⁰²

Wenige Sätze zuvor wirft Hörstmann explizit seine Zeitzeugenschaft in die Waagschale (»Offenbar halten Sie meine Kenntnisse aus einer Zeit, die ich miterlebt habe, für mangelhaft«), gleichwohl ohne weiter ins Detail zu gehen. Davon, dass der »Stahlhelmer« Hörstmann sich bereits 1933 der SS angeschlossen hatte und somit nach eigener Lesart nicht zu den »sicher Nicht-Nazis« gehörte, ist in dem Brief keine Rede. Das Aufnahmeverbot für Juden ging nicht auf nationalsozialistischen Druck nach 1933 zurück, sondern war bereits auf der Gauführertagung des »Stahlhelms« im März 1924 beschlossen worden, was bedeutet, dass sich der damals 16-jährige Hörstmann 1925 einem dezidiert antisemitischen Kriegerverein angeschlossen hat-

²⁰⁰ Dudek/Jaschke, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, S. 115-124, Zitat: S. 121.

²⁰¹ Tatsächlich begann das Ministerium für Staatssicherheit erst aufgrund der Presseberichterstattung offensichtlich routinemäßig und ohne allzu große Verve, Nachforschungen zu Hörstmanns NS-Vergangenheit anzustellen, BStU, AF Z I (Abteilung HA IX/11), B. 7, Bl. 48-56; ausführlicher zur Abteilung IX/11, deren Auftrag darin bestand, NS-Belastete in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere Funktionsträger, aufzudecken vgl. u. a. Dumschat, Aufarbeitung des »NS-Archivs«, S. 1 f.

²⁰² Hörstmann an Piper, 7.6.83, StA Celle, 10/130-222; Abschrift in: Celler Zündel 8 (1983), S. 9 f.

te.²⁰³ Auch lassen sich »Stahlhelm« und Nationalsozialisten schwerlich als politische Gegner, sondern vielmehr als Konkurrenten charakterisieren. In der nach wie vor als Standardwerk geltenden Studie von Volker R. Berghahn heißt es dazu:

»Nun trifft es zwar zu, daß der Bund [der ›Stahlhelm‹] mit dem Regime, das er im Januar 1933 errichten half, nicht in allen Punkten übereinstimmte. Aber damit wurde er nicht einfach zu einer Organisation von Widerstandskämpfern. Vielmehr wird man festhalten müssen, daß das ›Dritte Reich‹ weitaus mehr den Vorstellungen der überwiegenden Mehrzahl der Stahlhelmmittglieder entsprach als die Weimarer Republik. Eine Rückkehr zu einer liberalen Demokratie wollte man auf keinen Fall, so ungern ehemalige Stahlhelmer dies heute wahrhaben wollen.«²⁰⁴

Die Proteste erreichten unter anderem, dass Hörstmann seine Begrüßungsrede nicht persönlich hielt, sondern nur verlesen ließ. Dem überlieferten Redemanuskript nach ließ Hörstmann den »Stahlhelm« nicht nur als Gastgeber »herzlich willkommen heißen«. Er entschuldigte sich für die »un glaublichen Verleumdungen« und »alle diese Widerwärtigkeiten« (gemeint waren die verschiedenen Formen des Protests), unterstrich die soldatische Tradition in Celle (»eine der ältesten Garnisonen Deutschlands«) und offenbarte sich schließlich als einer der ihren, indem er die in nationalistischen und rechtsextremen Kreisen weit verbreitete – 1919 als Reaktion auf die Niederlage im Ersten Weltkrieg und den Versailler Vertrag entstandene – sogenannte »vierte« Strophe des Deutschlandliedes zitierte:

»Deutschland, Deutschland über alles,
und im Unglück nun erst Recht;
erst im Unglück wird sich zeigen,
ob die Liebe stark und echt!
Und so soll es weiterklingen
von Geschlechte zu Geschlecht:
Deutschland, Deutschland über alles
und im Unglück nun erst recht.«²⁰⁵

Es gab allerdings nicht nur Proteste. Unter den nicht wenigen, die ihre Verbundenheit mit Hörstmann zum Ausdruck brachten, befand sich auch Ernst L., ein befreundeter Kollege vom Schwimmverband Niedersachsen e.V.:

²⁰³ Berghahn, Stahlhelm, S. 66 f.; zeitgenössisch (1935): Lippelt/Huckstorf, Fünfzehn Jahre Stahlhelm in Niedersachsen, S. 54 f.

²⁰⁴ Berghahn, Stahlhelm, S. 7 f.

²⁰⁵ Redemanuskript Hörstmann, undatiert, StA Celle, 10/130-222. Zur »vierten« Strophe des Deutschlandliedes vgl. Tautz, Militaristische Jugendpolitik, S. 249, dort auch der Hinweis u. a. auf die Liederbücher des »Stahlhelms« (o. J., S. 14) und der Kyffhäuser-Jugend (1932, S. 23).

»Im Rundfunk und heute in der Frankfurter Rundschau habe ich von dem Rummel um das ›Stahlhelm‹-Treffen in Celle gelesen. Es reiht sich ›würdig‹ an [sic] die SS-Treffen in Bad Hersfeld und in Arolsen ein.

Mich stört dabei nicht, daß wir Lebenden in den Dreck gezogen werden, sondern damit auch unsere rund 300.000 Gefallenen der Waffen-SS, die im Glauben an eine damals gute Sache gestorben sind.«²⁰⁶

Zwei Jahre später (1985) bemühte sich Hörstmann noch einmal um entlastende Stellungnahmen hinsichtlich seiner NS-Vergangenheit. Um sich – wie es dezidiert heißt – zukünftig vor Angriffen wegen seiner SS-Zugehörigkeit schützen zu können, bat er über Horst L. (Celle) mindestens zwei ehemalige jüdische Bürger der Stadt Celle (die Familie Eyal, früher Feingersch, in Israel und Kurt W. Roberg in den USA) um eine vorformulierte Bestätigung mit folgendem Wortlaut:

»Mir ist bekannt, dass Herr Victor Roberg und Hans Salomon im Jahre 1938 von Herrn Dr. Hörstmann aus der Sperrzone in Berlin herausgebracht wurden, nachdem diese aus dem KZ Oranienburg entlassen worden waren. Sie gingen dann in die USA.

Außerdem hat Dr. Hörstmann den jüdischen Arzt Dr. Baum, der einen Selbstmordversuch unternommen hatte, im Jahre 1943 gerettet (Berlin). Dafür wurde Dr. Hörstmann nach Marienbad strafversetzt.

Außerdem wurde er 1974 von dem Vorstand der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen gebeten, die renovierte Synagoge in Celle einzuweihen.«²⁰⁷

Zum Hintergrund: Victor Roberg und Hans Salomon gehörten zu den reichsweit etwa 30 000 Juden, die nach der Pogromnacht vom 9. November 1938 in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen verschleppt wurden. Dahinter stand die Absicht, sie zur Auswanderung zu nötigen, verbunden mit der Bedingung, ihr Eigentum zurückzulassen. Eine Sperrzone in Berlin, aus der aus dem KZ Sachsenhausen entlassene jüdische Häftlinge hätten herausgebracht werden müssen, ist nicht bekannt.²⁰⁸ Der Sohn von Victor Roberg, Kurt W. Roberg (Jg. 1924), berichtet in seinen Memoiren, dass sein körperlich und geistig vollkommen gebrochener Vater und Hans Salomon sich zunächst Geld erbetteln mussten, um nach ihrer KZ-Entlassung Mitte Dezember 1938 von Oranienburg nach Berlin zu kommen und von dort mit geliehenem Geld von Verwandten nach Celle zu gelangen. Kurt W. Roberg

²⁰⁶ Ernst L. an Hörstmann, 22.6.83, StA Celle, 10/130-222, dort auch weitere Verbundenheitserklärungen und Zustimmungsschreiben; vgl. Rohde, Proteste, S. 19.

²⁰⁷ Horst L. an Familie Eyal (früher: Feingersch), 12.11.85, Kopie im StA Celle, unverzeichnet; Horst L. an Kurt W. Roberg, 11.11.85 (in unwesentlich abweichendem Wortlaut), Privatarchiv Roberg.

²⁰⁸ Allgemein: Pehle, Judenpogrom; Pollmeier, Inhaftierung; für Celle: Bertram, Celle, S. 245 f.; Maibaum, Reichspogromnacht, S. 24 ff.

selbst konnte noch im gleichen Monat im Alter von 14 Jahren zunächst nach Holland fliehen und später in letzter Minute (Ende Mai 1941) in die USA emigrieren. Die Hilfsgeschichte bekam er zum ersten Mal 1975 anlässlich eines privaten Besuches in Celle präsentiert:

»Ich sagte Hörstmann, dass ich von dieser Geschichte noch nie gehört hatte, weder von meinem Vater noch von Hans Salomon. Ich versuchte höflich zu bleiben, wiederholte es aber nachdrücklich und beließ es dann dabei.«²⁰⁹

Zehn Jahre später erreichte ihn dann die zitierte Bitte Hörstmanns um eine Bestätigung dieser »unverschämten Lüge« (Roberg).²¹⁰

Die Hälfte der ehemals zwölfköpfigen Familie Feingersch wurde in der Nazi-Zeit ermordet. Fünf Söhne konnten noch in den 1930er Jahren nach Palästina auswandern, nur ein Sohn überlebte seine Deportation in die Konzentrations- und Vernichtungslager.²¹¹

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die Geschichte von der Unterstützung für Hans Salomon und Victor Roberg entbehrt jeglicher Grundlage. Von Vorgängen in Berlin im Jahre 1943 konnte keiner der Angesprochenen Kenntnis haben. Die angebliche Strafversetzung nach Marienbad fehlt selbst in Hörstmanns Entnazifizierungsakte, obwohl sie dort sehr hilfreich gewesen wäre.²¹² Mit anderen Worten: Hörstmann bat aus Celle vertriebene Juden, ihn mit der Unterzeichnung einer vorformulierten Falschaussage vor zukünftigen Angriffen wegen seiner Zugehörigkeit zur SS zu schützen.

Hörstmanns neuerlicher Versuch, aus dem Schatten seiner SS-Mitgliedschaft zu treten, weist große Ähnlichkeiten mit seinem Entnazifizierungsverfahren auf, wo es ihm nach mehreren Anläufen gelungen war, als »entlastet« eingestuft zu werden. Damals war er – wie viele andere auch – mit Leumundszeugnissen erfolgreich, die ihm unzutreffende Legenden bestätigten. Knapp vierzig Jahre später lagen die Dinge anders. Wäre Hörstmanns Vorgehen zur Gänze öffentlich geworden, hätte es seinem Ansehen sicherlich eher geschadet, als dass die beabsichtigte Wirkung erzielt worden wäre.

²⁰⁹ Roberg, *A visa or your life*, S. 301-304, Zitat: S. 301 (dt. Übers. durch den Verfasser).

²¹⁰ Ebenda, S. 303 f.; Interview Roberg (mit Mijndert Bertram) 1988, StA Celle, AV 151.

²¹¹ Roberg, *Zwischen Ziegeninsel und Stadtgraben*, S. 77-81; ders., *A visa or your life*, S. 116-190; Maehnert/Piper, *Spurensuche in Celle*, S. 22 ff.

²¹² Lebenslauf, August 1946, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 16313.

Wie bereits angesprochen, wurde Hörstmann im Entnazifizierungsverfahren von mehreren Personen bescheinigt, er habe häufig – privat und öffentlich – »über Partei, SS und ihre Führer gesprochen, daß es nur ein Wunder gewesen ist, daß man ihn damals nicht verhaftet hat.«²¹³ Rudolf L. (Celle) schrieb:

»Ich kann bezeugen [...], dass ich Herrn Dr. Hörstmann in meinem Lokal wiederholt darauf aufmerksam machen musste, nicht so offen und freimütig Kritik an den Organisationen der Partei und ihren Führern zu üben, da er sich mit seinen Reden in die Gefahr einer Verhaftung durch die Gestapo brachte. Ich entsinne mich, dass er in meinem Lokal 1942 erklärte, dass die Führer alle Verbrecher seien!«²¹⁴

Dr. Hermann L., ebenfalls aus Celle, erklärte an Eides statt:

»Wegen seiner Zugehörigkeit zur NSDAP und SS war er enttäuscht, so dass er mir im Jahre 1942 bei einem Zusammensein erklärte, ich solle froh sein, dass ich mit all diesem Lumpenpack nichts zu tun hätte, und er nur wünschte, einen Weg zu wissen, wie er seine Verpflichtungen lösen könne. Ich könnte mir kein Bild machen von der Verrottung und der Verlogenheit der Parteikreise insbesondere in Berlin. Er verurteilte das Wesen und die Politik der Nazipartei mit schärfsten Ausdrücken.«²¹⁵

War Hörstmann – zumindest in den letzten Kriegsjahren – tatsächlich ein derart notorischer und leidenschaftlicher Gegner des NS-Regimes, dass ihn die Gefahr einer Verhaftung nicht kümmerte? Warum verurteilte er das NS-Regime nach 1945 nicht, als es keinerlei Risiko mehr bedeutete? Die »Stahlhelmtagung« im Jahr 1983 – dem Jahr, in dem sich die Machtübernahme der Nationalsozialisten zum fünfzigsten Male jährte – wäre ein mehr als passender Anlass gewesen. Hörstmann aber ließ diese Gelegenheit ungenutzt und positionierte sich anstatt dessen letztlich wieder dort, wo er 50 Jahre zuvor bei seinem Eintritt in die SS gestanden hatte: am rechten Rand des rechten politischen Spektrums.

²¹³ Eidesstattliche Erklärung Karl B., 15.9.46, ebenda.

²¹⁴ Eidesstattliche Erklärung Rudolf L., 6.8.47, ebenda.

²¹⁵ Eidesstattliche Erklärung Dr. Hermann L., 21.10.47, ebenda. Weitere Beispiele ließen sich anfügen. Ein anderer Leumundszeuge aus Celle bescheinigte ihm nachgerade das Gegenteil: »Herr Dr. Hörstmann gehörte ohne Zweifel zu denjenigen Menschen, die veranlaßt durch ihre eigene grundlegende Anständigkeit, nicht gleich in jedem Menschen einen Verbrecher zu sehen, in ihren jungen Jahren einer Organisation beitraten, deren wahre Eigenschaften sie niemals erkannten. Seine übermenschliche Arbeitskraft, die er in den Kriegsjahren als Arzt auf wichtigsten Posten unermüdlich der Allgemeinheit zur Verfügung stellte, hat ihn leider dazu veranlaßt, sich überhaupt nicht um politische Dinge zu kümmern. Es ist mir niemals in den Jahren meiner politischen Tätigkeit ein in politischen Dingen harmloser[er] Mann begegnet, wie Herr Dr. Hörstmann«, Eidesstattliche Erklärung Hermann V., undatiert [vor dem 27.7.47], ebenda.

Wilhelm Heinichen

Eine politische Geschichte des Landkreises Celle in der NS-Zeit stellt – wie erwähnt – nach wie vor ein Desiderat dar. Gleiches gilt für die Landräte auf dem Gebiet des heutigen Niedersachsens.²¹⁶ Bemerkenswert ist, dass der Regierungsbezirk Lüneburg nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten von einer »Säuberungswelle« verschont blieb. Ende 1933 waren sämtliche Landräte und die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte Lüneburg und Celle nach wie vor im Amt, darunter auch der Celler Landrat Wilhelm Heinichen (Jg. 1883), der diese Funktion bereits seit 1919 innehatte. Im gesamten Land Preußen hingegen betrug der Anteil der bis Ende 1933 amtsenthobenen Landräte fast 60 Prozent.²¹⁷ Maßgeblich war dies auf Gauleiter Ernst Telschow zurückzuführen, der – obwohl alter Nationalsozialist (seit Dezember 1924) – bei den lokalen Verwaltungsspitzen weiterhin auf die erfahrenen konservativen Beamten seiner Generation und deren Anpassungsfähigkeit setzte.²¹⁸

Heinichen trat zum 1. Mai 1933 in die NSDAP ein, »um auf meinem Posten als Landrat, den ich nicht verlassen zu dürfen glaubte, bleiben zu können«, so seine Darstellung 1947.²¹⁹ Außerdem wurde er 1933 förderndes Mitglied der SS, beließ es aber – nach eigenen Nachkriegsangaben – beim jährlichen Mindestbeitrag von einer Reichsmark. In der Masse kamen dabei trotzdem stattliche Beträge zusammen. 1933 waren es 357 000, ein Jahr später 581 000 Reichsmark, mit denen 167 272 bzw. 342 492 Fördermitglieder die Kassen der SS bereicherten.²²⁰ In den Folgejahren kamen Mitgliedschaften unter anderem in der NSV (ab 1934), der Nationalsozialistischen Kriegsopferversorgung (ab 1936) und dem Nationalsozialistischen Reichskriegerbund (ab 1938) hinzu.²²¹ Funktionen übernahm Heinichen nach eigenen Angaben keine. Den neu gewählten Kreistag eröffnete er am 5. April 1933 mit den Worten:

»Unter der zielbewußten Führung des Herrn Reichskanzlers Hitler hat sich eine in der Geschichte unseres Volkes bisher nicht dagewesene Einmütigkeit in der politischen Auffassung gebildet, die kraftvolle Staatsführung gewährleistet. Heißen Herzens hoffen wir, daß dieser nach so viel Leid und so vielen Kämpfen endlich zusammengefaßte

²¹⁶ Vgl. für die Provinz Westfalen die Studie von Stelbrink, *Der Preußische Landrat*.

²¹⁷ Ebenda, S. 19 f.

²¹⁸ Köhler, Telschow, S. 130 f.

²¹⁹ NSDAP-Mitgliedskarte Heinichen, BAB, BDC; Heinichen, *Politischer Lebenslauf*, 11.3.47, in: *Entnazifizierungsakte Heinichen*, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 25302.

²²⁰ Höhne, *Orden unter dem Totenkopf*, S. 132 f.

²²¹ Heinichen, *Fragebogenantworten*, 6.2.47, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 25302.

Wille einer großen Mehrheit unseres Volkes nach außen hin die Weltgeltung, die Freiheit und Ehre einer stolzen und großen Nation fordern, wieder erobern und immerdar gewährleisten möge.«²²²

Jörg Mielke konstatiert in seiner Darstellung »100 Jahre Celler Landkreis«, Heinichen habe »unter dem Druck der geänderten Verhältnisse in seiner Rede sprachliche Zugeständnisse an die Nationalsozialisten« gemacht, gleichzeitig aber seine Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass der kommunalen Selbstverwaltung wieder mehr Geltung zukomme.²²³ Nimmt man die Rede, den Parteieintritt und die SS-Fördermitgliedschaft zusammen, lässt sich Heinichens Agieren am treffendsten als übereifriger Opportunismus charakterisieren. Denn noch war die NS-Herrschaft nicht gesichert und die Verhältnisse erst dabei, sich im nationalsozialistischen Sinne zu ändern. Die willfährige und vorausseilende Fügsamkeit zahlreicher Funktionsträger auf allen Ebenen trug ihren Teil dazu bei. Inwieweit eine Parteimitgliedschaft zwingend notwendig war, um sein Amt zu behalten, bleibt fraglich. Das Beispiel des Lüneburger Landrats Wilhelm Albrecht (seit 1917) spricht eher dagegen. Dieser war zum 1. Mai 1933 ebenfalls der NSDAP beigetreten, wurde jedoch 1935 aus der Partei ausgeschlossen, da bekannt geworden war, dass seine Ehefrau in einem jüdischen Geschäft eingekauft hatte und sich von einem jüdischen Zahnarzt hatte behandeln lassen. Dennoch blieb er bis 1945 im Amt.²²⁴

Dass man sich auch grundlegend anders verhalten konnte, zeigt das Beispiel des Abgeordneten Wilhelm Brese, der auf der gleichen Kreistagssitzung den Vorwurf der Misswirtschaft zurückwies, den der Kreisleiter und Fraktionsvorsitzende der NSDAP, Herbert Bangemann, wortreich erhoben hatte.²²⁵ In seinen Erinnerungen lässt Brese jedoch nichts auf »seinen alten Freund« Heinichen kommen, »der im Kreise so vielen uneigennützig geholfen« und wie so viele nichts weiter als seine »Pflicht« getan hatte. Nicht unerwähnt bleiben darf, dass Breses Einschätzung in einem anderen Fall, dem des letzten Kommandanten des KZ Bergen-Belsen Josef Kramer, problematisch ist. Brese bezeichnet Kramer als unschuldig, obwohl ihm als Zuschauer des britischen Bergen-Belsen-Prozesses in Lüneburg bekannt war, dass Kramer – abgesehen von seiner Verantwortung für das Massensterben in Bergen-Belsen – auch wegen seiner Tätigkeit als Kommandant von Auschwitz-Birkenau,

²²² Niederschrift der Kreistagssitzung vom 4.4.33, KrA Celle, L 17, Bl. 337-353, hier: 339.

²²³ Mielke, 100 Jahre Celler Landkreis, S. 93.

²²⁴ Stegmann, Lüneburg 1933-1945, S. 88.

²²⁵ Niederschrift der Kreistagssitzung vom 4.4.33, KrA Celle, L 17, Bl. 337-353, hier: 351; vgl. Brese, Erlebnisse und Bekenntnisse, S. 42.

während der er unter anderem für die Ermordung von 300 000 ungarischen Juden in den Gaskammern verantwortlich gezeichnet hatte, zum Tode verurteilt worden war.²²⁶

In der zweiten und letzten Kreistagssitzung am 12. Mai 1933 – die Kreistage wurden danach reichsweit aufgelöst – beantragte die NSDAP-Fraktion den »Ausschluß der Warenhäuser, Konsumvereine, jüdischen Geschäfte usw. bei der Vergebung [sic] von Aufträgen und Lieferungen des Kreises«. Der Antrag wurde ohne Aussprache einstimmig angenommen.²²⁷ Gleichwohl blieb die Flut antisemitischer Gesetze und Erlasse der folgenden Monate und Jahre für den Landkreis Celle weitgehend bedeutungslos, da die Zahl der dort lebenden Juden an einer Hand abzuzählen war.

Ende November 1938 forderte der Lüneburger Regierungs-Vizepräsident Kusserow im Namen des Ministerpräsidenten (Hermann Göring) die Landräte und Oberbürgermeister in den Kreisen Celle und Lüneburg auf, einen kurzen Bericht »über die Ereignisse, die sich in Ihrem Bezirk in Verbindung mit den gegen die Juden gerichteten Maßnahmen abgespielt haben«, zu liefern. Gefragt waren vor allem Angaben zu Sach- und Personenschäden in den Tagen vom 8. bis 12. November.²²⁸ Mit anderen Worten: Es ging um eine Bilanz der Pogromnacht. Heinichen antwortete wie folgt:

»Aus dem Landkreis Celle ist für die Zeit vom 8.-12. November keinerlei Ereignis zu melden, das sich in Verbindung mit den gegen die Juden gerichteten Massnahmen abgespielt hat. Es wohnen im hiesigen Kreise auch nur 3 Juden, nämlich der Jude Oppenheim (Sohn des gleichnamigen früheren Generaldirektors in Hannover) in Winsen (Aller), der geistig nicht ganz normal ist und bei seinem Schwiegervater, dem Bauern Lohmann in Winsen, in der Landwirtschaft arbeitet, und zwei russische Juden in Oldau, die als Kriegsgefangene hiergeblieben und staatenlos geworden sind. Diese wohnen in einer Notwohnung in der Gemeinde Oldau, verdienen etwas mit Schuhflücken und wurden im übrigen von jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen über Wasser gehalten. Ich habe bereits einmal - ohne Erfolg - versucht, sie nach Buchwalde [sic] ab-

²²⁶ Ebenda, S. 65 (Heinichen) und S. 68 (Kramer); vgl. ähnlich kritisch bereits Rode, Niedersachsen unter britischer Besatzung, S. 70; zur Rolle von Kramer in Auschwitz und Bergen-Belsen vgl. u. a.: Kolb, Bergen-Belsen, S. 40-50.

²²⁷ Niederschrift der Kreistagssitzung vom 12.5.33, KrA Celle, L 17, Bl. 373-389, hier: 383.

²²⁸ Schnellbrief Kusserow, 30.11.38, KrA Celle, N 95, Nr. 7/2, Teil II.

zuschieben, werde diese Bemühungen jedoch jetzt erneuern, da sie sonst unter den jetzigen Umständen der Gemeinde zur Last fallen werden.«²²⁹

Bei den beiden Juden in Oldau handelte es sich um den Sattler Jakob Gerschez (geb. 1890 in Bransk/Russland) und den Schuster David Kletschko (geb. 1889 in Wilna/Litauen). Beide wurden unter nicht bekannten Umständen am 30. März 1939 als staatenlose Juden im KZ Dachau eingeliefert und ein halbes Jahr später in das KZ Buchenwald überstellt.²³⁰ Ob Heinichen – wie in dem Schreiben angekündigt – seine »Bemühungen erneuerte« und damit Anteil an der KZ-Einlieferung von Gerschez und Kletschko hatte, bleibt ebenso ungeklärt wie die Umstände seines ersten Versuchs, »sie nach Buchwalde [sic] abzuschieben«.

In der Ausgabe der »Celler Kriegsbriefe« – herausgegeben von der NSDAP-Kreisleitung – zur Jahreswende 1941/42 finden sich »Weihnachts- und Neujahrsgrüße der Heimat an die Front«, verfasst von den maßgeblichen Repräsentanten von Partei, Wehrmacht, Stadt und Landkreis. Landrat Heinichen ließ mitteilen:

»Zum Weihnachtsfest 1941 sendet der Heimatkreis Celle seinen Frontsoldaten herzliche Grüße. In allen seinen Dörfern gelten am Heiligen Abend Gedanken und Wünsche ihnen. Gläubiges Vertrauen auf den Führer und damit auf den Sieg verbindet uns mit ihnen im alten wie im neuen Jahr. Möge ein jeder fühlen, daß die Heimat, wo er auch sei, bei ihm ist!«²³¹

Hingegen kamen der Standortälteste, Oberst von Blücher, und der Celler Oberbürgermeister Ernst Meyer bei ihren Weihnachts- und Neujahrsgrüßen ohne Bezug auf den »Führer« aus.

Hinsichtlich des Ausländereinsatzes zählt Nils Köhler die Landräte – so auch Heinichen – in seiner Studie über Zwangsarbeit in der Lüneburger Heide mit zu den maßgeblichen Organisatoren. Heinichen attestiert er, den Zwangsarbeitereinsatz in keiner Weise kritisch hinterfragt, in seiner Funktion als Kreispolizeibehörde aber – im Unterschied zu anderen Landräten – »das Wirken der Gestapo im Kreis auf ein Mindestmaß reduziert zu haben«. Abschließend kommt Köhler zu der Einschätzung, dass Heinichen sich im Herbst 1940 »recht hartnäckig [weigerte], die Anordnung des

²²⁹ Heinichen an Regierungsvizepräsident Lüneburg, 1.12.38, ebenda, vgl. Rohde, Heinichen, S. 9; vgl. den Abschlussbericht des Polizeipräsidenten von Hannover vom 3.12.38, Abschrift in: »Reichskristallnacht« in Hannover, S. 122 f.

²³⁰ Gerschez verstarb am 3. August 1940 in Buchenwald. Kletschko wurde am 30. Mai 1941 in das Polizeigefängnis in Suwalki deportiert. Sein weiteres Schicksal ist unbekannt, vgl. Krizsan, Verfolgung, S. 13 und S. 23 f.; Maehner/Piper, Spurensuche, S. 26 und S. 34.

²³¹ Celler Kriegsbriefe, November/Dezember 1941, S. 78.

Reichsführers SS [Himmler] über die Weiterleitung von polizeilichen Anzeigen gegen Ausländer an die Gestapo als Gesetz anzuerkennen und zu befolgen«. ²³² Köhler bezieht sich dabei auf einen Schriftwechsel zwischen Heinichen, der Gestapostelle Lüneburg, dem Oberstaatsanwalt Lüneburg und dem Präsidenten des Regierungsbezirks Lüneburg. Gegenstand war die Zuständigkeit für die weitere Verfolgung von Anzeigen gegen polnische Zivilarbeiter. Der Oberstaatsanwalt und der Regierungspräsident beriefen sich auf die Strafprozessordnung, die Gestapo auf einen Himmlererlass vom 3. September 1940 in Ergänzung zu den grundlegenden »Polenerlassen« vom 8. März 1940, die für unbotmäßiges Verhalten, Flucht sowie andere »Delikte« und »Vergehen« drakonische Strafen vorsahen. ²³³ Festgemacht wurde die Auseinandersetzung an der Frage, welcher Dienststelle eine Anzeige in Urschrift zuzusenden war. Dieser Kompetenzstreit wurde vor allem auf Reichsebene ausgefochten, zwischen dem Justizministerium und dem Reichssicherheitshauptamt. ²³⁴ Der Regierungsbezirk Lüneburg war einer von zahlreichen nachgeordneten Schauplätzen. Die Landräte spielten bei dieser Auseinandersetzung keine aktive Rolle. Heinichen weigerte sich auch nicht, Anzeigen an die Gestapo weiterzuleiten. Ihm ging es lediglich um eine eindeutige Anweisung hinsichtlich des formalen Dienstweges:

»Hier [im Kreis Celle] ist zuletzt so verfahren worden, daß die Urschriften der eingehenden Anzeigen der Staatsanwaltschaft gemäß § 163 RStPO übersandt sind unter gleichzeitiger Übersendung von Abschriften an die Geheime Staatspolizei bzw. das hiesige Arbeitsamt. Ich bitte um Anweisung wie weiter verfahren werden soll, da die Forderungen der beiden vorgenannten Dienststellen [Oberstaatsanwalt Lüneburg und Gestapostelle Lüneburg] unvereinbar sind.« ²³⁵

Im Februar 1941 schließlich wies der Regierungspräsident Lüneburg die Landräte an, sämtliche »Anzeigen in Polensachen« zunächst der Gestapo zuzuleiten, und nahm

²³² Köhler, Zwangsarbeit, S. 436-439 und S. 445 f.

²³³ Oberstaatsanwalt Lüneburg an Landrat Celle, 9.8.40, HSTA Hannover, Hann. 180 Lün., Acc. 3/030, Nr. 337; Staatspolizeistelle Lüneburg an Landrat Celle, 13.11.40, ebenda; Regierungspräsident an Landrat Celle, 13.1.41, ebenda; Himmlererlass vom 3.9.40, BAB, R 58/1030, Bl. 80-86; »Polenerlasse« vom 8.3.40, ebenda, Bl. 28-35; zur Bedeutung der grundlegenden »Polenerlasse« vgl. das Standardwerk von Herbert, Fremdarbeiter, S. 85-95.

²³⁴ Ebenda, S. 94 f.

²³⁵ Heinichen an Regierungspräsident Lüneburg, 25.11.40, HSTA Hannover, Hann. 180 Lün., Acc. 3/030, Nr. 337.

damit die erbetene Stellungnahme des Chefs des Reichsicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich, als Vertreter des Innenministeriums vorweg.²³⁶

In dem zweiten von Köhler angeführten Schreiben von Heinichen vom Sommer 1941 geht es nicht um das Wirken der Gestapo, sondern um einen Bericht der NSDAP-Kreisleitung über »angebliche Mißstände in Unterlüß auf dem Gebiet der Polenüberwachung«. Hinsichtlich eines darin erwähnten Falls (den Übergriff zweier Polen auf eine Frau) teilt Heinichen dem Regierungspräsidenten mit, dieser habe sich inzwischen als erfunden herausgestellt. Dem möglichen Eindruck, die drei Gendarmeriebeamten in Unterlüß würden ihre Pflicht nicht tun, hält er entgegen, dass diese bei allem »Pflichteifer« angesichts von 1600 Ausländern (etwa einem Drittel der Gesamtbevölkerung in Unterlüß) »unerwünschte Einzelercheinungen nicht immer verhindern« könnten.²³⁷

Zwei weitere Beispiele: Im Sommer 1940 gehörte Heinichen mit zu denjenigen, die für eine Verschärfung der »Polenerlasse« plädierten:

»Es ist festgestellt worden, dass die Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums sonntags ihren Aufenthaltsort verlassen und auswärts wohnende Polen besuchen. Dies hat in der letzten Zeit einen Umfang angenommen, der bei der einheimischen Bevölkerung Unwillen erregt.«²³⁸

Nach der gültigen Polizeiverordnung galten für Polen bis dahin »lediglich« nächtliche Sperrstunden. Heinichen bat nun darum, das unerlaubte Verlassen des Aufenthaltsortes generell unter Strafe zu stellen. Mit ähnlicher Begründung forderte der Landrat in Gifhorn mehrfach ein Verbot, polnischen Zivilarbeitern Fahrräder zur Benutzung zu überlassen. Wenig später wandte sich der Regierungspräsident Lüneburg in dieser Angelegenheit an Himmler in dessen Funktion als Chef der Deutschen Polizei und bat um Genehmigung für eine Polizeiverordnung, nach der polnischen Zivilarbeitern die Benutzung von Fahrrädern nur noch für dienstliche Zwecke (An- und Abfahrt zur Arbeit) oder mit Genehmigung der Ortspolizeibehörde gestattet werden sollte.²³⁹

²³⁶ Regierungspräsident Lüneburg an Reichsminister des Innern, 13.1. und 5.5.41, ebenda; Heydrich an Regierungspräsident Lüneburg, März 1941 (nicht abgeschickt) und 10.8.41 (mit Kopie des Schreibens vom März), ebenda.

²³⁷ Heinichen an Regierungspräsident Lüneburg, 23.8.41, HSTA Hannover, Hann. 180 Lün., Acc. 3/005, Nr. 120 II (bei Köhler, Zwangsarbeit, S. 445 irrtümlich: Acc. 3/150, Nr. 458).

²³⁸ Heinichen an Regierungspräsident Lüneburg, 16.7.40, HSTA Hannover, Hann. 180 Lün. Acc. 3/049, Nr. 13.

²³⁹ Landrat Gifhorn an Regierungspräsident Lüneburg, 10.7.40, ebenda; Regierungspräsident Lüneburg an Himmler, 19.7.40, ebenda.

In einem anderen Fall im Oktober/November 1940 ging es darum, dass der Ortsbauernführer in Eldingen, der Bürgermeister und Bauern aus der Umgegend polnische Arbeiter nach der Verladung von Kartoffeln mit einem Glas Bier und Tabak belohnt hatten. Da polnischen Zivilarbeitern der Zutritt zu Gaststätten verboten war, der besagte Vorgang sich aber in einem Geräteschuppen abgespielt hatte, bat Heinichen bei der Weiterleitung der Meldung an den Regierungspräsidenten in Lüneburg um Entscheidung darüber, ob dieses Vorgehen zu beanstanden sei, und fügte hinzu: »Ich selbst bin der Ansicht, dass eine solche gelegentliche Belohnung statthaft ist«. Die Gestapoaußenstelle in Lüneburg hingegen fand diesen Vorgang »höchst bedenklich«, sah darin einen Verstoß gegen geltende Bestimmungen und kündigte an, die »unverantwortliche Haltung« des Ortsbauernführers der Landesbauernschaft und dem Gauleiter zur Kenntnis zu geben.²⁴⁰

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die angeführten Dokumente nicht die Einschätzung stützen, Heinichen habe in seiner Funktion als Kreispolizeibehörde versucht, das Wirken der Gestapo im Kreis auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Ob »Heinichens ablehnende Haltung gegenüber der Gestapo [...] sich fraglos in vielen Fällen zum Vorteil der betroffenen Ausländer auswirkte« (so Köhler), muss ebenso bezweifelt werden. Auch der Vergleich mit anderen Landräten vermag nicht zu überzeugen, da Köhler sich dabei auf Schriftwechsel und Vorgänge aus den Jahren 1941/42 bezieht.²⁴¹ Vielmehr ist festzuhalten, dass sich den ausgewerteten Unterlagen keine grundlegenden Unterschiede zu anderen Landräten entnehmen lassen, sieht man einmal von dem Eindruck ab, dass Heinichens Dienstführung von einem hohen Maß an Pedanterie geprägt war.

Nicht zuletzt gälte es vor einer abschließenden Einschätzung in dieser Frage zu klären, welche Wirkungsmacht die lokale Gestapo und die Kreispolizeibehörde im Landkreis Celle überhaupt hatten. Wie erwähnt, betrug das Verhältnis Gendarm/Ausländer in Unterlüß 1941 etwa 1/500. Die Außendienststelle der Gestapo in Celle bestand aus zwei bis drei Beamten und einer Schreibkraft.²⁴² Über sehr viel mehr Personal dürfte auch die übergeordnete Gestapostelle in Lüneburg nicht verfügt

²⁴⁰ Gendarmerieposten Eldingen an Landrat Celle, 31.10.40, ebenda; Landrat Celle an Regierungspräsident Lüneburg, 4.11.40, ebenda; Stapostelle Lüneburg an Regierungspräsident Lüneburg, 6.11.40, ebenda.

²⁴¹ Köhler, Zwangsarbeit, S. 446-449. In den meisten Fällen ging es um »Arbeitsvertragsbrüche und ungenehmigte Abwanderungen« von Polen und »Ostarbeitern« in die »Heimatgebiete«, vgl. z. B. den Schriftwechsel zwischen den Landratsämtern und dem Regierungspräsidenten in Lüneburg vom Herbst 1941, HSTA Hannover, Hann. 180 Lün., Acc. 3/030, Nr. 337. Hintergrund war vor allem der chronische Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft.

²⁴² Köhler, Zwangsarbeit, S. 364.

haben. Die dünnen Personaldecken machen deutlich, dass an eigenständige Ermittlungen oder Formen der Überwachung nicht zu denken war, und werfen außerdem die Frage nach dem wahrscheinlich hohen Gewicht des Faktors Denunziation auf. Ebenso müsste die Einflussnahme der Kreisleiter sowie der breit gefächerten Parteigliederungen und der angeschlossenen Verbände berücksichtigt werden.²⁴³

Um Heinichens Agieren als Landrat in der NS-Zeit zur Gänze kritisch würdigen zu können, wären darüber hinaus seine weiteren Zuständigkeiten zu untersuchen. Einige wesentliche Betätigungsfelder nennt Heinichen in einem Schreiben an die Gauleitung Ost-Hannover vom August 1944:

»Bei den Landratsämtern sind dies die Kriegswirtschaft (Wirtschafts- und Ernährungsamt), der Familien- und Räumungsunterhalt, die Umquartierung Luftkriegsbedroffener, Behelfsheim und Wohnungsausbau, die Preisprüfung und die Polizeiangelegenheiten. Daneben werden die Schulen so gut oder schlecht es geht in Gang gehalten.«²⁴⁴

Zu den weiteren Aufgaben von Heinichen als Landrat zählte die regelmäßige Berichterstattung an übergeordnete Behörden (Regierungspräsident Lüneburg, Gestapo), auf die hier nicht in der gebotenen Ausführlichkeit eingegangen werden kann.²⁴⁵ Nach Daniela Munkel lässt sich Heinichens Berichterstattung bis Kriegsbeginn entnehmen, dass er der nationalsozialistischen Politik in manchen Fragen »durchaus nicht ablehnend« gegenüberstand. Tim Wegener stellt in seiner Vorstellung dieses Quellenbestandes für die Kriegszeit fest, dass die Berichte durchaus so ungeschminkt ausfielen, wie sie von den übergeordneten Behörden angefordert wurden. Da sich nirgends eine grundlegende Kritik am Nationalsozialismus findet, sei es jedoch falsch, aus der Ungeschminktheit der Berichte auf eine schwindende Zustimmung zum System zu schließen.²⁴⁶ Auch Wolfgang Stelbrink kommt in seiner Studie über die preußischen Landräte im Nationalsozialismus am Beispiel der Provinz Westfalen zu dem Ergebnis, dass die vielfältige Kritik der Landräte ausschließlich systemimmanent blieb und in der Regel zu keiner merklichen Änderung ihrer »inneren oder

²⁴³ Allerdings ist – wie von Köhler (Zwangsarbeit, S. 450) zu Recht angemerkt – die Quellenlage insbesondere zu den Kreisleitern aufgrund systematischer Aktenvernichtungen sehr schlecht; allgemein zum nicht konfliktfreien Verhältnis zwischen Landräten und Kreisleitern vgl. Stelbrink, Der preußische Landrat, S. 366-390.

²⁴⁴ Heinichen an Peper (stellvertretender Gauleiter Hannover-Ost), 12.8.44, KrA Celle, L 2.

²⁴⁵ Die Lageberichte finden sich in: KrA Celle, L 43 (1932-1935), L 44 (1938-1940), L 45 (1941) und N 32, Nr. 8 a-c (1942-1945).

²⁴⁶ Munkel, Bauern und Nationalsozialismus, S. 19; Wegener, Lage- und Stimmungsberichte, S. 169.

zumindest äußerlich demonstrierten Bereitschaft [...], sich loyal in den Dienst des verbrecherischen NS-Regimes zu stellen«, führte.²⁴⁷

Am 12. April 1945, dem Tag des Einmarsches der 15. Scottish Division in Celle, wurde Heinichen verhaftet und verbrachte die folgenden zwanzig Monate (bis Dezember 1946) in britischer Internierungshaft. Bei der Entnazifizierung wurde Heinichen zunächst als »nomineller Nazi-Unterstützer« (Kategorie IV) eingestuft, obwohl er sich – so die ausdrückliche Hervorhebung – im Mai 1933 der NSDAP angeschlossen hatte und Fördermitglied der SS geworden war. Im Februar 1949 erreichte Heinichen seine Einstufung als »entlastet« (Kategorie V).²⁴⁸

Frank Bösch vermerkt in seiner Analyse des konservativen Milieus in Celle, dass schwerer Belastete sich bis 1951/52 politisch noch zurückhielten und ihren Wirkungsgrad auf das politische Vorfeld reduzierten. Heinichen verkörpere diesen Werdegang – so Bösch – geradezu idealtypisch. Nach der Rückkehr aus der Internierungshaft engagierte er sich zunächst in kirchlichen, kulturellen und sozioökonomischen Milieunetzwerken, um schließlich, ohne Mitglied einer Partei geworden zu sein, auf Vorschlag der Deutschen Partei (DP) 1952 zum Oberbürgermeister der Stadt Celle zu avancieren.²⁴⁹ Im Jahr seines Ausscheidens aus diesem Amt (1964) wurde Heinichen die Ehrenbürgerschaft der Stadt Celle verliehen.²⁵⁰

Hermann von Rautenkranz

Eine Studie über die Ölindustrie im Raum Celle sucht man in den Bibliotheken vergeblich, und das obwohl in Wietze 1859 eine der weltweit ersten erfolgreichen Erdölbohrungen stattfand und die Gegend auch heute noch als ein traditionsreiches Zentrum der deutschen Ölindustrie gilt. Auf Literatur zum kriegswirtschaftlich außerordentlich wichtigen Faktor Ölpolitik im Dritten Reich stößt man ebenfalls nur bedingt

²⁴⁷ Stelbrink, *Der preußische Landrat*, S. 404.

²⁴⁸ Entnazifizierungsakte Heinichen, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 25302.

²⁴⁹ Bösch, *Milieu*, S. 188 und S. 192. Mit Herbert Bangemann (Kreisleiter von 1933-1938) und August Lammers (Kreisbauernführer von 1936-1945) zogen im gleichen Jahr zwei ehemals führende regionale NS-Funktionäre in den Kreistag ein. Lammers amtierte 1954/55 und von 1957 bis 1961 als Landrat, von 1959 bis 1963 war er Abgeordneter des Niedersächsischen Landtags, vgl. Mielke, *100 Jahre Landkreis Celle*, S. 191; Münkler, *Bauern und Nationalsozialismus*, S. 64; Völker, *Wahlen*, S. 313; Schulze, *Unruhige Zeiten*, S. 344.

²⁵⁰ Mielke, *100 Jahre Landkreis Celle*, S. 191; Münkler, *Bauern und Nationalsozialismus*, S. 64; Völker, *Wahlen*, S. 313; Schulze, *Unruhige Zeiten*, S. 344; Bösch, *Milieu*, S. 188 und S. 192.

bzw. nicht in der erforderlichen Dichte.²⁵¹ Die Ausführungen zu Hermann Rautenkranz (Jg. 1883), Gründer der im Ölgeschäft tätigen Internationalen Tiefbohr-Aktiengesellschaft (ITAG) und seit 1912 einer der führenden Unternehmer Celles, müssen deshalb in besonderem Maße fragmentarisch bleiben.²⁵²

Anfänglich agierte die ITAG ausschließlich als Bohrunternehmen, spezialisiert auf »Lohnbohrungen« für andere Gesellschaften. Ab Ende der 1920er Jahre begann sie, sich auf dem Weg von »Partizipialbohrungen« als ausführende Firma eines Konsortiums eine eigene Erdölbasis zuzulegen.²⁵³ In den Bereichen Weiterverarbeitung und Vertrieb war die ITAG nicht tätig. 1937 wurde die ITAG in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt, mit Rautenkranz als alleinigem Gesellschafter und seiner Ehefrau als einziger Kommanditistin.

Rautenkranz galt als technisch innovativ, führte das Rotarybohren in Deutschland ein und trug maßgeblich zur Verbesserung der Spültechnik bei.²⁵⁴ Am 1. Mai 1937 schloss er sich der NSDAP an.²⁵⁵ Im Fragebogen für die britische Militärregierung verlegte Rautenkranz seinen Parteintritt auf den 5. April 1938. Eine Funktion habe er nicht ausgeübt.²⁵⁶ 1943 wurde Rautenkranz zum Wehrwirtschaftsführer ernannt, nach eigenen Angaben anlässlich seines 60. Geburtstages. Er habe sich dieser Ehrung nicht ohne Gefahr für Leib und Leben entziehen können. Zum Hintergrund: Nach den alliierten Säuberungsrichtlinien (Kontrollratsdirektive Nr. 24 vom Januar 1946) gehörten die Wehrwirtschaftsführer zu den Personen, die zwangsläufig ihrer Position zu entheben waren. Mittlerweile kann als erwiesen gelten, dass dieser Titel vergleichsweise belanglos und eher eine Blüte nationalsozialistischen Imponiergehaves war. Er sagte weder etwas über die politische Nähe des Betreffenden zum NS-Regime noch etwas über die rüstungswirtschaftliche Bedeutung seines Unternehmens aus.²⁵⁷ Insofern gingen die Säuberungsrichtlinien der Alliierten in diesem Punkt an der Realität vorbei, ebenso wie die Rechtfertigung von Rautenkranz.

²⁵¹ Zu nennen sind insbesondere die Arbeiten von Titus Kockel, Dietrich Eichholtz und der Überblick von Rainer Karlsch und Raymond Stokes. Am besten erforscht ist bislang die Zwischenkriegszeit.

²⁵² Den Adelszusatz »von« hatte Rautenkranz 1935 per Amtsgerichtsbeschluss erwirkt. Im Februar 1940 wurde er ihm per Feststellung des Reichsinnenministeriums wieder aberkannt, vgl. StA Celle, Amt 32/1052.

²⁵³ Kockel, Ölpolitik, S. 69; vgl. Gunther, War Structure (Section 2), S. 24 ff.

²⁵⁴ Karlsch/Stokes, Faktor Öl, S. 68 und S. 176.

²⁵⁵ NSDAP-Mitgliedskarte Rautenkranz, BAB, BDC.

²⁵⁶ HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, RH/Lbg/Cel/Mn 352 (Entnazifizierungsakte Rautenkranz).

²⁵⁷ Rauh-Kühne, Paulssen, S. 165 f.; vgl. die Dokumentation in: Erker, Industrie-Eliten, S. 95-103.

Hinsichtlich der Bedeutung seines Unternehmens und seiner Aktivitäten während der NS-Zeit – insbesondere während der Kriegszeit – hielt sich Rautenkranz auffallend bedeckt. Der nicht zu bestreitende Aufstieg seiner Firma sei nur dadurch bedingt gewesen, dass er sich bereits vor 1933 gute Ölfelder gesichert habe, deren Erträge erst nach 1933 anfielen.²⁵⁸ In den Fragebögen der Britischen Militärregierung wurde unter anderem nach Auslandsreisen und -aufenthalten gefragt. Die Angaben von Rautenkranz in den beiden überlieferten Exemplaren enden jeweils mit einer Geschäftsreise in die Türkei im Jahre 1937. In dem zwölfseitigen Fragebogen wurde weiterhin nach Mitgliedschaften in Organisationen gefragt, darunter auch nach Wirtschaftsgruppen, Industrieringen und anderen Organisationen zur Lenkung und Überwachung der Wirtschaft. Rautenkranz trug hier ein, von 1943 bis 1945 Mitglied der Gauwirtschaftskammer Celle gewesen zu sein. War das wirklich alles? blieb der umtriebige Erdölpionier mit internationaler Erfahrung, der bereits in den 1920er Jahren in Mitteleuropa (mit Schwerpunkt Jugoslawien und Rumänien) aktiv war und der in der eher spärlichen Literatur als »zäh«, »unbeirrt« und »energisch«, aber auch als »beinhart« und »selbstherrlich« charakterisiert wird, angesichts der Anforderungen der Kriegswirtschaft (dem Bedarf an Öl) und den Möglichkeiten, die sich in den besetzten Ländern Europas boten, tatsächlich derart untätig?²⁵⁹

Allein den vergleichsweise wenigen Hinweisen, die im begrenzten Rahmen dieser Recherche erschlossen werden konnten, ist zu entnehmen, dass die Angaben von Rautenkranz mehr als unvollständig sind. Im Entnazifizierungsverfahren heißt es hinsichtlich des Vorwurfs, in seinem Betrieb seien Fremdarbeiter misshandelt worden und zu Schaden gekommen, Rautenkranz habe sich »meistens auf Reisen außerhalb Celles« befunden.²⁶⁰ In einer Studie über die Karpatten Öl AG findet sich der Hinweis auf eine Ausarbeitung von Rautenkranz vom August 1945 mit dem Titel »Bericht über meine Tätigkeit als Betriebsdirektor der Gruppe West«. Der Nachkriegsbericht von Rautenkranz umfasst offensichtlich eine Bestandsaufnahme der polnischen Ölindustrie im Jahre 1943.²⁶¹ Worin die Verantwortlichkeiten von Rautenkranz als Betriebsdirektor der »Gruppe West« bestanden, ließ sich im Rahmen

²⁵⁸ Anwalt von Rautenkranz an Entnazifizierungskammer, 24.7.46, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, RH/Lbg/Cel/Mn 352 (Entnazifizierungsakte Rautenkranz).

²⁵⁹ Angaben nach: Gunther, War Structure (Section 2), S. 24 ff.; Kockel, Ölpolitik, S. 69 f. und S. 405; vgl. Möller/Polster, Rautenkranz; Vierhaus, Enzyklopädie, Bd. 8, S. 213.

²⁶⁰ Fragebögen Rautenkranz, 10.6.46 und 5.1.47, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, RH/Lbg/Cel/Mn 352 (Entnazifizierungsakte Rautenkranz).

²⁶¹ Karlsch, Karpatten Öl AG, S. 99. Als Quelle wird das Historische Archiv der RWE-DEA genannt. Nach Vierhaus (Enzyklopädie, Bd. 8, S. 213) war Rautenkranz 1906-1911 schon einmal als Generalbevollmächtigter für die deutsche Tiefbohr AG in Polen tätig.

dieser Recherche nicht klären. Zum Hintergrund: Die »Gruppe West« mit Verwaltungssitz in Jaslo und Betriebsinspektionen in Gorlice, Jaslo und Krosno war Teil der Beskiden Erdöl-Gewinnungsgesellschaft mbH (Ende 1942 übernommen von der Karpaten Öl AG), deren Zweck in der Ausbeutung der galizischen Ölindustrie bestand. Im August 1943 setzte sich die Belegschaft der »Gruppe West« zu 90 Prozent aus Polen und zu acht Prozent aus Ukrainern zusammen. Die 101 deutschen Mitarbeiter machten lediglich ein Prozent aus. Anfang 1945 verlegte die Karpaten Öl AG ihren Sitz nach Celle.²⁶²

Zur Bedeutung der ITAG ist anzumerken, dass sie in den Statistiken unter den deutschen Ölonternehmen seit den 1920er Jahren als größter Mittelständler nicht selten an Platz 5 hinter den »großen Vier« – Deutsche Erdöl AG (DEA, Berlin), Gewerkschaft Elwerath (Hannover), Wintershall AG (Kassel) und Preussag (Berlin) – rangiert.²⁶³ Die ITAG war an mehreren Konsortien, insbesondere im Verbund mit der Gewerkschaft Elwerath beteiligt. Weitere Kooperationspartner waren die Wintershall AG, die IG Farben, Socony Vacuum, Standard Oil, Brigitta (Shell) und die Apollo Mineralöl AG. Besonders engagiert war die ITAG in Österreich, aber auch in der Tschechoslowakei.²⁶⁴ Hinsichtlich der Mitgliedschaften in Organisationen wäre zu ergänzen, dass Firmenchef Rautenkranz ab 1936 zusammen mit weiteren führenden Ölonternehmern im Beirat der »Fachgruppe Erdölgewinnung« der »Wirtschaftsgruppe Kraftstoffindustrie« vertreten war.²⁶⁵

Im Entnazifizierungsverfahren sah sich Rautenkranz mit Anschuldigungen zweier ehemaliger Mitarbeiter konfrontiert, zu den Profiteuren des NS-Regimes gehört zu haben.²⁶⁶ Die Vorwürfe beziehen sich sowohl auf Privates als auch auf Geschäftliches. Unter anderem ist die Rede davon, Rautenkranz habe Freundschaften und Be-

²⁶² Karlsch, Karpaten Öl AG, S. 111 f.

²⁶³ Kockel, Ölpolitik, S. 405 (bis Kriegsbeginn); für die Kriegsjahre vgl. u. a.: Angaben der Fachgruppe Erdölgewinnung für die Jahre 1943 und 1944 (Kriterium: Belegschaftsgröße), in: Gunther, War Structure (Section 2), unpaginierte Anhänge; ders., War Structure (Section 1), S. 34a+b.

²⁶⁴ Gunther, War Structure (Section 2), S. 26 und S. 60-68; Bericht des ITAG-Treuhänders, Juni 1946, HSTA Hannover, Nds. 211 Lüneburg, Nr. 93.

²⁶⁵ Gunther, War Structure (Section 1), S. 26a.

²⁶⁶ Aussage Wilhelm Reiss (Verkaufsleiter), 13.5.45, HSTA Hannover, Nds. 211 Lüneburg, Nr. 93 (Vermögenskontrolle ITAG); Wilhelm C. (ehemaliger Personalreferent) an Entnazifizierungskammer Celle, 8.8.46, ebenda, Nds. 171 Lüneburg, RH/Lbg/Cel/Mn 352 (Entnazifizierungsakte Rautenkranz). Die Angaben von Wilhelm C. sind insofern nicht unproblematisch, als er Ende 1944 offensichtlich im Unfrieden aus der ITAG ausgeschieden war und sich zum Zeitpunkt seiner Aussage (1946) in einem Rechtsstreit mit Rautenkranz in einer Mietsache befand.

kanntschaften mit hohen Nazis gepflegt und es verstanden, diese privat und geschäftlich für seine Zwecke zu nutzen.

Im Mittelpunkt der geschäftlichen Anschuldigungen stand die österreichische Ölgesellschaft Steinberg-Naphta, ursprünglich zu 96 Prozent im Besitz der britischen City and General Enterprises (kurz: City). 1938 übernahm die ITAG nach den Angaben von Wilhelm Reiss 60 Prozent der Aktien (im Wert von 2 Millionen Reichsmark) von der City. Nach einem Gutachten von 1947 betrug der nominelle Aktienwert 600 000 Reichsmark, bei einem nominellen Grundkapital der Steinberg-Naphta von 1 Million Reichsmark.²⁶⁷ Der Gegenwert sollte durch die Einbringung von Geräten erbracht werden, die Reiss zufolge minderwertig bzw. unbrauchbar waren, so dass er von einem »Betrugsunternehmen« sprach. Nach Kriegsbeginn soll Rautenkranz versucht haben, auch die übrigen 40 Prozent der Aktien in seinen Besitz zu bringen, mit der Behauptung, bei der City handele es sich um ein »teilweise jüdisches Unternehmen«, das zu »arisieren« sei.²⁶⁸ Nach mehrmaligen Erhöhungen des Grundkapitals auf zuletzt 3 Millionen Reichsmark veräußerte die ITAG ihren Aktienbesitz – nach übereinstimmenden Angaben von Reiss und dem Gutachten von 1947 – im Oktober 1944 für 15 Millionen Reichsmark an die Deutsche Arbeitsfront.²⁶⁹ Im Rahmen der Vermögenskontrolle kam es 1947 zu dem erwähnten Gutachten, das aber wegen fehlender Unterlagen nicht sämtliche Sachverhalte restlos klären bzw. einschätzen konnte.²⁷⁰

Die Vorwürfe, privat vom NS-Regime profitiert zu haben, bleiben in der Entnazifizierungsakte vergleichsweise unspezifisch. Im BDC-Bestand »Parteikorrespondenz« ist ein Schriftwechsel zwischen Rautenkranz und der Volksdeutschen Mittelstelle von Ende 1944 überliefert, in dem es um zwei Weingüter in Kroatien geht.²⁷¹ Diese hatte Rautenkranz – nach der Darstellung seines Anwalts im Entnazifizierungsverfahren – bereits vor »Ausbruch des deutsch-jugoslawischen Krieges« (meint den deutschen Überfall auf Jugoslawien am 6. April 1941) erworben. Beide Güter seien in der zweiten Hälfte des Jahres 1944 von Gauleiter Uiberreither (Graz) be-

²⁶⁷ Aussage Reiss, 13.5.45, HSTA Hannover, Nds. 211 Lüneburg, Nr. 93 (Vermögenskontrolle ITAG); Gutachten des Treuhänders, 14.12.47, ebenda. Nach Kockel (Ölpolitik, S. 606) handelte es sich um 50 Prozent der Aktien.

²⁶⁸ Aussage Reiss, 13.5.45, HSTA Hannover, Nds. 211 Lüneburg, Nr. 93.

²⁶⁹ Direktor der »Steinberg-Naphta« wurde nun SS-Brigadeführer Heinrich Peper, zuvor stellvertretender Gauleiter in Osthannover, vgl. Köhler, Telschow, S. 144.

²⁷⁰ Gutachten des Treuhänders, 14.12.47, HSTA Hannover, Nds. 211 Lüneburg, Nr. 93. Die belastenden Akten hatte Reiss im April 1945 – kurz nach dem Einmarsch der Briten in Celle – der 265 Security Section übergeben, vgl. dessen Aussage, 13.5.45, ebenda.

²⁷¹ PK Rautenkranz, BAB, BDC.

schlagnahmte worden, angeblich für die Umsiedlung von Volksdeutschen. Eine Entschädigung für sein Eigentum (im Wert von mindestens 80.000 bis 100.000 Reichsmark) habe Rautenkranz nicht erhalten.²⁷²

Dem Schriftwechsel von Ende 1944 ist allerdings zu entnehmen, dass Rautenkranz die Güter erst im Oktober 1941 erwarb. Der Gesamtpreis für beide Weingüter betrug nach zeitgenössischen Angaben von Rautenkranz 42.500 Reichsmark (samt Inventar). Bekommen sollte sie sein Sohn Walter, ein SS-Reiter, der »1942 im Kaukasus den Heldentod fand«.²⁷³ Im Mai 1944 schließlich wurde den Kaufverträgen von der Zivilverwaltung in der Untersteiermark die abschließende Genehmigung versagt. In Erwiderung auf die Beschwerden durch Rautenkranz wurde festgestellt:

»Es ist bemerkenswert, dass Frau Milka Bubanj [Vorbesitzerin und Verwalterin des einen Weingutes] darauf hingewiesen hat, dass Hermann Rautenkranz ihre Verkaufsbereitschaft nur dadurch erreicht habe, dass er ihr die bevorstehende Beschlagnahme des Gutes durch die deutschen Behörden und die zwangsweise Aussiedlung der Milka Bubanj in Aussicht gestellt habe und ihr zu bedenken gegeben habe, dass er im Falle des Verkaufes der Liegenschaft an ihn durch seine Verbindungen derartige Massnahmen zu verhindern wissen werde.«²⁷⁴

In einem anderen Fall, dem Erwerb eines Hauses der jüdischen Warenhausbesitzerin Ida Freiberg in Celle im Jahr 1935, sind keine niederen Motive des Käufers (zunächst die ITAG, dann Rautenkranz privat) ersichtlich. Sebastian Stielke ordnet Rautenkranz in seinen Forschungen über Arisierung in Celle deshalb den »gutwilligen Erwerbenden« zu.²⁷⁵ Die Umstände des Ankaufs der beiden Weingüter in Kroatien hingegen scheinen den Vorwurf der privaten Bereicherung zu stützen, auch wenn der Vorgang nicht abschließend geklärt werden konnte.

Im Jahr 1944 arbeiteten im Bereich der Fachgruppe Erdölgewinnung 7843 Ausländer (inkl. Kriegsgefangene) und machten damit knapp 40 Prozent aller Beschäftigten aus. Die für die ITAG bekannten Zahlen beziehen sich auf ihren Stammsitz in Celle und scheinen auch hier nur einen Ausschnitt zu repräsentieren. Bei einer Ge-

²⁷² Anwalt an Entnazifizierungskammer beim Stadtkreis Celle, 24.7.46, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, RH/Lbg/Cel/Mn 352.

²⁷³ Rautenkranz an Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums, 31.10.44, PK Rautenkranz, BAB, BDC.

²⁷⁴ Der Beauftragte des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (Dienststelle Marburg) an Stabshauptamt, 29.11.44, ebenda.

²⁷⁵ Stielke, Arisierung, S. 76 f. und S. 136-141.

samtbelegschaft von 1565 Personen dürfte sich die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte bei der ITAG 1944 auf mindestens 600 belaufen haben.²⁷⁶

Eine Nachkriegsaufstellung über »Ausländerlager« im Stadtkreis Celle während des Zweiten Weltkrieges, erstellt auf Anfrage des International Tracing Service, weist für die ITAG ein Kriegsgefangenenlager für 30 Franzosen und Belgier und ein Zivilarbeiterlager für 70 »Ostarbeiter«, Polen, Franzosen und Belgier aus.²⁷⁷ Über die Berichte des Vertrauensmannes der französischen Kriegsgefangenen ist überliefert, dass diese zum Teil im Eisentransport, zum Teil als Spezialisten im Werk arbeiteten. Während der Vertrauensmann für März 1942 Klagen über die Verpflegung notierte, wurden beide Kommandos ein halbes Jahr später als »freie und gute« Kommandos bezeichnet.²⁷⁸

Im März 1946 hatte die ITAG noch ausstehende Lohnfelder »der früher bei uns beschäftigten ausländischen Gefolgschaftsmitglieder in unserer Bohrgeräte- u. Maschinenfabrik« aus den Monaten März/April 1945 in Höhe von zusammen 6000 Reichsmark nachzuzahlen. Einer beigelegten Liste ist zu entnehmen, dass es sich um insgesamt 114 Personen (52 Ukrainer und Russen, 28 Franzosen, 23 Italiener, sechs Belgier und fünf Polen) handelte, die wahrscheinlich in dem in der Nachkriegsaufstellung genannten Zivilarbeiterlager untergebracht waren.²⁷⁹ Nils Köhler vermerkt außerdem ein Barackenlager der Firma ITAG in Nienhagen (Papenhorst) für Polen und Russen.²⁸⁰

Spätestens seit Sommer 1942 wurden auf dem Betriebsgelände der ITAG sowjetische Kriegsgefangene beschäftigt. Der regimekritische Chronist Karl Dürkefalden, der bei der benachbarten Celler Maschinenfabrik als Ingenieur arbeitete, beobachtete im Januar 1943, wie zwei Kriegsgefangene vollkommen abgemagert und entkräftet in ihre Baracke zurückgebracht wurden. Zwei Monate später berichtete ihm der Hofmeister der ITAG, dass von den 40 Russen vom Sommer zuvor nur 14 übrig sei-

²⁷⁶ Bericht der Fachgruppe Erdölgewinnung für das Jahr 1944, Wietze, 1.3.45, der Fachgruppe Erdölgewinnung für die Jahre 1943 und 1944 (Kriterium: Belegschaftsgröße), in: Gunther, War Structure (Section 2), unpaginierter Anhang.

²⁷⁷ Stadt Celle, Übersicht über Ausländer-Lager in der Zeit vom 3.9.39 – 8.5.45, StA Celle, 5 O 74, vgl. Köhler, Kriegsgefangene, S. 166.

²⁷⁸ Köhler, Kriegsgefangene, S. 166, unter Bezug auf Unterlagen des Vertrauensmannes Pierre-Puységur.

²⁷⁹ ITAG (Rautenkranz) an Stadt Celle, 15.3.46, StA Celle, 5 O 39, Bl. 24-32.

²⁸⁰ Köhler, Kriegsgefangene, S. 153.

en. Die anderen wären gestorben oder so krank zusammengebrochen, dass sie in das Kriegsgefangenenlazarett Bergen-Belsen gebracht wurden.²⁸¹

Der amerikanische Luftangriff auf den Güterbahnhof Celle am 8. April 1945 hatte auch große Schäden auf dem nahegelegenen Werksgelände der ITAG zur Folge. Vier Tage später besetzten britische Truppen Celle.²⁸² Ende April wurde Rautenkranz verhaftet und verbrachte die folgenden 13 Monate in Internierungshaft. Sein privates und geschäftliches Vermögen wurde gesperrt, die ITAG einem Treuhänder unterstellt. Nach seiner Entlassung wurde Rautenkranz im April 1947 der Kategorie IV (nomineller Nazi-Unterstützer) zugeordnet. Nachdem er Berufung eingelegt hatte, wertete der Entnazifizierungsausschuss die Angelegenheit »Steinberg-Naphta« zwar als Nutznießerschaft des Systems, plädierte aber aufgrund der Leumundszeugnisse (»Persilscheine«) auf einen Wegfall der Sanktionen. Die britische Militärregierung folgte dieser Empfehlung und entsperrte sein privates Vermögen bei weiterer Zuordnung zur Kategorie IV. Das geschäftliche Vermögen jedoch blieb noch bis Dezember 1947 gesperrt bzw. wurde treuhänderisch verwaltet.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass Rautenkranz in seinem Entnazifizierungsverfahren »für sich den größten Teil des Verdienstes dafür in Anspruch [nahm], dass die Stadt Celle das Kriegsende heil überstand«.²⁸³ Damit befindet er sich in honoriger Gesellschaft, denn auch der Stadtkommandant Generalmajor Paul Tzschöckell, der damalige Oberbürgermeister Ernst Meyer und eine sehr heterogen zusammengesetzte »Widerstandsbewegung« – zu der sich auch Reiss zählte – reklamierten dieses Verdienst für sich. An anderer Stelle wurde bereits ausführlich dargelegt, dass es sich bei der Geschichte von der Rettung der Stadt um eine Legende handelt, da Celle weder kampflos übergeben wurde, noch von Kreisleiter Milewski die diesem von vielen Seiten zugeschriebene Gefahr ausging.²⁸⁴ Im Fall von Rautenkranz schaffte es die Legende bis in die Deutsche Biographische Enzyklopädie.²⁸⁵

²⁸¹ Obenaus, »Schreiben, wie es wirklich war ...«, S. 127 f.

²⁸² Vgl. zuletzt: Strebel, Celle April 1945 revisited.

²⁸³ HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, RH/Lbg/Cel/Mn 352.

²⁸⁴ Strebel, Celle April 1945 revisited, S. 39-44.

²⁸⁵ Vierhaus, Enzyklopädie, Bd. 8, S. 213: »Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs sorgte R. dafür, daß der Befehl zur Zerstörung der Industriewerke in Celle nicht ausgeführt wurde.«

Helmut Thiele

Der Bauingenieur Helmut Thiele (Jg. 1904), seit 1928 Geschäftsführer der Firma Marahrens (Eisenbeton-, Tiefbau, Eisenbahn- und Straßenbau) in Westercelle, trat zum 1. Mai 1933 der NSDAP bei. Im gleichen Jahr schloss er sich der DAF und der NSV an.²⁸⁶ Im Entnazifizierungsverfahren gab Thiele an, sich von den Nationalsozialisten »einen wesentlichen wirtschaftlichen Aufschwung« versprochen zu haben. »Politische Momente« hätten keine Rolle gespielt, sondern »lediglich wirtschaftliche Überlegungen«.²⁸⁷ 1938 wurde er Fördermitglied der SS und trat außerdem in eine Reihe von der NSDAP angeschlossene Verbänden ein.²⁸⁸ Eigenen Nachkriegsangaben zufolge war Thiele vor 1933 Mitglied der Deutsch-Hannoverschen Partei. Gefragt nach Auslandsreisen, führte Thiele für die Jahre 1938-1943 mehrfache Baustellenkontrollen in Österreich, Frankreich und Russland an, ohne weitere Informationen zu den jeweiligen Projekten zu geben. Er gab außerdem an, ab Ende Februar 1945 Mitglied (»Verbindungsmann«) der Wirtschaftsgruppe Bauindustrie gewesen zu sein. In das Feld »Pflichten und Aufgaben« trug er »Vertretung der Berufsinteressen« ein.

Im sehr fragmentarisch überlieferten Schrifttum der Wirtschaftsgruppe Bauindustrie findet sich eine Aufstellung der bei der OT (Organisation Todt) Einsatzgruppe Rußland-Süd eingesetzten Firmen (Stand Oktober 1943). Für den Einsatz im Gebiet Nikolajew und Dnjepropetrowsk (Ukraine) finden sich dort an dritter Stelle die Firmen Marahrens und Schuhmacher aus Westercelle.²⁸⁹ Einzelheiten konnten nicht in Erfahrung gebracht werden. Ob es darüber hinaus weitere Einsatzorte der Firma Marahrens in den besetzten Gebieten gab, ließ sich ebenfalls nicht klären. Thieles Nachkriegsangabe, durch »Feindeinwirkung im Ausland« Geräte im Wert von 450 000 Reichsmark verloren zu haben, lässt zumindest vermuten, dass sein bauunternehmerisches Engagement in den besetzten Gebieten nicht gerade gering war.²⁹⁰

²⁸⁶ Angaben nach NSDAP-Mitgliedskarte, BAB, BDC; Angaben hier und im Folgenden soweit nicht anders oder zusätzlich ausgewiesen nach: Fragebogenantworten (12 Seiten), 20.4.46, in: Entnazifizierungsakte, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, VE Cel 1647/48.

²⁸⁷ Angaben Thiele vor dem Entnazifizierungsausschuss für Gewerbeprüfungen, 13.1.47, ebenda.

²⁸⁸ Reichsbund Deutsche Familie (ab 1938), NS-Reichsbund für Leibesübungen (seit 1936), NS-Altherrenbund (seit 1936) und Reichsluftschutzbund (seit 1938).

²⁸⁹ Wirtschaftsgruppe Bauindustrie an Verbindungsstelle zum technischen Zentralamt, 7.1.44, Anlage: Firmenverzeichnis des Einsatzes Nikolajew – Dnjepropetrowsk (Stand: Oktober 1943). Die Liste umfasst insgesamt 96 Firmen. Eine Rangordnung ist der nicht alphabetisch aufgebauten Aufstellung nicht zu entnehmen.

²⁹⁰ Thiele an seinen Rechtsanwalt, 3.5.48, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, VE Cel 1647/48.

An ihrem Firmensitz in Westercelle beschäftigte die Firma Marahrens im Zeitraum von Mitte Februar bis Ende August 1944 etwa 100 italienische Militärinternierte aus zwei Arbeitskommandos des Kriegsgefangenen-Stammlagers Fallingbostal. In Unterlüß waren Anfang 1942 außerdem 250 polnische und tschechische Zivilarbeiter im Einsatz, die in Hohenried in einem Gemeinschaftslager untergebracht waren. Nachkriegsangaben zufolge war das Lager nicht eingezäunt; die Polen sollen sich frei im Ort bewegt haben.²⁹¹

Im Entnazifizierungsverfahren wurde Thiele 1947 zunächst in die Kategorie III (eifriger Nazi-Unterstützer) eingestuft, verbunden mit der Auflage, weder als selbständiger Geschäftsführer noch in einer Stellung mit leitender und aufsichtsführendem Charakter tätig zu werden. Da der Gewinn seiner Firma in den Jahren 1937 bis 1944 exorbitant (auf durchschnittlich über ein Zehnfaches) angestiegen war, galt Thiele als »typischer Nutznießer des NS-Systems«, der »auf Grund seiner zahlreichen Mitgliedschaften in den verschiedensten NS-Organisationen mit lohnenden Rüstungsaufträgen betraut wurde«. Ob weitere Erklärungen von Thiele und ein Gutachten diesen Vorwurf tatsächlich entkräften, konnte im Rahmen dieser Recherche nicht geklärt werden. Der Entnazifizierungs-Hauptausschuss Celle zumindest folgte den Leumundszeugnissen und ordnete Thiele auf dessen Widerspruch hin im Dezember 1948 der Kategorie IV (nomineller Nazi-Unterstützer) ohne Sanktionen zu.²⁹²

Erich Eichelberg

Der Jurist Erich Eichelberg (Jg. 1912), von 1955 bis 1962 Stadtdirektor und von 1962 bis 1977 Oberstadtdirektor der Stadt Celle, hatte sich im Juli 1933 der SA angeschlossen, aus der er im November 1934 wegen »Eintritt ins Militär« wieder ausschied.²⁹³ Bei der Entnazifizierung datierte er seinen SA-Eintritt nach hinten, auf November 1933.²⁹⁴ Zum 1. Mai 1937 wurde Eichelberg Mitglied in der NSDAP.²⁹⁵ Funktionen hatte er nach eigenen Angaben keine inne. Seine erste juristische Prüfung

²⁹¹ Landrat Celle an Staatliches Gesundheitsamt Celle, 31.3.42 (Polen und Tschechen), KrA Celle, N 39, Nr. 1; Fa. Marahrens an Landratsamt Celle, 8.1.46, betr. Suchaktion für ausländische Staatsangehörige (Italiener), ebenda, N 346, Nr. 3; vgl. Köhler, Kriegsgefangene, S. 159 f.; Heimatgeschichtlicher Wegweiser (Niedersachsen I), S. 75.

²⁹² Entnazifizierungs-Hauptausschuß Kreis Celle, Entnazifizierungs-Entscheidung Thiele, 15.12.48, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, VE Cel 1647/48.

²⁹³ Personalakte Eichelberg (RMI), BA-DH, ZA VI, 281, A.3.

²⁹⁴ Entnazifizierungsakte Eichelberg, HSTA Hannover, Nds. 171 Hildesheim, 11715.

²⁹⁵ NSDAP-Mitgliedskarte Eichelberg, BAB, BDC.

legte er im Februar 1934 ab (Note: ausreichend). Einen Monat später wurde er im Justizdienst, ein halbes Jahr später »auf den Führer« vereidigt. Im Juli 1938 absolvierte er die große Staatsprüfung (Note: ausreichend). Nach Tätigkeiten als Referendar (ab 1934), unter anderem am Landeserbhofgericht und Oberlandesgericht in Celle, wechselte er 1939 in die Verwaltung, zunächst zum Regierungspräsidenten in Aurich, ab Juli 1941 zum Regierungspräsidenten in Kattowitz. In Ostfriesland wurde er zeitweise (von April bis August 1940) mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Bürgermeisters von Borkum betraut.²⁹⁶ Seine Dienstbeurteilungen lauten zumeist »gut« bis »befriedigend«. In einer Einschätzung vom Mai 1943 durch den Regierungspräsidenten Kattowitz heißt es allerdings, Eichelberg »habe bisher nur von Kommissorien [Sonderaufträgen] gelebt, neige dazu, sich immer das Bequemste herauszusuchen und müsse noch an solide Arbeit gewöhnt werden«.²⁹⁷

Im Februar 1942 wurde Eichelberg zur Wehrmacht einberufen, und nahm nach eigenen Angaben am »Winterfeldzug in Russland« teil.²⁹⁸ Nach Unterlagen der Deutschen Dienststelle war er Angehöriger der 168. Infanterie-Division, die von März bis Juli 1942 im Rahmen der 6. Armee bei Charkow eingesetzt war, im August bei der 2. Armee in Woronesch und von September bis Dezember bei der 2. ungarischen Armee im Donbogen. Mitte April 1943 wurde Eichelberg wegen Dienstunfähigkeit (Herzleiden und steifes Knie) aus der Wehrmacht entlassen.²⁹⁹

Ab Juni 1943 war er als Referent zum Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete/Generalkommissar für Verwaltung und Justiz in die Abteilung »Niederländische Personalangelegenheiten« in Apeldoorn »abgeordnet«.³⁰⁰ Sein Vorgesetzter und Leiter dieser Abteilung, Ernst Althaus, beschreibt Eichelbergs Tätigkeitsfeld in den ersten Wochen vor dem Hintergrund einer geplanten Versetzung Eichelbergs zu einer anderen Abteilung:

»Regierungsrat Eichelberg wird zunächst vorübergehend für die Bearbeitung der Entlassungen zugeteilt, die aus Anlass des Streiks verfügt werden sollen. Diese Arbeiten sollen nach Anordnung von Hr. Staatssekretär Dr. Dr. Wimmer in der Woche nach

²⁹⁶ Schriftwechsel in: STA Aurich, Rep. 32, Nr. 55, Borkum: Bürgermeister, unpaginiert.

²⁹⁷ Bericht über Dienstreise in den Regierungsbezirk Kattowitz, 17.-19.5.43, BA-DH, ZA VI, 281, A.3. (Personalakte Eichelberg).

²⁹⁸ Entnazifizierungsakte Eichelberg, HSTA Hannover, Nds. 171 Hildesheim, 11715.

²⁹⁹ Schriftliche Mitteilung der Deutschen Dienststelle, 13.4.10; vgl. Eichelberg, Aussage, 13.11.45, NADH, CABR, 89670.

³⁰⁰ Reichsministerium des Innern (RMI) an Eichelberg, 29.5.43, NADH, CABR, 109843; grundlegend zur deutschen Besatzung in den Niederlanden (in deutscher Sprache): Hirschfeld, Fremdherrschaft und Kollaboration; Kwiet, Reichskommissariat Niederlande.

Pfingsten zum Abschluss kommen, d. h. bis zum 20.6.43. Da es zweifelhaft ist, ob diese Arbeit, die mehrere hundert Entlassungen mit sich tragen wird, tatsächlich bis zu diesem Termin beendet sein kann, da ich auch nicht weiß, ob die dafür erforderlichen Unterlagen von allen Beauftragten rechtzeitig eingehen werden, und da endlich Herr Oberregierungsrat Dr. Schmidt vom 8.6. bis 1.7. auf Urlaub geht, wäre es mir erwünscht, wenn Herr Regierungsrat Eichelberg zunächst bis 1.7. bei mir bleibt.«³⁰¹

Der erwähnte Streik von Ende April/Anfang Mai 1943 hatte sich gegen die deutschen Zwangsrekrutierungen von Arbeitskräften, vor allem aber gegen den Befehl gerichtet, dass die nach dem deutschen Überfall im Mai 1940 zunächst mit Auflagen – der sogenannten Ehrenworterklärung, sich feindseligen Aktivitäten gegen das Deutsche Reich zu enthalten – entlassenen etwa 300 000 holländischen Kriegsgefangenen wieder interniert und dem »Arbeitseinsatz« zugeführt werden sollten. Spontane Streiks in zahlreichen Betrieben, an denen sich letztlich über eine Million Niederländer beteiligten, hatten sich schnell über das ganze Land ausgebreitet und waren wenige Tage später von den deutschen Besatzern brutal niedergeschlagen worden (95 Todesopfer, 80 Hinrichtungen, 900 Streikende wurden in Konzentrationslager verschleppt).³⁰² Eichelbergs Dienstantritt erfolgte damit zu Beginn der dritten Phase der deutschen Besatzung in den Niederlanden, in der diese immer rücksichtsloser und repressiver wurde, nachdem in den Jahren zuvor – letztlich erfolglos – eine Selbstnazifizierung der Niederländer angestrebt worden war. In holländischer Internierungshaft erklärte Eichelberg, er habe als Referent in der »Abteilung niederländische Personalangelegenheiten« »natürlich nichts gegen die militärischen Befehle machen können«, jedoch »stets die niederländischen Interessen berücksichtigt«.³⁰³

Offensichtlich verblieb Eichelberg länger in der »Abteilung niederländische Personalangelegenheiten« als ursprünglich geplant.³⁰⁴ Nachdem er im April 1944 für einen Monat den Leiter der Abteilung »Angelegenheiten deutscher Staatsangehöriger« mit Sitz in Utrecht vertreten hatte, folgte im Mai 1944 die zunächst vorübergehende, später feste Versetzung zum Beauftragten des Reichskommissars für die Provinz Südholland in Den Haag.³⁰⁵ Eine Personalliste dieser Dienststelle vom März

³⁰¹ Althaus an Heichlinger (Den Haag), 3.6.43, NADH, CABR 109843. Eichelberg selbst äußerte sich in Nachkriegsaussagen in holländischer Haft nicht eingehender zu seiner Dienstzeit in Apeldoorn.

³⁰² Groeneveld, *Resistance*, S. 313 f.; Pflöck, *Auf vergessenen Spuren*, S. 12.

³⁰³ Eichelberg, *Aussage*, 25.10.46, NADH, CABR, 89670 (Übers. durch d. Verf.).

³⁰⁴ Eichelberg, *Urlaubsgesuche- und -bewilligungen für den Zeitraum von Juni 1943 bis Februar 1944*, NIOD, Archive 14, Akte 502.

³⁰⁵ Generalkommissar für Verwaltung und Justiz (Wimmer) an Eichelberg, 5.4.44 und 1.5.44, NADH, CABR, 109843 (5.4.44) und NIOD, Archive 20, Akte 904 (1.5.44).

1945 führt Regierungsrat Erich Eichelberg als Referenten und Stellvertreter des Beauftragten, Dr. Ernst Schwebel.³⁰⁶

Ein 27-seitiger handschriftlicher Bericht Schwebels über seine fünfjährige Dienstzeit als Beauftragter in Den Haag – verfasst in holländischer Internierungshaft – ist trotz seines Rechtfertigungscharakters aufschlussreich. Sein Aufgabenfeld innerhalb der zivilen Besatzungsverwaltung beschreibt Schwebel darin im Kern wie folgt:

»Wir waren als Beauftragte nicht Teile der Zentralverwaltung, sondern Ausführungsorgane, die an die Weisungen der dem Reichskommissar [RK] unmittelbar unterstellten Generalkommissare [GK] gebunden waren. Im übrigen sollten die Beauftragten nach ausdrücklicher, oft wiederholter Anweisung des RK selbst in erster Linie seine Vertrauensmänner in den Provinzen sein, nach allen Seiten zu niederländischen wie deutschen Stellen Fühlung halten und ihn ständig auf dem Wege über die GK informieren, sich aber ja nicht zu sehr zu »einer Verwaltungsinstanz machen lassen.«³⁰⁷

Auf niederländischer Seite wurden die »Vertrauensmänner« als »Dwarskijker« (Spitzel, Aufpasser) bezeichnet.³⁰⁸ Nach Peter Romijn fiel den Beauftragten eine wichtige Schaltfunktion bei der zivilen Besatzungsverwaltung zu, indem sie dem Reichskommissar direkt Bericht erstatteten und gegebenenfalls Vorschläge unterbreiteten. »Gleich einer Spinne im Netz« – so Romijn weiter – »lief bei ihnen eine Reihe administrativer Linien zusammen: Sie hatten nicht nur kontinuierliche Kontakte zu allen genannten deutschen und niederländischen Instanzen, sondern auch zu den Provinz-Kommissaren und den Gemeindeverwaltungen in Gestalt der Bürgermeister.«³⁰⁹

In besagter Liste vom März 1945 werden als Eichelbergs Aufgabenbereiche stichwortartig genannt: »Gemeindeangelegenheiten, Überflutungen und Evakuierun-

³⁰⁶ Schwebel, Gefolgschaftsliste des B.R.K. für die Provinz Südholland, Den Haag, 9.3.45, NIOD, Archive 14, Akte 502.

³⁰⁷ Schwebel, Bericht über die Tätigkeit als Beauftragter des Reichskommissars für die Prov. Südholland in den Jahren 1940-45, Scheveningen, November 1947, S. 1 f., NADH, CABR, 110476. Bemerkenswert ist insbesondere, dass antijüdische Maßnahmen in dem Bericht mit keinem Wort erwähnt werden, vgl. Dick de Mildt und Joggli Meihuizen (Niederlande, S. 309), die es als einen der wichtigsten Mängel bei der Aburteilung deutscher Kriegsverbrecher bezeichnen, dass in den Niederlanden kein Angehöriger der deutschen Zivilverwaltung für die Verfolgung, Deportation und Vernichtung der Juden abgeurteilt wurde.

³⁰⁸ Directeur-Generaal vor Bijzondere Rechtspleging, Untersuchungsbericht Schwebel, 2.7.48, NADH, COOM, 1458.

³⁰⁹ Romijn, Nazifizierung der lokalen Verwaltung, S. 101; Hirschfeld, Fremdherrschaft und Kollaboration, S. 178 f.

gen, Kraftwagen«.³¹⁰ Eichelbergs Aussagen in holländischer Haft gehen nur wenig darüber hinaus. Hinsichtlich der Gemeindeangelegenheiten nennt er als Beispiel die »Einsetzung von Bürgermeistern«. In Bezug auf die Überflutungen und Evakuierungen betont er, dass die entsprechenden Befehle von militärischer Seite kamen und er stets versucht habe, »die Maßnahmen abzumildern«.³¹¹

Die ausführlichste Beschreibung findet sich in einem Zeugnis, das Schwebel Eichelberg 1955 im Vorfeld von dessen Anstellung bei der Stadt Celle ausstellte:

»Herr Eichelberg war mir, als ich während des Krieges Beauftragter des Reichskommissars für die Provinz Südholland und die Stadt Den Haag mit dem Sitz in Haag war, in der Zeit von etwa 1944 bis Kriegende als mein erster Mitarbeiter zugeteilt.

Als Beauftragter hatte ich im wesentlichen die gesamte Verwaltung der Provinz und aller ihrer Gemeinden mit etwa 2,2 Millionen Einwohnern zu beaufsichtigen. Die holländische Verwaltung war an sich bestehen geblieben. Herr Eichelberg, als mein ständiger Vertreter, bearbeitete neben den Personalien der niederländischen Beamten, insbesondere der Bürgermeister, zur Hauptsache alle Anforderungen, die unsere Wehrmacht und andere deutsche Dienststellen an die Verwaltung der Provinz und ihrer Gemeinden zu stellen hatten. Dabei kam es sehr darauf an, unsere deutschen Dienststellen so weit zur Mässigung ihrer Forderungen zu bringen, dass diese von den angegangenen holländischen Stellen auch als im Interesse der deutschen Verteidigung liegend möglichst anerkannt wurden. Es handelte sich dabei gerade in den letzten ein- einhalb Jahren der Besatzungszeit um zum Teil sehr schwerwiegende Forderungen. Es mussten z. B. zu Zwecken unserer Verteidigung 40.000 ha Land überflutet werden, für die Befestigung der ganzen Küste waren Tausende von Arbeitern zu stellen, und die 15. Armee, die nach erfolgreicher Invasion der Alliierten unter Verlust ihrer sämtlichen Bagagen in die Küstengebiete Hollands – speziell in unsere Provinz – abgedrängt worden war, musste durch Requisitionen bei Privatleuten wieder neu mit Unterkleidungen aller Art, Decken, Fahrzeugen und dergl. ausgestattet werden.

Dies alles wurde noch im letzten Kriegsjahr trotz des Vorhandenseins einer Widerstandsbewegung unter völliger Mitwirkung aller in Betracht kommenden niederländischen Behörden und ohne Widerstände oder Sabotagen seitens der Bevölkerung durchgeführt und war nur zu ermöglichen nach intensiver psychologischer Vorbereitung unsererseits bei allen in Betracht kommenden deutschen und niederländischen Stellen.«³¹²

³¹⁰ Schwebel, Gefolgschaftsliste des B.R.K. für die Provinz Südholland, Den Haag, 9.3.45, NIOD, Archive 14, Akte 502; vgl. Personalliste des Beauftragten des Reichskommissars für die niederländischen Gebiete in Den Haag, undatiert, BAB, R 83 Niederlande/1, Bl. 6.

³¹¹ Eichelberg, Aussagen vom 13.11.45 und 25.10.46, NADH, CABR, 89670.

³¹² Schwebel, Zeugnis, 15.3.51, StA Celle, Amt 10/110, Nr. 308 (Personalakte Eichelberg).

Die zeitgenössische Beurteilung Eichelbergs durch den Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete fiel allerdings nicht gerade überschwänglich aus. Auf die Bitte des erwähnten Regierungspräsidenten Kattowitz, ihm Eichelberg wieder zur Verfügung zu stellen, hieß es im Februar 1945:

»Ich würde es begrüßen, wenn an Stelle des Regierungsrates Eichelberg ein anderer, insbesondere im Verkehr mit militärischen Dienststellen und niederländischen Behörden gewandter höherer Beamter nach hier abgeordnet werden könnte. Es muß ein Beamter sein, der über viel Fingerspitzengefühl verfügt und selbständig zu arbeiten und selbständig zu entscheiden in der Lage ist. Sollte die Abordnung einer derartig qualifizierten Kraft [...] nicht durchführbar sein, so wird die Aufrechterhaltung der Abordnung Eichelbergs nicht zu umgehen sein.«³¹³

Schwebel hingegen war mit Eichelberg so zufrieden, dass er im Oktober 1944 dessen Beförderung zum Oberregierungsrat vorschlug, da dieser »sich in dieser täglich schwieriger werdenden und an Aufgaben sich mehrenden Zeit als mein Vertreter sehr bewährt« habe.³¹⁴

Von Kriegsende bis Februar 1947 befand Eichelberg sich in kanadischer, später holländischer Gefangenschaft. Es handelte sich dabei nicht um eine »Kriegsgefangenschaft«, so Eichelbergs Angabe in Nachkriegsunterlagen, da er – wie erwähnt – im April 1943 krankheitsbedingt aus der Wehrmacht entlassen worden war.³¹⁵

Bei der Entnazifizierung wurde Eichelberg nach anfänglicher Zuordnung zur Kategorie IV (nomineller Nazi-Unterstützer, verbunden mit Vermögenssperre) durch den Kreisausschuss Hannoversch Münden schließlich im Dezember 1948 vom Hauptausschuss Göttingen als »entlastet« (Kategorie V) eingestuft.³¹⁶

Hinrich Rüping erwähnt Eichelberg in seiner Studie »Rechtsanwälte im Bezirk Celle während des Nationalsozialismus« aufgrund der abschließenden Entnazifizierungsentscheidung in dem Abschnitt »Entlastete und Nichtbetroffene«. Kritiklos folgt er der Einschätzung des Hauptausschusses Göttingen, wonach Eichelberg dem

³¹³ Personalakte Eichelberg, BA-DH, ZA VI, 281, A.3.

³¹⁴ Schwebel an Generalkommissar für Verwaltung und Justiz (Wimmer), 3.10.44, NADH, CABR, 109843. Schwabels Vorschlag stieß offensichtlich nicht auf Resonanz.

³¹⁵ Eichelberg, Lebenslauf, 11.4.51, in: Personalakte, HSTA Hannover, Nds. 120 Lüneburg, Acc. 113/86, Nr. 125; vgl. Personalakten Eichelberg, Sta Celle, Amt 10/110, Nr. 308 und Nr. 310; zur Entlassung aus der Wehrmacht vgl. schriftliche Mitteilung der Deutschen Dienststelle, 13.4.10.

³¹⁶ Entnazifizierungsakte Eichelberg, HSTA Hannover, Nds. 171 Hildesheim, 11715; Lebenslauf, 11.4.51, ebenda, Nds. 120 Lüneburg, Acc. 113/86 Nr. 125 (Personalakte), Bl. 5 f.; Personalakte Eichelberg, Sta Celle, Amt 10/110, Nr. 308.

Nationalsozialismus ferngestanden und dadurch berufliche Nachteile erlitten habe.³¹⁷ Dabei wäre eher das Gegenteil zu konstatieren: Trotz seiner denkbar schlechten Noten in den Abschlussexamen wurde Eichelberg im März 1939 zum Regierungsassessor und im Dezember 1941 zum Regierungsrat befördert. Im Vorschlag für die Ernennung zum Regierungsrat heißt es auf die Frage »Bietet der Vorgeschlagene nach seinem Verhalten die Gewähr, daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintritt?«: »Ja, er ist Mitglied der NSDAP.«³¹⁸ Eichelbergs Tätigkeit in der Besatzungsverwaltung in den Niederlanden findet in beiden Fällen (Hauptausschuss Göttingen und Rüping) keine Würdigung.³¹⁹

In dem erwähnten Zeugnis Schwebels für Eichelberg aus dem Jahr 1955 heißt es abschließend:

»Ich darf erwähnen, dass nach unserer Gefangennahme der Holländische Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Jkhr. Snouck Hurgronje sich ausdrücklich bei mir für die Tätigkeit unserer Dienststelle bedankt hat und dass, obwohl alle Angehörigen meiner Dienststelle in Holland zunächst in Gefangenschaft gerieten, gegen keinen von ihnen von den Holländern ein Verfahren auch nur eingeleitet worden ist.«³²⁰

Zu ergänzen wäre, dass sich aus dem 153 Personen umfassenden Stab der Beauftragten des Reichskommissars in den Provinzen ohnehin nur vier Funktionäre vor niederländischen Gerichten zu verantworten hatten, darunter zwei ehemalige Beauftragte. Einer wurde zu zwei Jahren Haft verurteilt, wegen der Inhaftierung von sieben Bürgermeistern, die sich geweigert hatten, am Arbeitseinsatz teilzunehmen. Sechs von ihnen waren im Konzentrationslager ums Leben gekommen.³²¹

Gegen Schwebel und Eichelberg wurde ebenfalls ermittelt. Im Fall Eichelberg lagen offensichtlich keine konkreten Vorwürfe (in erster Linie wegen Mord, Totschlag, Misshandlung oder Freiheitsberaubung) vor. Zwei der insgesamt vier niederländischen Zeugen gaben an, Eichelberg habe in seinem Auftreten und Agieren den Eindruck eines überzeugten Nationalsozialisten gemacht und alles getan, um Bürgermeisterposten mit Mitgliedern der Nationaal-Socialistische Beweging (NSB) zu

³¹⁷ Rüping, Rechtsanwälte, S. 191; Entnazifizierungsentscheidung Eichelberg, 13.12.48, HSTA Hannover, Nds. 171 Hildesheim, 11715.

³¹⁸ BA-DH, ZA VI, 281, A.3. (Personalakte Eichelberg).

³¹⁹ Rüping, Rechtsanwälte, S. 191; Entnazifizierungsakte Eichelberg, HSTA Hannover, Nds. 171 Hildesheim, 11715.

³²⁰ Schwebel, Zeugnis, 15.3.51, StA Celle, Amt 10/110, Nr. 308. Jonkheer Snouck Hurgronje war bereits vor Kriegbeginn Generalsekretär im Außenministerium und blieb dies auch während der deutschen Besatzung.

besetzten. Ansonsten wird Eichelberg – gerade im Unterschied zu besonders »rücksichtslosen« Akteuren der deutschen Besatzung – weitgehend »korrektes« Verhalten bescheinigt. In einem Fall soll er zur Freilassung eines inhaftierten Ingenieurs der Wasserbauverwaltung beigetragen haben.³²²

Schwebel wurde zur Last gelegt, im Oktober 1944 in Delft einem Standgericht angehört zu haben, bei dem sechs Niederländer zum Tode verurteilt und unmittelbar danach erschossen worden waren. Fünf dieser Personen hatten in den Tagen zuvor mehrfach bewaffnete Raubüberfälle auf Niederländer verübt, die sechste Person befand sich unabhängig davon wegen des Verdachts auf Einbruch und Diebstahl in Untersuchungshaft.³²³ Schwebel argumentierte zu seiner Verteidigung, dass sein Anliegen bei diesem Standgericht, dem außerdem ein Angehöriger des Sicherheitsdienstes (SD) der SS und der Ortskommandeur der Wehrmacht angehörten, darin bestanden habe, 17 willkürlich verhaftete Niederländer zu retten, die als Repressalie für ein Attentat auf die Bahnstrecke zwischen Den Haag und Rotterdam öffentlich hingerichtet werden sollten. Den fünf Plünderern habe ohnehin der Tod bzw. die Hinrichtung durch den SD gedroht. Schließlich habe er erreicht, dass die Geiseln freigelassen und an ihrer Stelle die sechs genannten Personen am Ort des Eisenbahnattentates erschossen wurden sowie ein in der Nähe gelegenes Haus angezündet wurde.³²⁴

Die niederländischen Nachkriegsermittlungen gelangten nach eingehender Prüfung des Falls gleichermaßen zu der Einschätzung, dass den fünf Plünderern ohnehin die Hinrichtung durch den SD gedroht hätte. Hinsichtlich des angeblichen Einbrechers jedoch wurde festgestellt, dass dieser auch unter den zeitgenössischen Umständen allenfalls eine Freiheitsstrafe zu erwarten gehabt hätte. In diesem Fall – so der abschließende niederländische Untersuchungsbericht – träfe Schwebel zweifelsohne Schuld, der jedoch sein erfolgreiches Bemühen gegenüberstünde, die willkürlich verhafteten Geiseln vor der Hinrichtung zu retten.³²⁵ Am 8. September 1948 wurde Schwebel aus dem Internierungslager in Vught entlassen.

Hinsichtlich des Danks des hohen Funktionärs des niederländischen Außenministeriums gilt es anzumerken, dass die von Schwebel erwähnten »schwerwiegenden

³²¹ De Mildt/Meihuizen, Niederlande, S. 309 und S. 315. Der zweite Beauftragte wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Laut Anklage hatte er drei Personen bei einer Razzia erschießen lassen.

³²² Bureau Nationale Veiligheid district 's-Gravenhage, Proces Verbaal, undatiert, NADH, CABR, 89670.

³²³ Politieke Recherche AFD 's-Gravenhage, Proces Verbaal, 1.10.47, ebenda, 110476.

³²⁴ Schwebel, Angaben zum »Fall Delft«, 3.11.47, NADH, CABR, 110476.

³²⁵ Directeur-Generaal vor Bijzondere Rechtspleging, Untersuchungsbericht Schwebel, 2.7.48, NADH, COOM, 1458.

Forderungen« auch die Rekrutierung von 120 000 Niederländern für die Zwangsarbeit in Deutschland Ende 1944 umfassten.³²⁶ Außerdem kam es im Winter 1944/45 zu katastrophalen Versorgungsengpässen im Norden der Niederlande (ein kleiner Teil im Süden wurde bereits Mitte September 1944 von westalliierten Truppen befreit), insbesondere in den Städten Amsterdam, Rotterdam, Utrecht und Den Haag. Dieser »Hungerwinter« kostete rund 20 000 Menschen das Leben. Auch das Vorgehen der Besatzer gegen die inzwischen massiv gestiegene antideutsche Haltung der Bevölkerung wurde zunehmend rigoroser und brutaler.³²⁷ Die Bereitschaft zur Anerkennung schwerwiegender Forderungen »als im Interesse der deutschen Verteidigung liegend« dürfte sich somit – zumindest bei allen, die nicht mit den Besatzern kollaborierten – in sehr überschaubaren Grenzen gehalten haben, von Dankbarkeit nach Kriegsende ganz zu schweigen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich Eichelbergs Tätigkeiten als Angehöriger der zivilen Besatzungsverwaltung in den Niederlanden anhand der vorliegenden Unterlagen nicht im Detail rekonstruieren lassen. Die dafür notwendige Aufarbeitung seiner Aktionsfelder – der Abteilung für niederländische Personalangelegenheiten in Apeldoorn und der Dienststelle des Beauftragten für die Provinz Südholland in Den Haag – hätte den Rahmen dieser Untersuchung gesprengt. Über seinen Vorgesetzten Schwebel heißt es in der Erklärung eines hochrangigen niederländischen Verwaltungsbeamten nach der Würdigung von Schwebels Berücksichtigung der niederländischen Interessen, insbesondere bei den Überflutungen und Evakuierungen, abschließend:

»Es bleibt jedoch die Tatsache bestehen, dass Dr. Schwebel Maßregeln und Anordnungen getroffen hat, die im Namen der deutschen besetzenden Obrigkeit erlassen wurden, und da gerade auch meiner Meinung nach diese deutsche Besatzung des Königreiches der Niederlanden seinen Grund hatte in dem verräterischen Überfall des 10. Mai 1940, bleibt die Frage, inwieweit durch die oben erwähnte Ausführung [der Besatzungsmaßnahmen] Dr. Schwebel falsch und dem niederländischen Interesse entgegengehandelt hat.«³²⁸

³²⁶ Spoerer (Zwangsarbeit, S. 59) schätzt die Zahl der ab Herbst 1944 nach Deutschland verschleppten Niederländer auf 140 000, die der im eigenen Land zu Schanz- und Befestigungsarbeiten herangezogen auf 120 000.

³²⁷ Hirschfeld, Fremdherrschaft und Kollaboration, S. 37 f.

³²⁸ Aussage des Kabinetts-Chefs des Kommissars der Königin in der Provinz Süd-Holland (Juni 1940 bis Mai 1945), 11.9.46, NADH, CABR, 110476.

Gleiches gilt wohl auch für Schwebels Stellvertreter Erich Eichelberg, mit dem Unterschied, dass Schwebel nicht explizit als überzeugter Nationalsozialist bezeichnet wird.

Jürgen Ricklefs

Der Historiker, Lehrer und spätere Leiter des Stadtarchivs Jürgen Ricklefs (Jg. 1900) schloss sich zum 1. Mai 1933 der NSDAP an. Nach eigenen Angaben war er ab Januar 1934 als »politischer Leiter« (Parteifunktionär) auf der lokalen Ebene tätig, zunächst als Blockleiter (Januar bis Juli 1934), später als Zellenleiter (August 1934 bis März 1936). Ein Block war das kleinste Hoheitsgebiet und umfasste vierzig bis sechzig Haushaltungen, eine Zelle setzte sich auf der nächst höheren Ebene aus vier bis acht Blocks zusammen.³²⁹ Zu seinen Motiven führte Ricklefs 1946 nicht frei von Verklärung aus:

»Nach der Machtergreifung durch die NSDAP wurde ich auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms zum 1. April 1933 wieder in den höheren Schuldienst eingestellt. Diese persönliche Erfahrung bestärkte in mir die Überzeugung, meine Kraft der nunmehr führenden Partei zum Wohle des Volksganzen und im Interesse der Volksgemeinschaft zur Verfügung stellen zu müssen. Die Ortsgruppe Celle-Blumlage, der ich nach meinem Eintritt in die Partei zum 1.5.1933 angehörte, bestand vorwiegend aus Angehörigen der mit der Hand arbeitenden Klasse. Es ergab sich von selbst, insbesondere [sic] infolge meines Berufes, daß an mich der Ruf zur Mitarbeit als Unterführer, als Blockleiter und später als Zellenleiter erfolgte. Diese Arbeit, die mich in die Familien mit ihren Sorgen und Nöten führte, ließ mich über die Standesgrenzen hinweg eine Kameradschaft erleben, wie ich sie vordem in der Jugendbewegung des Wandervogels erfahren hatte und später erst als Soldat wiedergefunden habe.«³³⁰

Zu ergänzen wäre, dass zu den Aufgaben eines »Blockleiters« auch die Bespitzelung der Mitmenschen gehörte. »Verbreiter schädigender Gerüchte« waren festzustellen und gegebenenfalls »an die Ortsgruppe zu melden«, welche dann die »zuständige staatliche Dienststelle« zu alarmieren hatte.³³¹ 1936 zog Ricklefs um und wechselte zur Ortsgruppe Celle-Hehlentor. Dort habe er unter anderem erkannt, dass die »Partei nicht die soziale Arbeit wertete und unterstützte, sondern von den politischen Leitern

³²⁹ Wegehaupt, Funktionäre, S. 39.

³³⁰ Ricklefs an Regierungspräsident Lüneburg, betr. Einspruch gegen die Entlassung als Studienrat, 16.4.46, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, RH/Lbg/Cel/Ed 965 (Entnazifizierungsakte).

³³¹ Zitate nach Organisationsbuch der NSDAP von 1943, zit. in: Wegehaupt, Funktionäre, S. 43; ausführlicher: Schmiechen-Ackermann, »Blockwart«; Wegehaupt, Funktionäre.

eine kritiklose Unterstellung als Parteifunktionär forderte«. Aus diesem Grunde habe er die Aufforderung des stellvertretenden Kreisleiters abgelehnt, die Ortsgruppe Hehrentor als Ortsgruppenleiter zu übernehmen, obwohl ihm bewusst gewesen sei, dass er einen möglichen weiteren Aufstieg in seinem Beruf »von vornherein unterband«. Seiner Personalakte jedoch sind keine beruflichen Nachteile zu entnehmen. Im Gegenteil: Am 1. April 1937 wurde Ricklefs zum Studienrat ernannt und war damit planmäßig angestellter Lehrer an der Kaiserin Auguste-Viktoria Schule (Oberschule für Mädchen).³³²

Innerhalb des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB), dem er zum gleichen Datum (1. Mai 1933) beigetreten war, hatte er nach eigenen Angaben die Funktion eines Abschnittswalters (Januar 1938 bis August 1939, zuständig für den Abschnitt Celle-Stadt), danach als »Sachbearbeiter für Deutsch« inne.³³³ Ein Dokument aus dem Jahr 1935 weist Ricklefs als »Gaufachleiter für Deutsch« im NSLB aus.³³⁴

Im August 1939 wurde Ricklefs zur Wehrmacht eingezogen, was für ihn nach Nachkriegsangaben »eine Erlösung aus einer innerlich unwahr gewordenen Arbeit« bedeutete. Den Zweiten Weltkrieg verbrachte Ricklefs vornehmlich in der Etappe, darunter über längere Zeiträume in Celle bei der Heeresstandortverwaltung bzw. dem Heeresverpflegungsamt.

Nach Kriegsende kehrte Ricklefs in den Schuldienst zurück, wurde aber im März 1946 auf Anordnung der britischen Militärregierung entlassen. Hintergrund waren seine Parteifunktionen in den 1930er Jahren. Der Entnazifizierungsausschuss für Schulen kam im September 1946 zu dem Urteil, dass die Wiedereinstellung von Ricklefs nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 24 abzulehnen war, »obwohl er für eine Weiterverwendung tragbar wäre«. Auch andere Entnazifizierungsgremien plädierten für eine Wiedereinstellung, so dass Ricklefs im Oktober 1947 ohne berufliche Sanktionen der Kategorie IV zugeordnet wurde.

Von 1952 bis 1974 war Ricklefs Leiter des Stadtarchivs Celle und damit in einem entscheidenden Zeitraum an maßgeblicher Stelle mitverantwortlich dafür, dass die Überlieferung von Schriftgut aus der NS-Zeit für Celle sehr dürftig ausfällt, obwohl dort keinerlei Verluste durch Kriegseinwirkungen zu verzeichnen waren. Als Stadtarchivar fungierte er außerdem als Herausgeber der umstrittenen »Geschichte der Stadt Celle« (mehrere Auflagen ab 1961), in der die NS-Zeit so gut wie ausgespart

³³² Personalblatt Ricklefs, StA Celle, 29/63.

³³³ HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, RH/Lbg/Cel/Ed 965 (Entnazifizierungsakte).

³³⁴ Kaiserin Auguste-Viktoria-Schule an Oberbürgermeister, betr. Telefonanschlüsse, 22.2.35, StA Celle, 11 D 13, Bl. 111.

blieb, und Redakteur der Festschrift zur Wiederherstellung der Synagoge (1974), wo er für den bereits erwähnten, verquastenen Kommentar zum Wiederabdruck des verunglückten Artikels seines Vorgängers Otto von Boehn »Die Geschichte der Juden in Celle« verantwortlich zeichnete.³³⁵ Ricklefs eigener, 20-seitiger Beitrag über die jüdische Gemeinde widmet deren vollständiger Auslöschung im Dritten Reich gerade einmal fünf wenig informative Sätze:

»Im Jahr 1933 wohnten 62 jüdische Mitbürger in der Stadt, die damals 28 029 Einwohner umfaßte. Über das Schicksal dieser jüdischen Mitbürger ist nur zum Teil etwas bekannt geworden. Etwa 40 % sind während des 3. Reiches aus Deutschland ausgewandert, während etwa 50 % innerhalb des Deutschen Reiches verzogen sind. Von 3 ehemaligen jüdischen Mitbürgern ist bekannt geworden, daß diese in einem Konzentrationslager verstorben sind. Eine Bürgerin ist nach dem Kriege aus dem Ausland wieder nach Celle zugezogen.«³³⁶

Die Nachforschungen des Archivars und Historikers Ricklefs zum gewaltsamen Ende der jüdischen Gemeinde in Celle lassen sich nur als unengagiert, sein Duktus als distanziert bis verharmlosend bezeichnen. Die wenigen genannten Zahlen sind unvollständig. Nach den Forschungen von Mijndert Bertram lebten 1933 71 Personen jüdischen Glaubens in Celle, von denen mindestens elf unmittelbar den Verfolgungen der Nationalsozialisten zum Opfer fielen.³³⁷ Zu den Personen, die in der namentlichen Aufstellung in der Festschrift von 1974 nicht erwähnt werden, gehört unter anderem die vierköpfige Familie Roberg.³³⁸

Otto Haesler

Die wenigen bislang bekannten Informationen über den Architekten Otto Haesler (geb. 1880³³⁹ und in den 1920er Jahren führender Protagonist des »Neuen Bauens« in Celle), vor allem hinsichtlich seiner Tätigkeiten während der Kriegsjahre, bleiben widersprüchlich. Nach 1933 entzogen ihm die Anfeindungen der Nationalsozialisten die wirtschaftliche Existenz in Celle. 1934 siedelte Haesler über nach Eutin, wo er

³³⁵ Vgl. den Abschnitt über Otto von Boehn.

³³⁶ Ricklefs, Die jüdische Gemeinde, S. 26; vgl. kritisch hierzu bereits Neumann, »Hasenjagd«, S. 55 f.

³³⁷ Bertram, Celle, S. 282.

³³⁸ Aufstellung der Glaubensjuden, die am 16. Juni 1933 in der Stadt Celle gemeldet waren, in: Stadt Celle, Zur Geschichte der Stadt Celle, S. 123 ff.

³³⁹ Auf der Internetseite der otto haesler stiftung (www.celle.de) findet sich ein falsches Geburtsdatum (18. August, muss heißen: 13. Juni).

bis Kriegsbeginn versuchte, seinen Lebensunterhalt mit Privataufträgen (dem Um- und Neubau von Wohnhäusern) zu bestreiten. Mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit feststehen dürfte, dass Haesler kein Mitglied der NSDAP oder einer der angeschlossenen Gliederungen gewesen ist. Zumindest konnten in den personenbezogenen NS-Unterlagen im Bestand »Berlin Document Center« im Bundesarchiv Berlin keinerlei Hinweise dafür gefunden werden.³⁴⁰

Nach der Haesler-Biografie von Simone Oelker – deren Schwerpunkt allerdings auf der Zeit der Weimarer Republik liegt – war er von 1941 bis 1944 stellvertretender Stadtbaurat in Litzmannstadt (Łódź) und Lemberg, 1943 mit Vorplanungen für den Wiederaufbau von Sewastopol beauftragt und ab Februar 1943 wieder in »gehobener Stellung« in Litzmannstadt (Łódź). Oelker stützt sich auf private Briefe Haeslers an seine Tochter.³⁴¹ Bislang nicht thematisiert wurde, dass diese Briefe, soweit deren Inhalt bekannt ist, erhebliche Widersprüche aufweisen.³⁴² So heißt es bei Oelker, Haesler habe in Litzmannstadt außer dem Umbau eines Hotels und des Bürgermeisterwohnhauses nicht viel zu tun gehabt und sich deshalb um einen anderen Posten bemüht. Wegen der Unterforderung habe er mit vier Mitstreitern sogar den Versuch unternommen, sich selbständig zu machen und ein Bauunternehmen zu gründen.³⁴³ Das Tätigkeitsfeld und die persönliche Auslastung des Stellvertreters des Stadtbaurates in Litzmannstadt, der damals sechstgrößten deutschen Stadt (Ende 1939: knapp 750 000 Einwohner³⁴⁴), jedoch dürften deutlich anders ausgesehen haben. Noch dazu, wenn man bedenkt, dass die Aufgabe der Stadtplaner in Łódź darin bestand, einen prestigeträchtigen »deutschen Stadtkern« zu schaffen, in dem Volksdeutsche und Baltendeutsche angesiedelt werden sollten.³⁴⁵ Hinsichtlich von Haeslers Rückkehr nach Litzmannstadt im Februar 1943 nach seiner kurzfristigen »Versetzung« nach Sewastopol heißt es weiter bei Oelker, er sei dann in »gehobener Stellung« als Stadtbaurat tätig gewesen und habe den »verluderten Betrieb« erst einmal auf Vordermann bringen müssen. Mit dieser Position sei er so zufrieden und finanziell so abgesichert gewesen, dass er sogar daran dachte, seine Familie nach

³⁴⁰ So auch die Angabe von Oelker, Haesler, S. 247.

³⁴¹ Oelker, Haesler, S. 247 f.

³⁴² Eine persönliche Einsicht in die Briefe war leider nicht möglich. Nach der Auskunft seines Enkels (schriftliche Mitteilung vom 8.4.10) finden sich darin auch keine weiteren Hinweise auf Haeslers Tätigkeit in Litzmannstadt.

³⁴³ Oelker, Haesler, S. 248.

³⁴⁴ Klein, Ghettoverwaltung Litzmannstadt, S. 31.

³⁴⁵ Ausführlicher zu den Eindeutschungs- und »Neugestaltungs«-plänen in Łódź: Gutschow, Ordnungswahn, S. 143-161.

Lemberg kommen zu lassen.³⁴⁶ Lemberg (in Galizien) aber liegt etwa 375 km (Luftlinie) von Łódź entfernt.

Der Architekturhistoriker Niels Gutschow hat sich intensiv mit den nicht wenigen Architekten beschäftigt, die sich auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichem Ausmaß an der Umsetzung der NS-Planungen einer »Germanisierung« des »eingedeutschten Ostens« beteiligt hatten.³⁴⁷ Seinen Forschungen zufolge war Haesler ab 1940 »nur« stellvertretender Abteilungsleiter im Hochbauamt Litzmannstadt und folgte dann 1941 der Wehrmacht, »um auf der Krim zu arbeiten«. Lemberg als Station wird in seiner Studie nicht erwähnt. Gutschows Angaben basieren auf einem Stellenbesetzungsplan aus dem Staatsarchiv in Łódź.³⁴⁸ Für die Jahre 1942/1943 erwähnt Gutschow einen gewissen, aus Dresden stammenden, Freytag als Stadtbaurat.³⁴⁹

In den letzten drei Jahren erschienen außerdem eine wichtige Dokumentation (Chronik) und drei umfangreiche Studien zur Geschichte des Ghettos in Litzmannstadt.³⁵⁰ Eine weitere Untersuchung behandelt den Behelfsheimbau im Ghetto Litzmannstadt.³⁵¹ Ein Hinweis auf Haesler und dessen Tätigkeit findet sich in keiner dieser Publikationen.³⁵²

Ab August 1944 hielt sich Haesler – Oelker zufolge – krankheitsbedingt wieder in Eutin auf und kehrte nicht mehr nach Litzmannstadt zurück.³⁵³ Nach Kriegsende zog er Ende 1946 in die Sowjetische Besatzungszone, wo er mit dem Wiederaufbau der weitgehend zerstörten Stadt Rathenow beauftragt worden war.³⁵⁴ 1950 wurde ihm in

³⁴⁶ Oelker, Haesler, S. 248.

³⁴⁷ Gutschow, Stadtplanung im Warthegau; ders., Ordnungswahn.

³⁴⁸ Gutschow, Ordnungswahn, S. 58 f.

³⁴⁹ Ebenda, S. 159 f. Bei Oelker (Haesler, S. 247) heißt es, Haesler habe 1941 in Litzmannstadt »von Rat Freitag, der in den Krieg eingezogen wurde, die Position des stellvertretenden Leiters des Stadtbauamtes« übernommen.

³⁵⁰ Feuchert u. a., Chronik des Getto Lodz/Litzmannstadt (2007); Klein, Ghettoverwaltung Litzmannstadt; Horwitz, Ghettostadt (2008); Trunk, Łódź Ghetto (2008, englische Übersetzung einer bereits 1962 in jiddischer Sprache publizierten Studie); vgl. außerdem Wulf, Lodz; Zorn, Nach Ostland.

³⁵¹ Stier, Behelfsheimbau.

³⁵² Auch eine Anfrage bei der Außenstelle des Instituts des Nationalen Gedenkens (IPN) in Łódź erbrachte kein Ergebnis.

³⁵³ Eine Entnazifizierungsakte für Haesler ist nicht überliefert, schriftliche Mitteilung Landesarchiv Schleswig-Holstein, 23.4.10. Auch im Stadtarchiv Eutin (schriftliche Mitteilung vom 11.3.10) waren keine Quellen zu Haesler zu ermitteln.

³⁵⁴ Oelker, Haesler, S. 248 f. Nach Mitteilung der BStU (vom 14.4.10) gibt es dort keine Stasi-Akte von oder über Haesler.

der DDR der Professorentitel verliehen, ein Jahr später avancierte er zum Ordentlichen Mitglied der Deutschen Bauakademie Berlin (Ost).

Holger Barth stellt in seiner Analyse einiger Aufsätze Haeslers fest, dass dessen programmatische Überlegungen nur wenig den politischen Zäsuren in Deutschland – insbesondere in den Jahren 1933 und 1945 – folgen: »Statt dessen entsteht vor dem Hintergrund der Lebensbiografie Haeslers der Eindruck einer Verlaufsgeschichte, bei der ein anderes Kalendarium gilt. Unabhängig der politischen Machtverhältnisse setzte Haesler kontinuierlich seine Expertisen zur Wohnungsbaupolitik fort. Der Grundgedanke behält für ihn noch genauso Gültigkeit nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten und später mit der Etablierung eines weiteren repressiven Staates im Osten Deutschlands.«³⁵⁵

Unterlagen des Hochbauamtes in Litzmannstadt aus den Jahren 1941 bis 1943, die sich im Staatsarchiv Łódź befinden, bestätigen die Darstellung von Gutschow. Demnach arbeitete Haesler ab dem 10. Februar 1941 im Hochbauamt und war dort der »Abt. a« als Architekt zugeordnet.³⁵⁶ Im April 1943 avancierte er zum Leiter der »Abteilung 6501« (der Abt. 1 im Hochbauamt, Behördennummer 650).³⁵⁷ Aus dem bereits von Gutschow zitierten Besetzungsplan vom Juni 1943 geht hervor, dass Haesler damit einer von insgesamt sieben Abteilungsleitern im Hochbauamt war. Handschriftlich ergänzt wurde darauf außerdem Haeslers Funktion als »stellv. Amtsleiter«.³⁵⁸ Ab Mitte August 1943 leitete er kommissarisch das Hochbauamt, da der eigentliche Amtsleiter Dr. Tischer als Leiter der Sofortmaßnahmen zur Durchführung von Luftschutzaufgaben »bis auf weiteres« freigestellt wurde.³⁵⁹ Spätestens ab Januar 1942 nahm Haesler an Dienstbesprechungen im Hochbauamt teil.³⁶⁰ In der Dienstbesprechung vom 15. Juli 1943, an der auch Haesler teilnahm, wurde angekündigt, die Staatspolizei (Gestapo) errichte in der Sulzfelder Straße ein »Strafgefangenen-Lager« für 800 Insassen. Das Bauvorhaben sollte bei »irgend welchen Anträgen weitgehendst unterstützt werden, da die Insassen als Arbeitskräfte für städtische

³⁵⁵ Barth, Unter Streichung einiger Silben, S. 8.

³⁵⁶ Personalliste, undatiert, STA Łódź, Organisation des Stadtamtes (650 – Hochbauamt), sygn. 32178; Personalverteilung im Hochbauamt, 1.2.41, ebenda, sygn. 32173.

³⁵⁷ Hochbauamt, Niederschrift über Dienstbesprechung am 2.4.43, 5.4.43, ebenda, sygn. 32168.

³⁵⁸ Liste der beim Hochbauamt beschäftigten technischen Angestellten und Beamten, 15.6.43, ebenda, sygn. 32171 (alt: 289), Bl. 1.

³⁵⁹ Hochbauamt, Niederschrift über Dienstbesprechung am 30.8.43, 30.8.43, ebenda, sygn. 32168.

³⁶⁰ Hochbauamt, Niederschriften über Dienstbesprechungen am 5.1.42 und vom 2.4.43 bis 30.8.43, ebenda.

Bauvorhaben eingesetzt werden.«.³⁶¹ Die Sulzfelder Straße, eine größere Straße in Łódź, wurde damals durch die Ghettomauern in zwei Teile geteilt. Ob die Pläne zur Errichtung des »Strafgefangenenlagers«, das in keinem der einschlägigen Verzeichnisse nationalsozialistischer Haftstätten erwähnt wird, umgesetzt wurden und ob sie sich auf einen Standort innerhalb oder – was wahrscheinlicher erscheint – außerhalb des Ghettos bezogen, konnte nicht geklärt werden.

Überliefert ist außerdem ein Vorschlag des »stellvertr. Amtsleiters« zur Reorganisation des Hochbauamtes vom Oktober 1943, gerichtet an den Bürgermeister von Litzmannstadt, Karl Marder. Das fünfseitige Dokument ist nicht namentlich unterzeichnet. Es kann aber mit einiger Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass es aus Haeslers Feder stammt. Anliegen des Vorschlags ist der »zweckmäßiger Einsatz der vorhandenen Kräfte und dadurch die gebotene Leistungssteigerung des Hochbauamtes« durch eine grundlegende Neugliederung. Vorgesehen war darin Haesler als Amtsleiter (i.V.) und Leiter der Entwurfs- sowie der technischen Abteilung. Seine Aufgabe als stellvertretender Amtsleiter sollte die »Unterstützung und Vertretung des Amtsleiters in allen bautechnischen Belangen und sonstigen Amtsgeschäften« umfassen. Alle Aufträge sollten in der Haesler unterstehenden Entwurfsabteilung »unter Leitung und Korrektur des Amtsleiters und seines Stellvertreters im ersten Teil des Vorentwurfs bearbeitet und verwaltungsmäßig abgeschlossen« werden und anschließend in der Haesler ebenfalls unterstehenden technischen Abteilung als Bauvorlagen, Ausführungs- und Einzelzeichnungen für die praktische Umsetzung (Kostenberechnung, Vergabe der Arbeiten usw.) in der bauwirtschaftlichen Abteilung vorbereitet werden.³⁶² Mit anderen Worten: Haesler wäre damit die maßgebliche Kraft im Hochbauamt Litzmannstadt gewesen, ohne nominell als Amtsleiter zu fungieren. Inwieweit der Vorschlag umgesetzt wurde, muss offen bleiben, ebenso wie die Frage, ob sich Haeslers Mitteilung an seine Tochter, er habe den »verluderten Betrieb« erst einmal auf Vordermann bringen müssen, unter anderem darauf bezieht.³⁶³

Zusammenfassend sind die Angaben in der Haesler-Biografie von Oelker dahingehend zu korrigieren, dass Haesler in Litzmannstadt (Łódź) nicht Leiter des Stadtbauamtes bzw. dessen Stellvertreter, sondern im Hochbauamt tätig war, zunächst als Architekt, ab 1943 als Abteilungsleiter und stellvertretender Amtsleiter. Seine kon-

³⁶¹ Hochbauamt, Niederschrift über Dienstbesprechung am 12.7.43, 15.7.43, ebenda.

³⁶² Stellvertr. Amtsleiter des Hochbauamtes an Baudezernenten (Bürgermeister Dr. Marder), 1.10.43, ebenda, sygn. 32171 (alt: 289), Bl. 5-9; ausführlicher zu Marder: Klein, Ghettoverwaltung Litzmannstadt, S. 32 ff.

kreten Verantwortlichkeiten lassen sich anhand der vorliegenden Unterlagen nicht näher benennen. Dazu wäre eine kritische Prüfung der Aufträge des Hochbauamtes und eine Analyse des Zusammenwirkens mit anderen Abteilungen des Stadtbauamtes und weiteren Ämtern der Stadtverwaltung erforderlich, die im Rahmen dieser Untersuchung nicht geleistet werden konnte. Anhand seiner Adresse in Litzmannstadt (Ziethenstraße, unweit der Ghettogrenze) ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass Haesler von der Existenz des Ghettos wusste. Inwieweit er über die dort herrschenden furchterlichen Verhältnisse oder auch die Deportationen in die Vernichtungslager informiert war, wird sich kaum noch klären lassen.

³⁶³ Oelker, Haesler, S.

VI Einzelfälle (II)

Der Umstand, dass **Hanns Martin Schleyer** (Jg. 1915) 1977 – zu dem Zeitpunkt Präsident des Arbeitgeberverbandes und Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie – Opfer eines politischen Mordes durch die Rote Armee Fraktion wurde, hat dazu geführt, dass seine Person in der breiten Öffentlichkeit unter Ausblendung seiner NS-Vergangenheit nur (noch) als Opfer wahrgenommen wurde, während sich auf linker Seite lange Zeit ein überzeichnetes Bild seiner Aktivitäten während der NS-Zeit hielt.³⁶⁴ Mit der Schleyer-Biografie von Lutz Hachmeister liegt seit 2004 eine sorgfältig recherchierte Studie vor, die mit zahlreichen Legenden aufräumt.³⁶⁵ So auch mit der vielfach kolportierten Geschichte, Schleyer sei in Prag ein enger Mitarbeiter des berüchtigten stellvertretenden Reichsprotektors und Chefs des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich gewesen und Ende Mai 1942 nur deshalb dem Anschlag auf Heydrich entgangen, da er an diesem Tag ausnahmsweise nicht auf dem Beifahrersitz in dessen Dienstwagen gesessen habe.³⁶⁶

Schleyer schloss sich im März 1931, im Alter von 15 Jahren, der Hitlerjugend an. Kurz vor Beginn seines Jurastudiums wurde er im Juni 1933 Mitglied der SS. Damit war Schleyer – so Hachmeister – »den meisten seiner radikalen Kommilitonen voraus« und bewies »schon damals eine Witterung für einflussreiche politische Netzwerke und die Vektoren der Macht«.³⁶⁷ Zudem begann er sich als Funktionär im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund zu engagieren. Die schlagende Studentenverbindung »Corps Suevia«, der er sich 1933 angeschlossen hatte, verließ er wieder, als diese sich weigerte, den »Arierparagraphen« anzuwenden und jüdische »Alte Herren« auszuschließen. Wenig später warf er der Burschenschaft öffentlich mangelnde nationalsozialistische Gesinnung vor. 1937 avancierte er zum Leiter des Studentenwerks an der Universität Heidelberg und trat in die NSDAP ein. Nach dem »Anschluss« Österreichs wurde Schleyer auf »besonderen Wunsch« seines Förderers, Reichsstudentenführer Gustav Adolf Scheel, mit der Leitung des Studentenwerks an der Universität Innsbruck beauftragt.

1940 war Schleyer als Gebirgsjäger am weitestgehend unspektakulären Einmarsch der Wehrmacht in Frankreich beteiligt, zog sich aber wenig später durch einen Sturz

³⁶⁴ Vgl. Schanetzky, Unternehmer, S. 117 f.

³⁶⁵ Leider verzichtet Hachmeister durchgehend auf Quellen- und Literaturnachweise.

³⁶⁶ Hachmeister, Schleyer, S. 17 f. und S. 206 ff. Nach einer weiteren (unzutreffenden) Legende soll Schleyer der letzte Kampfkommandant von Prag und als solcher verantwortlich für ein Massaker an 41 Zivilisten gewesen sein, vgl. ebenda, S. 379 ff.

³⁶⁷ Ebenda, S. 86.

eine Schulterverletzung zu, die im Mai 1941 zu seiner Ausmusterung führte. Im Juli 1941 übernahm Schleyer die Leitung des Studentenwerkes der Universität Prag. Im November 1941 wurde Schleyer zum SS-Untersturmführer befördert. 1943 wechselte er als Sachbearbeiter zum Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren, dessen Aufgabe vornehmlich in der Lenkung und »Germanisierung« der tschechischen Wirtschaft bestand. Der Verband war unter anderem an der 1943 bereits weitgehend abgeschlossenen »Arisierung« der tschechischen Wirtschaft sowie an der Rekrutierung von Zwangsarbeitern für die deutsche Rüstungsindustrie beteiligt. Innerhalb kurzer Zeit avancierte Schleyer zum Leiter des Präsidialbüros und persönlichen Referenten des einflussreichen Verbandspräsidenten Dr. Bernhard Adolf.

Bei Ausbruch des tschechischen Aufstandes in Prag am 5. Mai 1945 flüchtete Schleyer und wurde zwei Monate später in Konstanz verhaftet. Die folgenden drei Jahre verbrachte er in französischer Internierungshaft. Im Verlauf seiner Überprüfung bediente er sich ebenso wie bei der anschließenden Entnazifizierung einer ganzen »Salve von Zwecklügen« (Hachmeister). Dazu gehörte die Behauptung, er sei bei der SS nur »Scharführer« gewesen, 1941 aus der Partei ausgeschlossen und 1942 aufgrund eines schwebenden SS-Strafverfahrens vom Studentenwerk in Prag gekündigt worden. Ebenso wie Hörstmann gab er an, es sei für »einen verbindungsmäßig erfaßten Studenten« 1933/34 Pflicht gewesen, »entweder der SA oder der SS anzugehören«.³⁶⁸ Zunächst wurde Schleyer als »minderbelastet« (Kategorie III) eingestuft, erreichte aber über eine Berufung im Dezember 1949 seine Eingruppierung als »Mitläufer« (Kategorie IV), verbunden mit einer vorläufigen Aberkennung seines passiven Wahlrechts.

Der Wirtschaftstheoretiker, spätere SPD-Politiker und mehrfache Bundesminister (Wirtschaft und Finanzen) **Karl Schiller** (Jg. 1911) schloss sich im Juni 1933 im Alter von 22 Jahren dem NS-Studentenbund und einen Monat später der SA an. Im Mai 1937 wurde Schiller Mitglied der NSDAP und übte ab 1938 die Funktion des politischen Leiters der Ortsgruppe »Klaus Groth« in Kiel aus. Nach seiner Promotion (1935) war er am Institut für Weltwirtschaft (IWW) der Universität Kiel tätig, wo er ab 1936 die Forschungsgruppe »Marktordnung und Außenwirtschaft« leitete. Gegenstand dieser und weiterer Forschungsgruppen waren die ökonomische Beobachtung

³⁶⁸ Ebenda, S. 236.

der künftigen Kriegsgegner sowie konzeptionelle Überlegungen für einen autarken Großwirtschaftsraum nationalsozialistischer Prägung.³⁶⁹

Der Prähistoriker Prof. **Ernst Sprockhoff** (Jg. 1892) schloss sich 1933 der SA an und wurde 1937 Mitglied der NSDAP.³⁷⁰ Von 1935 bis 1945 war er Erster Direktor der Römisch-Germanischen Kommission in Frankfurt/Main. Im März 1941 wandte sich Sprockhoff an die Reichsführung SS und bat um die Beurlaubung zweier Mitarbeiter, beides SS-Angehörige. Hintergrund waren Pläne seines Instituts, »endlich [...] die bisher absichtlich oder unbewusst verschleierte völkischen Verhältnisse im besetzten Frankreich und Belgien klar zu stellen«. Es handele sich »um Fragen, deren Kenntnis und Lösung für die moderne politische Geschichte von grosser Bedeutung« sind.³⁷¹ Im Vorfeld seiner Aufnahme als ordentliches Mitglied in die Akademie der Wissenschaften im gleichen Jahr beurteilte ihn die Gauleitung Hessen-Nassau wie folgt:

»Charakter und Leumund sind einwandfrei. Seine Einstellung zum heutigen Staat und zur Volksgemeinschaft ist bejahend. Die politische Zuverlässigkeit ist gegeben.«³⁷²

Während des Krieges war Sprockhoff unter anderem im besetzten Norwegen als Kommandeur eines Artillerie-Regiments und als Denkmalspfleger eingesetzt. In dieser Zeit verfasste er in Kooperation mit dem SS-Ahnenerbe ein Buch über die norwegische Vor- und Frühgeschichte (»... und zeugen von einem stolzen Geschlecht«, Oslo 1945), das von der Wehrmacht-Propagandatruppe beim Wehrmachtsbefehlshaber Norwegen hergestellt und in Zusammenarbeit mit dem Höheren SS- und Polizeiführer beim Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete herausgegeben wurde. Voller Begeisterung übereichte der Leiter des SS-Ahnenerbes, SS-Standartenführer Wolfram Sievers, dieses »Zeugnis unserer germanischen Arbeit in Norwegen« im März 1945 Himmler.³⁷³

³⁶⁹ Angaben nach: Hochstätter, Schiller, S. 23 ff.; Hauß/Opitz, Werdegang; zum IWW vgl. Dieckmann, Wirtschaftsforschung.

³⁷⁰ PK Sprockhoff, BAB, BDC.

³⁷¹ Sprockhoff an Reichsleitung SS, 15.3.41, DS, G 138, ebenda.

³⁷² Gauleitung Hessen-Nassau an Gauleitung München-Oberbayern, 16.6.41, PK Sprockhoff, ebenda.

³⁷³ Sievers an Himmler, 16.3.45, DS, G 138, ebenda. Aus wissenschaftlicher Perspektive sei dieses Buch – so Olav Sverre Johansen (Anmerkungen, S. 619-622) – gründlich und objektiv, beinhalte jedoch Elemente von Propaganda und Germanenromantik.

Der Chirurg **August Bier** (Jg. 1861) gilt als Erfinder der Spinalanästhesie (rückenmarksnahe Betäubung). Des Weiteren entwarf er unter anderem den Stahlhelm, der während des Ersten Weltkrieges 1916 in der deutschen Reichswehr eingeführt wurde. 1932 warb er im »Völkischen Beobachter« für die NSDAP. Auf dem Reichsparteitag der NSDAP 1937 wurde er mit dem ersten »Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft«, einer Art NS-Anti-Nobelpreis, ausgezeichnet. 1942 ernannte Hitler den 80-Jährigen zum außerordentlichen Mitglied des Wissenschaftlichen Senats des Heeresmunitionswesens. Bier starb 1949 im Alter von 87 Jahren.³⁷⁴

Der Lehrer und spätere erste Bürgermeister der Stadt Celle **Emil Ermshaus** (Jg. 1902) gab im Entnazifizierungsverfahren an, seit 1930 Mitglied der SPD gewesen zu sein.³⁷⁵ In die SA sei er im Sommer 1933 auf »Naheliegung« von »Parteidienststellen der NSDAP« eingetreten. Nach eigenen Angaben hatte Ermshaus ab März 1935 den Rang eines (SA-)Scharführers. 1938 habe er die SA dann anlässlich seiner Versetzung von Oldendorf (Lüneburg) nach Celle verlassen.³⁷⁶ Bezüglich seiner NSDAP-Mitgliedschaft versuchte auch Ermshaus, sich mit der Legende zu entlasten, er sei als SA-Angehöriger zum 1. Mai 1937, ohne einen Aufnahmeantrag gestellt zu haben, in die Partei aufgenommen worden.³⁷⁷ Aus seiner Mitgliedskarte jedoch geht hervor, dass sein Antrag auf den 2. Juni 1937 datierte und seine Aufnahme rückwirkend zum 1. Mai 1937 erfolgte.³⁷⁸ 1933 wurde Ermshaus Mitglied des NS-Lehrerbundes, wo er von 1934 bis 1936 als Ortsgruppenwalter fungierte. 1934 schloss er sich der NSV an und übte dort von 1935 bis März 1938 die Funktion eines Zellenwalters aus.

Im Fragebogen der Britischen Militärregierung gab Ermshaus (seit Ende August 1939 zur Wehrmacht eingezogen) an, am 17. Februar 1942 »wegen Widersetzung« vom Feldgericht der Oberfeldkommandantur Gent zu drei Monaten Festungshaft verurteilt worden zu sein, ohne weitere Angaben zu dem »Delikt« zu machen. In seinem »politischen Lebenslauf« bleibt diese Haftzeit unerwähnt, so dass zu vermuten ist, dass sie keinen politischen Hintergrund hatte.

³⁷⁴ Klee, Personenlexikon, S. 49.

³⁷⁵ Laut CZ vom 28.5.71 trat Ermshaus 1927 in die SPD ein. Weiter heißt es dort: »Und in dieser Partei fand er auch seinen politischen Standort wieder, nachdem der tausendjährige Spuk beendet war.«

³⁷⁶ Ermshaus, Politischer Lebenslauf, Celle, 11.8.47, in: Entnazifizierungsakte Ermshaus, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 14367.

³⁷⁷ Ebenda.

³⁷⁸ NSDAP-Mitgliedskarte Ermshaus, BAB, BDC.

Nach seiner Entlassung aus britischer Kriegsgefangenschaft 1947 wurde Ermshaus im Zuge der Entnazifizierung als »nomineller Nazi-Unterstützer« (Kategorie IV) eingestuft, verbunden mit der Auflage, keine leitende Stellung als Lehrer einzunehmen.³⁷⁹ Nach Kriegsende schloss sich Ermshaus wieder der SPD an. Von 1957 bis 1967 war er Rektor der Hehlentorschule und von 1965 bis 1971 Erster Bürgermeister der Stadt Celle.

Hildegard Wallis (Jg. 1896) war seit 1930 Lehrerin an der Volksschule in Altencelle.³⁸⁰ Ihr Eintritt in die NSDAP zum 1. Mai 1933³⁸¹ ist bemerkenswert, da der Anteil weiblicher Mitglieder bis 1937 auf fünf Prozent beschränkt war.³⁸² 1933 schloss sich Wallis dem NS-Lehrerbund und dem Deutschen Frauenwerk, 1935 der NSV an. In der NSV übte sie nach eigenen Angaben ab 1935 das Amt einer »Kulturwartin« aus.³⁸³ Die Stellungnahme der Entnazifizierungskammer Kreis Celle-Land, Wallis sei sehr religiös veranlagt und habe »den Zielen der NSDAP sehr kritisch gegenüber gestanden«, ist insofern nicht nachvollziehbar. Wallis wurde im Oktober als »nominelle Nazi-Unterstützerin« (Kategorie IV) eingestuft.³⁸⁴

Theodor Wilkens (Jg. 1890), langjähriger Stadtbaumeister (1927-1945) und späterer Stadtbaurat (1945-1950) von Celle wurde 1933 Mitglied in fünf der NSDAP angeschlossenen Verbänden: dem Reichsbund der deutschen Beamten, der NSV, der Nationalsozialistischen Kriegsoferversorgung, dem Reichsbund für Leibesübungen und dem NS-Reichskriegerbund. Ämter übernahm er nach eigenen Angaben keine.³⁸⁵ In die Partei konnte er aufgrund seiner früheren Mitgliedschaft in einer Loge nicht aufgenommen werden, obwohl sich Oberbürgermeister Ernst Meyer 1937 beim Regierungspräsidenten in Lüneburg und bei Gauleiter Telschow sehr dafür einsetzte. Meyer strich dabei heraus, Wilkens würde »sehr gut mit dem Herrn Kreisleiter« und »außerordentlich stark und rege mit dem Kreispropagandaleiter« zusammenarbei-

³⁷⁹ Entnazifizierungsakte Ermshaus, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 14367.

³⁸⁰ Schulchronik Altencelle, StA Celle, 24 A 111a, Bd. 1, Bl. 118.

³⁸¹ NSDAP-Mitgliedskarte Wallis, BAB, BDC.

³⁸² Kupfer, Generation und Radikalisierung, S. 187.

³⁸³ Wallis, Fragebogen (12 S.), 7.6.45, HSTA Hannover, 171 Lüneburg, 12229.

³⁸⁴ Entnazifizierungskammer Celle-Land, Stellungnahme, 25.10.46, ebenda.

³⁸⁵ Angaben nach Entnazifizierungsakte Wilkens, HSTA Hannover, 171 Lüneburg, 25127.

ten.³⁸⁶ Da Meyer zuvor Rücksprache mit dem zuständigen Ortsgruppenleiter und dem Kreisleiter gehalten hatte, ist kaum vorstellbar, dass er dies ohne das grundlegende Einverständnis von Wilkens tat. Wilkens Verneinung der dezidierten Frage vor der Entnazifizierungskammer, ob mit seinem »Einverständnis jemals durch eine andere Person ein Antrag auf Aufnahme in die NSDAP oder eine Gliederung gestellt worden« war, ist deshalb wenig glaubwürdig.³⁸⁷

Obwohl Wilkens kein Parteimitglied war, wurde er aufgrund von Anschuldigungen, besonders enge Beziehungen zur Gauleitung gepflegt zu haben, zunächst (im Dezember 1947) der Kategorie IV (nomineller Nazi-Unterstützer) zugeordnet. Ein Jahr später erreichte er die Feststellung, vom Entnazifizierungsrecht nicht betroffen zu sein.

³⁸⁶ Meyer an Regierungspräsident Lüneburg, 5.6.37, StA Celle, 7 A 18, Bl. 116; Meyer an Gauleiter Telschow, 26.6.37, ebenda, Bl. 118. Meyer machte sich in beiden Schreiben für den Parteieintritt von insgesamt sieben Abteilungsleitern der Stadtverwaltung stark.

³⁸⁷ Befragung, 13.8.46, in: Entnazifizierungsakte Wilkens, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 25127.

VII Splitter

Bei folgenden Personen war über ihre Parteimitgliedschaft hinaus nicht viel mehr in Erfahrung zu bringen.³⁸⁸ **Hermann von Brellie** (Jg. 1887) war von 1915 bis 1955 Realgemeindevorsteher/Bürgermeister von Westercelle und wurde zum 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP. Gleiches gilt für **Wilhelm Deecke** (Jg. 1911), von 1921 bis 1945 Gemeindevorsteher von Altencelle³⁸⁹, **Karl Meyer** (Jg. 1879), Lehrer, Kantor und Organist in Altencelle, und **Hermann Heine** sen. (Jg. 1882, Parteieintritt im April 1933), von 1933 bis 1945 Bürgermeister von Groß Hehlen. Der langjährige Nachkriegsbürgermeister von Garßen (1945-1946 und 1948-1971) **Gustav Sohnemann** (Jg. 1896) entschloss sich 1937 zu diesem Schritt³⁹⁰, **Heinrich Warnke** (Jg. 1910), der Nachfolger von Wilhelm Deecke als Gemeindevorsteher von Altencelle, »erst« 1940³⁹¹.

Mit **Anton Raky** (Jg. 1868) wird ein weiterer Erdölpionier auf dem Gebiet der Bohrtechnik im Celler Straßenbild geehrt. Unter anderem entwickelte er einen Schnellschlag-Bohrkran, mit dem die Effizienz von Tiefbohrungen erheblich verbessert werden konnte. Anfang der 1930er Jahre geriet die Anton Raky Tiefbohrungen AG mit Sitz in Salzgitter in Konkurs und wurde von anderen Unternehmen übernommen.³⁹² Raky schloss sich bereits im Mai 1932 der NSDAP an, im Alter von 64 Jahren. **Otto Fuhrmann** (Jg. 1900), Besitzer der Kiesgrube in Altenhagen, war ebenfalls bereits Anfang 1932 vor der Machtübernahme zu den Nationalsozialisten gestoßen, ebenso wie **Heinrich Hüdig** (Jg. 1901), Inhaber der Gebr. Hüdig KG, die Mitte der 1950er Jahre eine Fabrik für Absenkungs- und Beregnungsanlagen in Altencelle aufbaute.

³⁸⁸ Sämtliche Angaben, soweit nicht anders oder zusätzlich ausgewiesen, folgen den NSDAP-Mitgliedskarten, BAB, BDC.

³⁸⁹ Der Bericht von Deecke (1.5.47, auszugsweise in: Schulze, Unruhige Zeiten, S. 141-147) handelt fast ausschließlich vom Kriegsende und Diebstählen durch ehemalige Fremdarbeiter in der Zeit danach: »Der Krieg war ja nun zu Ende, aber nun kam das dicke Ende, da haben wir alle unsern Teil erlebt«. Das Ende des NS-Regimes bezeichnete Deecke als »Umsturz«.

³⁹⁰ Nach dem Bericht seines Vaters, Gustav Sohnemann sen. (15.4.47, auszugsweise in: Schulze, Unruhige Zeiten, S. 122-130), führte die Parteizugehörigkeit seines Sohnes zu dessen vorübergehender Absetzung 1946.

³⁹¹ Vgl. auch Entnazifizierungsakte Warnke, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, VE-Celle, 1612/48; irrtümliche Datierung des Parteieintritts auf 1937 im Bericht seines Vorgängers Deecke (auszugsweise in: Schulze, Unruhige Zeiten, S. 141-147, hier: S. 141). 1933/34 war Warnke Mitglied der Reiter-SA gewesen.

³⁹² Gunther, War Structure (Section 1), S. 9 f.; Kockel, Ölpolitik, S. 71, S. 174 und S. 183; Karlsch/Stokes, Faktor Öl, S. 67 und S. 164.

Die beiden Landstallmeister und Leiter des Landgestüts **Theodor Korndorff** (Jg. 1877) und sein Nachfolger ab 1945, Dr. **Georg Steinkopff** (Jg. 1893), wurden 1937 Parteimitglieder. Korndorff hatte sich zudem bereits im Oktober 1933 der Reiter-SA angeschlossen. An den antisemitischen Ausschreitungen in der Pogromnacht im November 1938 habe er sich nach eigenen Angaben nicht beteiligt, sondern fest geschlafen. Zeugen dafür konnte Korndorff nicht benennen.³⁹³

Der Kunstmaler und Schriftsteller **Fritz Graßhoff** (Jg. 1913), der von 1946 bis 1967 in Celle lebte, trat im Mai 1937 in die Partei ein. Ein Jahr später wurde er zur Wehrmacht eingezogen und geriet bei Kriegsende in britische Gefangenschaft.³⁹⁴ Gleiches (Parteiaustritt im Mai 1937) gilt für den deutschen Leichtathleten und Mittelstreckenläufer **Rudolf Harbig** (Jg. 1913), der 1941 die Weltrekorde über 400 Meter, 800 Meter und 1000 Meter hielt. Harbig fiel im März 1944 in der Ukraine. Der spätere langjährige Vorsitzende des TuS Celle und Präsident des Landessportbundes Niedersachsen **Günther Volker** (Jg. 1924) wurde 1942 im Alter von 18 Jahren Parteimitglied.

³⁹³ Entnazifizierungsakte Korndorff, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 10573.

³⁹⁴ Vgl. auch Ansell, Graßhoff (ohne Erwähnung der Parteimitgliedschaft).

Zusammenfassung

Abschließend ist noch einmal zu betonen, dass sich als Ergebnis dieser Recherche nur Befunde benennen, nicht aber abschließende Einschätzungen zu einzelnen Personen formulieren lassen. Bei Eichelberg, Haesler, Hörstmann, Rautenkranz und Thiele konnten deren Aktivitäten in der Kriegszeit auch nach intensiveren Nachforschungen kaum bzw. nur schemenhaft geklärt werden. Wie versah Hörstmann seinen Dienst als Führer der SS-Sanitätsstaffel II/42 und als Lagerarzt im Zwangsarbeiterlager der IG Farben in Landsberg? Was machten Eichelberg in Apeldoorn und Den Haag, Rautenkranz in Ostgalizien, Haesler in Litzmannstadt und Thiele auf Baustellen in Russland? Diese Fragen müssen auch weiterhin offen bleiben.

Festhalten lässt sich, dass insgesamt 41 der Personen, nach denen in Celle Straßen benannt wurden, Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen waren, und/oder das NS-Regime auf sehr unterschiedlichen Ebenen (unter-)stützten oder in einigen Fällen in unterschiedlichem Umfang (mit-)verantwortlich für die Initiierung und Umsetzung von brutalen Repressionsmaßnahmen gegen Kriegsgefangene und Zivilisten und von verbrecherischen Vernichtungsaktionen zeichneten.

Zwei Straßen in Celle sind nach zwei der maßgeblichen Architekten der deutschen Aufrüstung benannt (Fritsch und Beck), von denen einer (Beck) noch vor Kriegsbeginn zu einem Gegner von Hitler wurde, wenn auch mehr aus sachlichen denn aus politischen oder moralischen Gründen. Zwei weitere Straßen sind nach zwei führenden Männern des 20. Juli benannt, die – parallel zu ihren Umsturzplannungen – verbrecherische Befehle initiierten (von Stülpnagel) oder dazu beitrugen, diese im Vorfeld zusätzlich zu verschärfen (Yorck Graf von Wartenburg). Goerdeler hielt bis zum Schluss und in Kenntnis des radikalen Antisemitismus des NS-Regimes, dessen Terror, Gewalt und Vernichtung er strikt ablehnte, an einem Antisemitismus fest, der Ausgrenzung und Entrechtung befürwortete. Im Unterschied dazu ist der Parteimitgliedschaft von Hassell eher geringes Gewicht beizumessen.

Eine differenzierte kritische Würdigung jedes Einzelfalls hätte den Rahmen dieser kleinen Untersuchung gesprengt. Gleichwohl trifft das von Eberhard Klaus für den konservativen Widerstand gezogene Fazit – wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß und mit abweichenden Datierungen – auch auf die hier genannten Widerständler aus konservativen Kreisen, insbesondere auf Beck und Goerdeler, zu:

»Gewiss dürfen wir nicht wohlfeil aus nachträglicher Kenntnis urteilen, der das gesamte ›Dritte Reich‹ als konsequenter Weg nach Auschwitz erscheint. Doch auch ohne moralische Beckmesserei bleibt als Bilanz: Die Konservativen haben Hitler vor 1933

um vieles mehr genutzt, als sie ihm nach 1933 geschadet haben – zuerst schaden wollten, zuletzt schaden konnten.«³⁹⁵

Während sich die Ehrung der Vorgenannten durch Straßennamen bei allen Vorbehalten als Würdigung ihres Weges in den Widerstand gegen Hitler interpretieren lässt, bleiben die Benennungsgründe bei Rommel und Fritsch unersichtlich. Beide sind nicht dem militärischen Widerstand zuzurechnen, sondern blieben zeitlebens in maßgeblichen Positionen loyale Anhänger Hitlers. Rommel war zudem im Herbst 1943 in Italien auf hoher Ebene mitverantwortlich für die Umsetzung verbrecherischer Befehle.

Insgesamt 27 Straßen tragen die Namen von Personen, die Mitglieder der NSDAP waren. Für zwei weitere Personen (Moersberger und Wilkens) liegen entsprechende Anträge vor. Vier hatten sich bereits vor 1933 den Nationalsozialisten angeschlossen (Fuhrmann, Hüdig und Raky sowie Schleyer als HJ-Mitglied), sieben kurz danach (darunter Heinichen und Ricklefs). Zwei Personen (Hörstmann und Schleyer) waren von 1933 bis 1945 Mitglied in der SS, fünf weitere (Ermshaus, Korndorff, Schiller, Sprockhoff und Warnke) gehörten ab 1933 – nach eigenen Angaben zumeist nur vorübergehend – der SA an. Drei Straßen sind nach Frauen benannt (Fueß, Meyer-Rasch und Miegel), die ab Mitte der 1930er Jahre Mitglied in der NS-Frauenschaft waren. Eine Straße trägt den Namen einer Person (Bier), die im April 1932 für die NSDAP warb.

Nicht nur der Vollständigkeit halber sind auch die Straßen in Celle zu nennen, die nach unbelasteten Gegnern und Verfolgten des NS-Regimes benannt sind³⁹⁶:

- Leberstraße in Klein Hehlen (**Julius Leber**, Jg. 1891, 1924 bis 1933 Reichstagsabgeordneter der SPD, 1933 bis 1944 Gefängnis- und KZ-Haft, Mitglied des »Kreisauer Kreises«, Anfang Juli 1944 nach einem ersten Kontakt mit kommunistischen Widerstandskreisen verhaftet und im Oktober 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet)
- Leuschnerstraße in Klein Hehlen (**Wilhelm Leuschner**, Jg. 1890, 1928 bis 1933 Innenminister (SPD) in Hessen, 1933/34 KZ-Haft, Mitglied des »Kreisauer Kreises«, nach dem gescheiterten Hitler-Attentat im September 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet)

³⁹⁵ Klaus, Konservative im Widerstand, S. 198.

³⁹⁶ Soweit nicht anders oder zusätzlich ausgewiesen, folgen die Angaben den im Literaturverzeichnis genannten biografischen Nachschlagewerken.

- Mierendorffstraße in Klein Hehlen (**Carlo Mierendorff**, Jg. 1897, 1930 bis 1933 Reichstagsabgeordneter der SPD, 1933 bis 1938 KZ-Haft, Mitglied des »Kreisauer Kreises«, im Dezember 1943 bei einem Bombenangriff ums Leben gekommen)
- Moltkestraße in Klein Hehlen (**Helmuth James Graf von Moltke**, Jg. 1907, Mitbegründer und Kopf des »Kreisauer Kreises«, im Januar 1944 verhaftet und im Januar 1945 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet)
- Reichweinstraße in Klein Hehlen (**Adolf Reichwein**, Jg. 1898, Pädagoge, Sozialdemokrat, Mitglied des »Kreisauer Kreises«, Anfang Juli 1944 nach einem ersten Kontakt mit kommunistischen Widerstandskreisen verhaftet und im Oktober 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet)
- Witzlebenstraße in Klein Hehlen (**Erwin von Witzleben**, Jg. 1881, Generalfeldmarschall, lehnte den Nationalsozialismus sehr früh ab und gehörte bereits vor Kriegsbeginn der militärischen Opposition an, Absetzung als Oberbefehlshaber West aus gesundheitlichen Gründen im März 1942, nach dem gescheiterten Hitler-Attentat im August 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet)³⁹⁷
- Stauffenbergstraße in Klein Hehlen (**Claus Schenk Graf von Stauffenberg**, Jg. 1907, Oberst, 1943 schwere Verwundung in Afrika, ab 1944 Stabschef beim Ersatzheer in Berlin, führte am 20. Juli 1944 das Attentat auf Hitler aus, in der folgenden Nacht in Berlin standrechtlich erschossen)
- Geschwister-Scholl-Straße in Klein Hehlen (**Hans und Inge Scholl**, Jg. 1918 und 1921, Studenten an der Universität München, Mitbegründer der Widerstandsgruppe »Weiße Rose«, im Februar 1943 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet)
- Bonhoeferstraße in Klein Hehlen (**Dietrich Bonhoefer**, Jg. 1906, Theologe und führender Kopf der »Bekennenden Kirche«, im März 1943 verhaftet und im April 1945 im KZ Flossenbürg ermordet)
- Breitscheidstraße in Klein Hehlen (**Rudolf Breitscheid**, Jg. 1874, 1920 bis 1933 Reichstagsabgeordneter der SPD, 1944 im KZ Buchenwald ums Leben gekommen)
- Ernst-Wiechert-Weg in Westercelle (**Ernst Wiechert**, Jg. 1887, regimekritischer Schriftsteller, 1938 viermonatige KZ-Haft in Buchenwald)

³⁹⁷ Mueller, Witzleben.

Nach kommunistischen Widerstandskämpfern sucht man im Celler Straßenbild vergeblich. Gleiches galt lange Zeit für politische Gegner und NS-Verfolgte aus Celle, mit einer Ausnahme: 1966 bekam eine Straße im Stadtteil Blumlage den Namen von **Albert Köhler** (Jg. 1886), der von 1929 bis 1933 Bürgervorsteher (SPD) und im März/April 1946 übergangsweise Oberbürgermeister, anschließend bis 1948 dessen Stellvertreter gewesen war. Die Nationalsozialisten hatten Köhler zweimal inhaftiert, 1939 einen Monat im Zuchthaus Fuhlsbüttel und 1944 knapp zwei Monate im KZ Neuengamme.³⁹⁸ 2003 schließlich bekam eine Straße in der Altstadt den Namen des Juristen Dr. **Richard Katzenstein** (Jg. 1978), der 1933 wegen seiner jüdischen Abstammung als Senatspräsident des Oberlandesgerichtes Celle entlassen und ins Exil getrieben worden war.³⁹⁹ Zwei Jahre später wurde der langjährige Pastor der Neuenhäuser Kirche, **Wilhelm Voigt** (Jg. 1889), der sich als Obmann der »Bekennenden Kirche« gegen den Nationalsozialismus gestellt und es 1935 gewagt hatte, drei Jüdinnen zu taufen, mit einer Straße gewürdigt.⁴⁰⁰ Mit dem Robert-Meyer-Platz – benannt nach dem 1943 in Auschwitz ermordeten Celler Kaufhausbesitzer **Robert Meyer** (Jg. 1874)⁴⁰¹ – erinnert seit 2007 erstmals ein Name im Straßenbild nicht nur an die Entrechtung, sondern auch an die Ermordung der Juden in der NS-Zeit. Seit 2004 wird der öffentliche Erinnerungsraum in Celle zusätzlich durch mittlerweile 57 Stolpersteine »unterwandert«, die an ehemalige jüdische Mitbürger, politisch Verfolgte und Homosexuelle erinnern, die allesamt Opfer des NS-Regimes wurden.⁴⁰²

Empfehlungen für eventuelle Umbenennungen lassen sich ausschließlich anhand der historischen Befunde, die in vielen Fällen nicht als abschließend gelten können, schwerlich aussprechen. Allein die Mitgliedschaft in der NSDAP kann bei Lichte betrachtet kaum als Kriterium gelten. Im Fall von Graßhoff beispielsweise (der allerdings eher eine Ausnahme zu bilden scheint) setzten sich dessen Nachkriegsaktivitäten deutlich davon ab.⁴⁰³ Die Darstellung hat – besonders markant am Beispiel Hörstmann – gezeigt, dass die Unterlagen und die Ergebnisse der Entnazifizierung in

³⁹⁸ Entnazifizierungsakte Köhler, HSTA Hannover, Nds. 171 Lüneburg, 9793; vgl. Celle – Das Stadtbuch, S. 65.

³⁹⁹ Vgl. u. a. Streich, Senatspräsident Dr. Richard Katzenstein.

⁴⁰⁰ Schäfer-Richter, Niemandsland, S. 107-112.

⁴⁰¹ Vgl. Obenaus, Isidor und Robert Meyer.

⁴⁰² Vgl. die Begleitpublikation von Maehner/Piper, Spurensuche in Celle; vgl. Rohde, Erinnerungspolitik, S. 48 f. Nach Rohdes Erfahrungen mit dem alternativen Stadtrundgang »Celle im Nationalsozialismus« findet etwa die Hälfte der Schüler Stolpersteine am geeignetsten, die Erinnerung an die Verbrechen und Opfer des Nationalsozialismus wach zu halten. Für Straßennamen sprechen sich nur sieben Prozent aus.

⁴⁰³ Vgl. Ansell, Graßhoff.

ihren historischen Zusammenhängen betrachtet werden müssen und 60 Jahre später nicht als Orientierung taugen.

Der zweite ausschlaggebende Faktor bei nach Personen benannten Straßen – die Umstände der Namensgebung, das Selbstverständnis der Benenner und der jeweilige Zeitgeist – war nicht Bestandteil dieser Untersuchung. Nur in Ausnahmefällen sind ausführlicher begründete Benennungsvorschläge überliefert.

Die SS-Mitgliedschaft von Hanns Martin Schleyer und Helmuth Hörstmann war hinreichend bekannt, als vor dreizehn bzw. elf Jahren zwei Straßen nach ihnen benannt wurden. Auch für die jüngsten Umbenennungen im Fall der beiden Bürgermeister Meyer und Blanke waren nicht die im Wesentlichen bereits länger bekannten historischen Befunde ausschlaggebend, sondern ein deutlich abweichendes Selbstverständnis der Repräsentanten der Stadt. In der von allen Fraktionen im Celler Stadtrat mit Applaus bedachten Rede des damaligen Oberbürgermeisters Martin Biermann anlässlich der Entscheidung im Juli 2007, die Ernst-Meyer-Allee umzubenennen, heißt es:

»Nein, er [Ernst Meyer] war ein Mensch seiner Zeit, er hat in ihr und mit ihr gelebt, er hat sich arrangiert, er hat ergebenst funktioniert, sich teils geradezu angedient, er war aktiver Teil des Machtapparates wie hunderttausende Deutsche damals auch. Insoweit ist er Teil deutscher Geschichte. Er hat sich verhalten wie der normale Bürger es zigtausendfach tat. Er war kein Fels in der Brandung, er widersetzte sich nicht, er schwamm wie die meisten im Strom der Verhängnisse und des bitteren Unrechts mit. Seiner in besonders herausragender Weise heute weiterhin zu gedenken, besteht kein Anlass.«⁴⁰⁴

Bei allem Differenzierungsbedarf in jedem Einzelfall trifft dieser Befund im Grunde auf nicht wenige der hier untersuchten Personen zu: Erich Eichelberg, Hanna Fueß, Wilhelm Heinichen, Helmuth Hörstmann, Jürgen Ricklefs, Hanns Martin Schleyer und Hildegard Wallis, aber auch auf die späteren SPD-Politiker Emil Ermshaus und Karl Schiller.

Heinichen als Landrat und Fueß als Schriftleiterin der CZ stützten als Repräsentanten des konservativen Milieus das nationalsozialistische System ebenso wie Oberbürgermeister Meyer und trugen ihren Teil dazu bei, es im Kreis und in der Stadt Celle salonfähig zu machen. In unterschiedlichen Bereichen hatten beide an maßgeblichen Stellen Anteil daran, dass dort alles im Sinne des NS-Regimes funktionierte. Bei Heinichen ist insbesondere die Organisation des Einsatzes von Zwangsarbeitern

⁴⁰⁴ Zitiert nach Abdruck in: CZ, 14.7.07.

zu nennen, bei Fieß ihre propagandistische Tätigkeit, einschließlich der Durchhalteparolen bis zuletzt, mit der sie sich deutlich von ihrer Freundin Meyer-Rasch unterschied. Die Lehrer Ricklefs und Ermshaus, die Lehrerin Wallis sowie der Wirtschaftstheoretiker Schiller unterstützten den Nationalsozialismus – zumindest bis Kriegsbeginn – aktiv an der Basis, Schiller zudem als ökonomischer »Gegnerbeobachter«. Eichelberg war Angehöriger der zivilen Besatzungsverwaltung in den Niederlanden und auf ausführender Ebene an repressiven Maßnahmen gegen den holländischen Widerstand (Entlassungen nach dem Streik 1943) beteiligt. In welchem Ausmaß die Unternehmer Rautenkranz und Thiele als Nutznießer, aber auch als Unterstützer des NS-Regimes zu bezeichnen wären, konnte im Rahmen dieser Untersuchung nicht abschließend geklärt werden, ebenso wenig wie die Rolle, die Haesler als Abteilungsleiter und stellvertretender Amtsleiter des Hochbauamtes in Litzmannstadt (Łódź) spielte. Hörstmann und Schleyer bilden insofern eine Ausnahme, als sie – wenngleich mit unterschiedlicher Verve – schon vor deren Machtübernahme mit den Nationalsozialisten sympathisierten und sich danach deren erklärter Elite-Organisation, der SS, anschlossen und damit zu blindem Gehorsam gegenüber dem »Führer« verpflichteten sowie als NS-Studentenführer (Schleyer) und als Führer einer SS-Sanitätsstaffel (Hörstmann) in maßgeblichen Bereichen – gleichwohl auf sehr unterschiedlichen Ebenen – Funktionen übernahmen.

Über die jeweiligen Motivlagen lassen sich nur Mutmaßungen anstellen. Politische Überzeugung, Verblendung, Opportunismus und berufliches Karrierestreben spielten sicherlich eine gewichtige Rolle, ohne sie im Einzelfall gewichten zu können. Dass das NS-Regime ein verbrecherisches war, steht außer Zweifel. Unstrittig ist mittlerweile ebenfalls, dass es sich nicht allein auf Gewalt und Terror stützte, sondern in hohem Maße auf einem Konsens breiter Bevölkerungsschichten mit dem Regime und seinem charismatischen »Führer« beruhte. Die nationalsozialistische Herrschaft war – so Frank Bajohr – »keine bloße Diktatur von oben nach unten, sondern eine soziale Praxis, an der die deutsche Gesellschaft in vielfältiger Weise beteiligt war«. ⁴⁰⁵ Vor diesem Hintergrund wären auch die hier untersuchten Personen und die oben genannten aktiven Beteiligungen unterschiedlichster Art zu betrachten, auch wenn sich in keinem Fall Befunde auf die Beteiligung an dezidierten Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder an Kriegsverbrechen ergeben haben.

Im »Widerstandsviertel« im Stadtteil Klein Hehlen sind nicht wenige Straßen nach Personen benannt, die von »Blutrichter« Roland Freisler 1944/45 vor dem

⁴⁰⁵ Bajohr, Zustimmungsdiktatur (Zitat: S. 121); vgl. Schmiechen-Ackermann, NS-Herrschaft im »völkischen Kernland des Dritten Reiches«.

Volksgerechtshof auf das Übelste diffamiert und zum Tode verurteilt wurden. Im Februar 1945 bezeichnete die »hurtige Feder« Hanna Fueß Freislers »kämpferische Haltung und Unerschrockenheit« in der Celleschen Zeitung als dessen vorbildlichen und »hervorragenden Charakterzug«. Heute liest sich dieser Nachruf auf einen »Sohn unserer Stadt« wie eine nochmalige Verhöhnung der zum Tode Verurteilten, die mit der Ehrung von Hanna Fueß im Straßenbild Celles ebenfalls einen Platz im öffentlichen Erinnerungsraum bekommen hat.

Hinsichtlich der Umbenennung der Ernst-Meyer-Allee im Juli 2007 führte Oberbürgermeister Biermann weiter aus:

»Es ist ein ganz außergewöhnlicher Schritt, aber er ist unvermeidbar. So schwer es auch fallen mag, Menschen [...] eine ehrende Bekundung wieder zu entziehen, aber wir tragen Verantwortung für zukünftige Generationen, wir müssen ihnen sagen, wer für uns ihre Vorbilder sein sollen und wofür sie geehrt worden sind. Ich kann niemandem mehr gegenüberreten und das für Ernst Meyer guten Gewissens tun.«

Die moralische Messlatte hängt damit vergleichsweise hoch. In Hannover zum Beispiel galt bis kurzem die Richtlinie, Umbenennungen nur dann vorzunehmen, wenn der Namensgeber zu Lebzeiten strafrechtlich zu verfolgen gewesen wäre. An diesem Maßstab gemessen, wären in Celle keine Umbenennungen erforderlich. Orientiert man sich jedoch – wie im Fall von Ernst Meyer – am Kriterium »Vorbild«, ginge es in den genannten Fällen, insbesondere aber im Fall der beiden langjährigen SS-Angehörigen Hörstmann und Schleyer ebenfalls darum, ob die heutigen Repräsentanten der Stadt deren Ehrung im Celler Straßenbild gegenüber zukünftigen Generationen verantworten können. Dass Hörstmanns Umgang mit (der eigenen) NS-Geschichte nicht als Vorbild dienen kann, dürfte außer Frage stehen. In seinem Fall handelt es sich um die Adresse des Rathauses, mithin die repräsentativste Adresse der Stadt und damit den Ort, wo über diese Fragen zu entscheiden sein wird.

Quellen und Literatur

Archive

Archiv Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin (AHU):

Matrikel, 121. Rektorat
Med. Fak. 1092
Stud. Verz. 1931

Archiwum Państwowe w. Łodzi (APL):

Organisation des Stadtamtes (650 – Hochbauamt)
32168 (Niederschriften über die Dienstbesprechungen und Dezentensitzungen
1940-1943)
32171 (Hochbauamt 1943)
32173 (Geschäftsordnung Dienstbetrieb)
32178 (Personalangelegenheiten 1941-1944)

Bayer-Archiv, Leverkusen:

207/16 (Unterlagen der Verteidigung im IG-Farben-Prozess, Verschiedenes)

Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam (BLHA Potsdam):

Rep. 55 Provinzialverband, Abt. I
Rep. 55 Provinzialverband, Abt. VIIb (Gesundheitsverwaltung)
Rep. 55 Provinzialverband, Abt. IX (Wirtschaftsabteilung)
Pr. Br. Rep. 3, Abt. I Med.

Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde (BAB):

BDC	Ehemaliges »Berlin Document Center«
	NSDAP Mitgliederkartei (Orts- und Zentralkartei)
	PK Parteikorrespondenz
	RK Reichskulturkammer
	RS Rasse- und Siedlungshauptamt
	SA Sammlung SA
	SM SS-Untertreiber
	SSO SS-Führer
NS 19	Persönlicher Stab Reichsführer SS
NS 31	SS-Hauptamt

- R 13 VIII Wirtschaftsgruppe Bauindustrie
- R 43 II Reichskanzlei
- R 58 Reichssicherheitshauptamt
- R 83 Zentralbehörden der allgemeinen deutschen Zivilverwaltung in den während
des Zweiten Weltkrieges besetzten Gebieten (ohne Osteuropa)
- R 3001 Reichsjustizministerium
- R 9347 Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands

Bundesarchiv, Koblenz (BAK):

- Z 42 (Spruchgerichte in der britischen Zone)

Bundesarchiv – Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten (BA-DH):

- ZA VI 281, A. 3 (Personalakte Eichelberg)
- ZWM – R 327 (SS-Hauptamt)

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (BStU):

- AF Z I (HA IX/11)

Deutsche Dienststelle (Wehrmachtsauskunftsstelle), Berlin:

- Schriftliche Auskunft vom 13.04.2010

Industrie- und Filmmuseum Wolfen (IFM):

- PA 5834 (Personalakte Hörstmann)

Kreisarchiv Celle (KrA Celle):

- L 2 (Verwaltungsreform 1935-1966)
- L 17 (Kreistagsprotokolle)
- L 43 (Lageberichte 1932-1935)
- L 44 (Lageberichte 1938-1940)
- L 45 (Lageberichte 1941)
- N 32, Nr. 8 a-c (Lageberichte 1942-1945)
- N 39, Nr. 1 (Arbeitsrechtliche Behandlung der Ausländer und Staatenlosen, 1935-1948)
- N 95, Nr. 7/2 (Maßnahmen gegen Juden)
- N 346, Nr. 3 (Suchaktionen für Ausländer, Bd. 1, 1945-1950)

Landesarchiv Berlin (LA Berlin):

C Rep. 375-01-08 Nr. 7818 A. 06

Nationaal Archief, Den Haag (NADH):

CABR (Centraal Archief Bijzondere Rechtspleging)

COOM (Commissie Opsporing Oorlogsmisdadigers)

Nederlands Instituut voor Oorlogsdocumentatie, Amsterdam (NIOD):

Archive 14 (Personal des Beauftragten des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete Südholland)

Archive 20 (Personalabteilung des Beauftragten des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete für die Provinz Südholland)

Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv, Hannover (HSTA Hannover):

Hann. 180 Lün. Acc. 3/005 Nr. 120 II (Medizinische Betreuung von Ostarbeitern und Kriegsgefangenen)

Hann. 180 Lün. Acc. 3/030 Nr. 337 (Überwachung polnischer Arbeiter durch die Polizeibehörden)

Hann. 180 Lün. Acc. 3/049 Nr. 13 (Meldepflicht von Ausländern)

Hann. 180 Lün. Acc. 3/150 Nr. 458 (Überwachung und Behandlung fremdvölkischer Zivilarbeiter und Militärinternierter)

Nds. 50, Acc. 2000/137, Nr. 56 (Staatskanzlei, Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, Einzelfälle)

Nds. 120 Lüneburg, Acc. 88/84, Nr. 2 (Personalakte Walther Hörstmann)

Nds. 120 Lüneburg, Acc. 113/86 Nr. 210 (Personalakte Erich Eichelberg)

Nds. 120 Lüneburg, Acc. 113/86 Nr. 210 (Personalakte Wilhelm Heinichen)

Nds. 171 Hildesheim (Entnazifizierungsakten Regierungsbezirk Hildesheim)

Nds. 171 Lüneburg (Entnazifizierungsakten Regierungsbezirk Lüneburg)

Nds. 211 Lüneburg Nr. 93 (Vermögenskontrolle ITAG)

Nds. 380, Acc. 165/97, Nr. 25 (Verleihung des Verdienstkreuzes der Bundesregierung Deutschland an die Dichterin Agnes Miegel)

Staatsarchiv Aurich (STA Aurich):

Rep. 32, Nr. 55 (darin: Borkum, Bürgermeister)

Staatsarchiv Nürnberg (STA Nürnberg):

Nürnberger Dokumente (NG, NI, NO, PS, SS)

Nürnberger Nachfolgeprozess Fall VI gegen Krauch und andere (IG Farben)

Vernehmung Dr. Fritz Gajewski (01. – 02.03.1948, Auszüge)

Stadtarchiv Celle (Sta Celle):

- 1 D 23a: Magistrat der Stadt Celle: Verschiedenes (u. a. von Boehn: Geschichte der Juden in Celle)
- 4 B 74: Förderung der Pferdezucht
- 5 O 39: Sparkarten und Lohnrückstände für ausländische Arbeiter
- 5 O 74: Übersicht über Ausländerlager
- 5 O 114: Bildung eines Entnazifizierungs-Ausschusses/Entschädigung der Mitglieder (1946-1949)
- 7 A 18: NSDAP (Gau-Einteilung, Hitlerjugend u. a.)
- 11 D 13: Fernsprechanlagen im Rathaus und städtischen Verwaltungsgebäuden (1938-1942)
- 24 A 111a: Schulchronik Altencelle
- 29/53: Personalakte Jürgen Ricklefs
- Amt 10/110, Nr. 308 und 310: Personalakte Erich Eichelberg
- Amt 10/130-222: Aktion gegen das Stahlhelmtreffen 1983
- Amt 32, Nr. 1052: Adelstitel von Hermann Rautenkranz (1940-1942)
- Amt 40, Nr. 5: Personalakte Emil Ermshaus
- Celler Kriegsbriefe, hg. von der Kreisleitung der NSDAP, Celle 1941-1944
- Cellesche Zeitung
- L 7: Nachlass Heinrich Hüner
- L 16: Nachlass Carla Meyer-Rasch
- N 7: Nachlass Hanna Fueß

Dokumentationen und Nachschlagewerke

Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland.

Birk, Gerhard: Spezialinventar Zwangsarbeit und Zwangsarbeiterlager in der Provinz Brandenburg zwischen 1939 und 1945. Quellen im Brandenburgischen Landeshauptarchiv in: Dietrich Eichholtz (Hg.), Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente, Berlin 1993, S. 443-492.

Celle – Das Stadtbuch, hg. von RWLE Möller/Bernd Pausch, Bonn 2003.

Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hg. von Wolfgang Benz/Hermann Graml/Hermann Weiß, Stuttgart 1998.

Feuchert, Sascha/Leibfried, Erwin/Riecke, Jörg (Hg.): Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt, 5 Bde., Göttingen 2007.

- Granier, Gerhard/Henke, Josef/Oldenhage, Klaus: Das Bundesarchiv und seine Bestände, Boppard am Rhein ³1977 (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 10; ¹1961 und ²1968, bearbeitet von Friedrich Facius/Hans Booms/Heinz Boberach).
- Gunther, Albert E.: The war structure of the German Crude Oil Industry 1934-1945 (Oil Field Investigations, Part IV, (Item 30), London o. J. [1946] (Section 1: Government Control, BIOS Final Report 1016; Section 2: Private Industry, BIOS Final Report 1017).
- Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945. Niedersachsen I: Regierungsbezirke Braunschweig und Lüneburg, hg. von Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933-1945/Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) – Bund der Antifaschisten (BdA), Köln 1985.
- Hirsch, Kurt: Rechts von der Union. Personen, Organisationen, Parteien seit 1945, München 1989.
- International Military Tribunal (IMT): Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14.11.1945 bis 01.10.1946, 42 Bde., Nürnberg 1947-1949.
- Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt/M. 2005 (¹2003) [zit.: Klee (1)].
- Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt/M. 2007 [zit.: Klee (2)].
- Krizsan, Julius H.: Die Verfolgung der Juden in und aus Celle 1933 bis 1945, unveröffentl. Manuskript, Winsen 2006.
- Lippelt, Otto/Huckstorf, Ernst (Hg.): Fünfzehn Jahre Stahlhelm in Niedersachsen, Lüchow 1936.
- Maehnert, Sabine/Piper, Joachim (Hg.): Spurensuche in Celle – Stolpersteine, hg. von der Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit Celle e.V., Celle 2008.
- Mitscherlich, Alexander/Mielke, Fred: Medizin ohne Menschlichkeit. Der Nürnberger Ärzteprozeß, Frankfurt 1978.
- Neiss, Marion (unter Mitarbeit von Maren Krüger und Martina Voigt): Kurzbiographien, in: Wolfgang Benz/Walter H. Pehle (Hg.), Lexikon des deutschen Widerstandes, Frankfurt/M. 1994, S. 331-409.
- Reynolds, Nicholas: Der Fritsch-Brief vom 11. Dezember 1938, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 28 (1980), S. 358-371.
- Siebenter Verwaltungsbericht der Stadt Celle für die Jahre 1956-1979, Celle 1982.
- Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« (Hg.): Gesamtverzeichnis »anderer Haftstätten«, bearbeitet von Ralf Possekel und Jens Schley, Berlin (Stand: 29.8.2003).
- Vierhaus, Rudolf (Hg.): Deutsche Biographische Enzyklopädie, München 2007, Bd. 8.
- Vollnhals, Clemens (Hg.): Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München 1991.
- Walk, Joseph (Hg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Heidelberg 1996 (¹1981).
- Weinmann, Martin (Hg.): Das Nationalsozialistische Lagersystem (CCP). Mit Beiträgen von Anne Kaiser und Ursula Krause-Schmitt, Frankfurt/M. 1990.

- Weiß, Hermann (Hg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt/M. 1998.
- Wistrich, Robert: Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon, Frankfurt/M. 1987.

Erinnerungen und Lebensgeschichten

- Ansull, Oskar: Fritz Graßhoff, in: Celle – Das Stadtbuch, S. 115.
- Bertram, Mijndert (Hg.): »...unsere große Zukunft festzuhalten«. Die Celler Heimatschriftstellerin Carla Meyer-Rasch und ihre Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, Celle 2002 (Kleine Schriften zur Celler Stadtgeschichte, Band 5), S. 57-73.
- Bertram, Mijndert: Der unrühmliche Abgang eines vermeintlichen Ehrenbürgers der Stadt Celle [Ernst Meyer], in: Celler Chronik 13 (2006), S. 105-114.
- Brese, Wilhelm: Erlebnisse und Erkenntnisse des langjährigen Bundestagsabgeordneten Wilhelm Brese von der Kaiserzeit bis heute, Marwede 1976.
- Droste, Daniel: Gutachten zur Rolle des Oberbürgermeisters von Celle, Ernst Meyer, im System der nationalsozialistischen Selbstverwaltung, Münster, Juni 2007.
- Eckart, Wolfgang U.: SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS Prof. Dr. med. Karl Brandt, in: Ueberschär, Hitlers militärische Elite, Bd. II, S. 12-19.
- Fraser, Sir David: Generalfeldmarschall Erwin Rommel, in: Ueberschär, Hitlers militärische Elite, Bd. II, S. 184-193.
- Geißler, Kai-Uwe: Die drei Schlachten des Freiherrn von Fritsch oder: Traditionspflege der Bundeswehr am Beispiel Celle-Scheuen, in: Publiz. 22 (1997), S. 17 f.
- Hachmeister, Lutz: Schleyer. Eine deutsche Geschichte, München 2007 (¹2004).
- Hauß, Hans-Jochen/Opitz, Reinhard: Zu Karl Schillers Werdegang, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5 (1967), S. 454-466.
- Hochstätter, Michael: Karl Schiller – eine wirtschaftspolitische Biografie, Diss. phil., Hannover 2006.
- Hoffmann, Peter: Ludwig Beck – Oberhaupt der Verschwörer, in: Klemperer u. a., Das Attentat, S. 24-43.
- Jungius, Martin/Seibel, Wolfgang: Der Bürger als Schreibtischtäter – Der Fall Kurt Blanke, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 56 (2008), S. 265-300.
- Klemperer, Klemens von/Syring, Enrico/Zitelmann, Rainer (Hg.): Das Attentat. Die Männer des 20. Juli 1944, Berlin 1994.
- Köhler, Nils: Otto Telschow – Hitlers Gauleiter in Osthannover, in: Michael Ruck/Karl Heinrich Pohl (Hg.), Regionen im Nationalsozialismus, Bielefeld 2003, S. 121-146.
- Krüger-Charlé, Michael: Carl Goerdelers Versuche der Durchsetzung einer alternativen Politik 1933 bis 1937, in: Schmädeke/Steinbach, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 383-404.
- L., Helena: Fragebogenantwort, Tschechische Republik, Juni 2010.
- Meyer-Rasch, Carla: Das Bilderbuch meines Lebens. Erinnerungen, hg. von Johanna Kiste, Celle 1985.
- Möller, RWLE: Wo wir wohnen. Straßen in Celle, Celle 1995.

- Möller, RWLE: Carla Meyer-Rasch, in: Celle – Das Stadtbuch, S. 179.
- Möller, RWLE/Polster, Bernd: Hermann von Rautenkranz, in: Celle – Das Stadtbuch, S. 211.
- Mühleisen, Horst: Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch, in: Ueberschär, Hitlers militärische Elite, Bd. I, S. 61-70.
- Mueller, Gene: Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben, in: Ueberschär, Hitlers militärische Elite, Bd. I, S. 265-271.
- Müller, Klaus-Jürgen: Generaloberst Ludwig Beck, in: Ueberschär, Hitlers militärische Elite, Bd. I, S. 9-19.
- Murray, Williamson: Werner Freiherr von Fritsch – Der tragische General, in: Smelser/Syring, Militärelite im Dritten Reich, S. 153-170.
- Obenaus, Herbert und Sybille (Hg.): »Schreiben, wie es wirklich war«. Die Aufzeichnungen Karl Dürkefaldens aus der Zeit des Nationalsozialismus, Hannover 1985.
- Obenaus, Sybille: Isidor und Robert Meyer, Großer Plan 2-3: Eine Celler Kaufmannsfamilie, in: Streich, Juden in Celle, S. 173-204.
- Oelker, Simone: Otto Haesler – Eine Architektenkarriere in der Weimarer Republik, Hamburg 2002.
- Rauh-Kühne, Cornelia: Hans Constantin Paulsen: Sozialpartnerschaft aus dem Geiste der Kriegskameradschaft, in: Paul Erker/Toni Pierenkemper (Hg.), Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten, München 1999, S. 109-192.
- Reich, Ines: Carl Friedrich Goerdeler. Ein Oberbürgermeister gegen den NS-Staat, Köln 1997.
- Reuth, Ralf Georg: Erwin Rommel – Die Propagandaschöpfung, in: Smelser/Syring, Militärelite im Dritten Reich, S. 460-475.
- Roberg, Kurt W.: Zwischen Ziegeninsel und Stadtgraben. Eine jüdische Kindheit und Jugend in Celle 1924-1938. Bearbeitet von Joachim Piper, hg. von der Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit Celle e.V., Bielefeld 2005 (Celler Beiträge zur Landes- und Kulturgeschichte, Bd. 34).
- Roberg, Kurt W.: A visa or your life! A boy's life and the odyssey of his escape from Nazi Germany, Bloomington 2009.
- Rohde, Reinhard: Wilhelm Heinichen – »sie nach Buchenwalde abzuschleppen ...«, in: revista 31 (2006), S. 9.
- Schöllgen, Gregor: Ulrich von Hassell 1881-1944. Ein Konservativer in der Opposition, München 1990.
- Schulze, Rainer (Hg.): Unruhige Zeiten. Erlebnisberichte aus dem Landkreis Celle 1945-1949, München 1990.
- Smelser, Ronald/Syring, Enrico (Hg.): Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 Biographische Skizzen, Berlin 1995.
- Streich, Brigitte (Hg.): Juden in Celle. Biographische Skizzen aus drei Jahrhunderten, hg. vom Stadtarchiv Celle, Celle 1996 (Celler Beiträge zur Landes- und Kulturgeschichte, Bd. 26).

- Streich, Brigitte: Senatspräsident Dr. Richard Katzenstein (1878-1942), in: dies., Juden in Celle, S. 33-66.
- Thamer, Hans-Ulrich: Carl Friedrich Goerdeler – Der Motor des konservativ-bürgerlichen Widerstandes, in: Klemperer u. a., Das Attentat, S. 71-93.
- Ueberschär, Gerd R. (Hg.): Hitlers militärische Elite, Bd. I: Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn, Darmstadt 1998.
- Ueberschär, Gerd R. (Hg.): Hitlers militärische Elite, Bd. II: Vom Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende, Darmstadt 1998.

Darstellungen und Abhandlungen

- Aly, Götz: Medizin gegen Unbrauchbare. Soziale Minderwertigkeit als »Euthanasie«-Grund. Die »Aktion Brandt« – Katastrophenmedizin und Anstaltsmord, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 1 (1985), S. 9-74.
- Anschütz, Janet/Fischer, Stephanus/Heike, Irmtraud/Wächtler, Cordula: Gräber ohne Namen. Die toten Kinder Hannoverscher Zwangsarbeiterinnen Hamburg 2006.
- Bahlmann, Peter: Die Rolle von Leumundszeugen bei der Entnazifizierung in Esens, in: Emdener Jahrbuch 82 (2002), S. 186-228.
- Bajohr, Frank: Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg, in: Hamburg im »Dritten Reich«, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Göttingen 2005, S. 69-121.
- Barth, Holger: Unter Streichung einiger Silben. Otto Haeslers Aufsätze zum »Neuaufbau der deutschen Volkswirtschaft«, unveröffentl. Manuskript, o. O. 2007, Kopie in: Sta Celle.
- Benz, Wolfgang (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt/M. 2009.
- Bergbahn, Volker R.: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 33).
- Bertram, Mijndert: Celle – Eine deutsche Stadt vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, Bd. 1: Das Zeitalter der Weltkriege, Celle o. J. [1992].
- Bertram, Mijndert/Voss, Rainer (unter Mitarbeit von Norbert Steinau): Vom Ende des NS-Regimes bis zu den ersten demokratischen Wahlen nach dem Krieg – Ein Abriß der Ereignisse, in: Bomann-Museum Celle, Celle '45, S. 9-40.
- Billig, Joseph: Commissariat general aux juives, (1941-1944), 3 Bde., Paris 1960.
- Bomann-Museum Celle (Hg.): Celle '45. Aspekte einer Zeitenwende. Begleitpublikation zur Ausstellung, Celle 1995.
- Borgstedt, Angela: Die kompromittierte Gesellschaft. Entnazifizierung und Integration, in: Peter Reichel/Harald Schmid/Peter Steinbach (Hg.), Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, München 2009, S. 85-104.
- Borkin, Joseph: Die unheilige Allianz der I.G. Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich, Frankfurt/M. 1981 (The Crime and Punishment of I.G. Farben, New York 1978).

- Bösch, Frank (unter Mitarbeit von Helge Matthiesen): Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen, Göttingen 2002 (Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen, Bd. 19).
- Brakelmann, Günter: Der Kreisauer Kreis, in: Steinbach/Tuchel, Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur, S. 358-374.
- Brink, Cornelia: Ikonen der Vernichtung. Öffentlicher Gebrauch von Fotografien aus nationalsozialistischen Konzentrationslagern nach 1945, Berlin 1998.
- Brüdermann, Stefan: Entnazifizierung in Niedersachsen, in: Dieter Poestges (Hg.), Übergang und Neubeginn. Beiträge zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Niedersachsens in der Nachkriegszeit, Göttingen 1997, S. 97-118.
- Buchheim, Hans: Mitgliedschaft bei der NSDAP, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. I, Stuttgart 1958, S. 313-321.
- Buchheim, Hans: Die SS – das Herrschaftsinstrument, in: ders./Martin Broszat/Hans-Adolf Jacobsen/Helmut Krausnick (Hg.), Anatomie des SS-Staates, 2 Bde., München ⁵1989 (¹1967), Bd. 1, S. 15-201.
- Dieckmann, Christoph: Wirtschaftsforschung für den Großraum, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 10 (1992), S. 146-198.
- Dipper, Christof: Der Widerstand und die Juden, in: Schmäddeke/Steinbach, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 598-616.
- Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen Kultur, Band 1, Opladen 1984.
- Dumschat, Sabine: Aufarbeitung des »NS-Archivs« des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR im Bundesarchiv, Vortragsmanuskript, Stuttgart, 28.09.2005.
- Eichholtz, Dietrich: Krieg um Öl. Ein Erdölimperium als deutsches Kriegsziel (1938-1943), Leipzig 2006.
- Elsner, Gine: Die Betriebsärzte der IG-Farben-Werke. Im Dienste einer Menschenvernichtung durch Arbeit für rüstungspolitische Ziele, in: Winfried Beck u. a. (Hg.), Pax Medica. Stationen ärztlichen Friedensengagements und Verirrungen ärztlichen Militarismus, Hamburg 1986, S. 42-62.
- Erker, Paul: Industrie-Eliten in der NS-Zeit. Anpassungsbereitschaft und Eigeninteresse von Unternehmern in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft 1936-1945, Passau 1994.
- Frewer, Andreas/Siedbürger, Günther (Hg.): Medizin und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Einsatz und Behandlung von »Ausländern« im Gesundheitswesen, Frankfurt/M. 2004.
- Führer, Karl: Der Deutsche Reichskriegerbund Kyffhäuser 1930-1934. Politik, Ideologie und Funktion eines »unpolitischen« Verbandes, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MgM) 2 (1984), S. 57-76.
- Gerlach, Christian: Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion, in: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, Hamburg 1995, S. 427-446.
- Gerlach, Christian: Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999.

- Groeneveld, Ed. G.: The Resistance in the Netherlands, in: Ger van Roon (Hg.), *Europäischer Widerstand im Vergleich. Die internationalen Konferenzen Amsterdam*, Berlin 1985, S. 309-320.
- Gutschow, Niels: Stadtplanung im Warthegau 1939-1944, in: Mechthild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hg.), *Der »Generalplan Ost«. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik*, Berlin 1993, S. 232-270.
- Gutschow, Niels: *Ordnungswahn. Architekten planen im »eingedeutschten Osten« 1939-1945*, Basel 2001 (Bauwelt-Fundamente, Bd. 115).
- Hamann, Matthias: Die Morde an polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern in deutschen Anstalten, in: *Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 1* (1985), S. 121-187.
- Hamerow, Theodore S.: *Die Attentäter. Der 20. Juli – von der Kollaboration zum Widerstand*, München 1999 (On the road to the Wolf's Lair. German resistance to Hitler, Harvard 1997).
- Hayes, Peter: *Industry and ideology. IG Farben in the Nazi Era*, Cambridge 1987.
- Heer, Hannes: Lemberg 1941: Die Instrumentalisierung der NKVD-Verbrechen für den Judenmord, in: Wolfram Wette/Gerd R. Ueberschär (Hg.), *Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert. Manfred Messerschmidt gewidmet*, Darmstadt 2001, S. 165-177.
- Heinemann, Isabel: »Rasse, Siedlung, deutsches Blut«. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003 (Moderne Zeiten. Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 2).
- Herbert, Ulrich: *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn ²1999 (¹1985).
- Hett, Ulrike/Tuchel, Johannes: Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, in: Steinbach/Tuchel, *Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur*, S. 522-538.
- Heusterberg, Babette: *Personenbezogene Unterlagen aus der Zeit des Nationalsozialismus. Das Bundesarchiv und seine Bestände, insbesondere des ehemaligen amerikanischen Berlin Document Centers (BDC)*, in: *Herold Jahrbuch, Neue Folge*, Neustadt a. d. Aisch 2000, S. 147-186.
- Hirschfeld, Gerhard: *Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940-1945*, Stuttgart 1984 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 25).
- Höhne, Heinz: *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS*, Augsburg 1995 (München ¹1967).
- Holtfort, Werner/Kandel, Norbert/Köppen, Wilfried/Vultejus, Ulrich (Hg.): *Hinter den Fassaden. Geschichten aus einer deutschen Stadt*, Göttingen 1982.
- Horwitz, Gordon J.: *Ghettostadt. Łódź and the Making of a Nazi City*, Cambridge 2008.
- Hrabar, Roman/Tokarz, Zofia/Wilczur, Jacek E.: *Kinder im Krieg – Krieg gegen Kinder. Die Geschichte der polnischen Kinder 1939-1945*, Reinbek 1981.
- Hübener, Kristina (Hg. in Zusammenarbeit mit Martin Heinze): *Brandenburgische Heil- und Pflegeanstalten in der NS-Zeit*, Berlin 2002 (Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg, Bd. 3).

- Hürter, Johannes: Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, hg. vom Institut für Zeitgeschichte, München 2007 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 66).
- Johansen, Olav Sverre: Anmerkungen zur archäologischen Tätigkeit in Norwegen in den Jahren 1940-1945, in: Achim Leube (Hg.), Prähistorie und Nationalsozialismus. Die mittel- und osteuropäische Ur- und Frühgeschichtsforschung in den Jahren 1933-1945, Heidelberg 2002, S. 619-622.
- Kaienburg, Hermann: Der Militär- und Wirtschaftskomplex der SS im KZ-Standort Sachsenhausen-Oranienburg. Schnittpunkt von KZ-System, Waffen-SS und Judenmord. Berlin 2006 (Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Bd. 16).
- Karbe, Karl-Heinz: Entstehung und Ausbau des faschistischen Betriebsarztsystems und dessen Funktion bei der Ausbeutung der deutschen Arbeiter und ausländischen Zwangsarbeiter, in: Achim Thom/Genadij Ivanovič Caregorodcev (Hg.), Medizin unterm Hakenkreuz, Berlin (Ost) 1989, S. 205-250.
- Karlsch, Rainer/Stokes, Raymond G.: Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859-1974, München 2003.
- Karlsch, Rainer: Ein vergessenes Großunternehmen. Die Geschichte der Karpaten Öl AG, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JfW) 2004/1, S. 95-138.
- Kater, Michael H.: Ärzte als Hitlers Helfer. Mit einem Geleitwort von Hans Mommsen, Hamburg 2000 (Doctors under Hitler, Chapel Hill 1989).
- Kellerhoff, Sven Felix: Die Erfindung des Parteimitglieds. Rhetorik des Herauswindens: Wie heute die NSDAP-Mitgliedschaft kleingeredet wird, in: Benz, Wie wurde man Parteigenosse?, S. 167-180.
- Klaus, Ekkehard: Konservative im Widerstand, in: Steinbach/Tuchel, Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur, S. 185-201.
- Klee, Ernst: »Euthanasie« im NS-Staat. Die »Vernichtung lebensunwerten Lebens«, Frankfurt/M. 1983.
- Klein, Peter: Die Ghettoverwaltung Litzmannstadt 1940-1944. Eine Dienststelle im Spannungsfeld von Kommunalbürokratie und staatlicher Verfolgung, Hamburg 2009.
- Kockel, Titus: Geologie und deutsche Ölpolitik, 1928 bis 1938. Die frühe Karriere des Erdölgeologen Alfred Theodor Bentz, Diss. phil., Berlin 2003.
- Köhler, Nils: Kriegsgefangene und Fremdarbeiter im Landkreis Celle 1939-1945, unveröffentl. Magisterarbeit an der Christian-Albrechts-Universität Kiel, Kiel 1998.
- Köhler, Nils: Zwangsarbeit in der Lüneburger Heide. Organisation und Alltag des »Ausländereinsatzes« 1939-1945, Bielefeld ²2004 (¹2003).
- Kolb, Eberhard: Bergen-Belsen. Vom »Aufenthaltslager« zum Konzentrationslager 1943-1945, Göttingen 1996.
- Krausnick, Helmut: Hitlers Einsatzgruppen. Die Truppen des Weltanschauungskrieges 1938-1942, Frankfurt/M. 1985.
- Krüger, Dieter: Archiv im Spannungsfeld von Politik, Wissenschaft und öffentlicher Meinung. Geschichte und Überlieferungsprofil des ehemaligen »Berlin Document Center«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 45 (1997), S. 49-74.

- Krüger, Wolfgang: Entnazifiziert! Zur Praxis der politischen Säuberung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1982.
- Kupfer, Torsten: Generation und Radikalisierung. Die Mitglieder der NSDAP im Kreis Bernburg 1921-1945. Ein Resümee, in: Historical Social Research 31 (2006), S. 180-222.
- Kwiet, Konrad: Reichskommissariat Niederlande. Versuch und Scheitern nationalsozialistischer Neuordnung, Stuttgart 1968 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 17).
- Liere, Klaus-Peter: Aus den Akten der Reichskanzlei: Über Krankenhäuser, Krankenanstalten und Bäderwesen im Deutschen Reich von 1921-1945 mit dem Versuch einer Darstellung der »Aktion Brandt«, d. h. der Errichtung von Ausweichkrankenhäusern durch das Reich im letzten Kriege, Diss. med., Bochum 1980.
- Lilienthal, Georg: Patientinnen und Patienten aus brandenburgischen Heil- und Pflegeanstalten als Opfer der NS-»Euthanasie«-Verbrechen in Hadamar, in: Hübener, Brandenburgische Heil- und Pflegeanstalten in der NS-Zeit, S. 303-318.
- Lindner, Stephan H.: Hoechst. Ein I.G. Farben Werk im Dritten Reich, München 2005.
- Linke, Annette: Der Multimillionär Frey und die DVU. Daten, Fakten, Hintergründe, Essen 1994.
- Maibaum, Elmar: Die Reichspogromnacht in Celle, Celle 1998.
- Metzger, Karl-Heinz/Schmidt, Monika/Wehe, Herbert/Wiemers, Martina: Kommunalverwaltung unterm Hakenkreuz. Berlin-Wilmersdorf 1933-1945, hg. vom Bezirksamt Wilmersdorf von Berlin, Berlin 1992.
- Meyer, Ahlrich: Die deutsche Besatzung in Frankreich 1940-1944. Widerstandsbekämpfung und Judenverfolgung, Darmstadt 2000.
- Meyer-Rasch, Carla: Kleine Wanderung durch die Stadt, in: Celler Kriegsbriefe 10 und 11 (November/Dezember 1941), S. 83 f.
- Michels, Christine: Das Ausweichkrankenhaus der Stadt Berlin in Karlsbad, Diss. med., Berlin 1979.
- Mielke, Jörg: 100 Jahre Landkreis Celle. Ein Beitrag zur Geschichte Niedersachsens, Celle 1985.
- Mildt, Dick de/Meihuizen, Joggli: »Unser Land muß tief gesunken sein...« Die Aburteilung deutscher Kriegsverbrecher in den Niederlanden, in: Norbert Frei (Hg.), Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2006, S. 283-325.
- Millhahn, Ulrike: Die verlorene Pressefreiheit, in: Holtfort u. a., Hinter den Fassaden, S. 169-173.
- Millhahn, Ulrike: Blutgetränkt und heimattreu – 164 Jahre Cellesche Zeitung, in: Holtfort u. a., Hinter den Fassaden, S. 174-179.
- Mommsen, Hans: Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes, München 2000.
- Mommsen, Hans: Der Widerstand gegen Hitler und die nationalsozialistische Judenverfolgung, in: ders., Alternative zu Hitler, S. 384-415.
- Münkel, Daniela: Bauern und Nationalsozialismus. Der Landkreis Celle im Dritten Reich, Bielefeld 1991 (Hannoversche Schriften zur Regional- und Lokalgeschichte, Bd. 2).

- Neumann, Klaus: Eine »Hasenjagd« in Celle, in: RWLE Möller Stiftung (Hg.), »Hasenjagd« in Celle. Das Massaker am 8. April 1945, Celle 2005 (Celler Hefte 1-2), S. 33-62 (dt. Übers. des Kapitels aus: ders., Shifting Memories. The Nazi Past in the New Germany, Ann Arbor 2000, S. 41-68).
- Neusüss-Hunkel, Ermenhild: Die SS, Hannover 1956.
- Nolzen, Armin: Vom »Jugendgenossen« zum »Parteigenossen«. Die Aufnahme von Angehörigen der Hitler-Jugend in die NSDAP, in: Benz, Wie wurde man Parteigenosse?, S. 123-150.
- Nolzen, Armin: »...eine Art von Freimaurerei in der Partei«? Die SS als Gliederung der NSDAP, 1933-1945, in: Schulte, Die SS, Himmler und die Wewelsburg, S. 23-44.
- Pagenstecher, Cord: Lagerlisten und Erinnerungsberichte. Neue Quellen zur Topografie und ärztlichen Betreuung der Berliner Zwangsarbeiterlager, in: Frewer/Siedbürger, Medizin und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus, S. 91-108.
- Pehle, Walter H. (Hg.): Der Judenpogrom 1938. Von der »Reichskristallnacht« zum Völkermord, Frankfurt/M. 1988.
- Pflock, Andreas: Auf vergessenen Spuren. Ein Wegweiser zu Gedenkstätten in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg, hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006.
- Plumpe, Gottfried: Die I.G. Farbenindustrie AG. Wirtschaft, Technik und Politik 1904-1945, Berlin 1990.
- Pollmeier, Heiko: Inhaftierung und Lagererfahrung deutscher Juden im November 1938, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 8 (1999), S. 107-130.
- Pöppinghege, Rainer: Geschichte mit Füßen getreten: Straßennamen und Gedächtniskultur in Deutschland, Paderborn 2005 (Paderborner Universitätsreden).
- Rauh-Kühne, Cornelia: Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte (AfS) 35 (1995), S. 35-70.
- »Reichskristallnacht« in Hannover, hg. vom Historischen Museum am Hohen Ufer, Hannover 1978.
- Reiter, Raimond: Tötungsstätten für ausländische Kinder im Zweiten Weltkrieg. Zum Spannungsverhältnis von kriegswirtschaftlichem Arbeitseinsatz und nationalsozialistischer Rassenpolitik, Hannover 1993.
- Ricklefs, Jürgen: Die jüdische Gemeinde, in: Stadt Celle, Zur Geschichte der Juden in Celle, S. 9-30.
- Ricklefs, Jürgen (Hg.): Geschichte der Stadt Celle, Celle ³1992 (²1976, ¹1961, Schriftenreihe des Stadtarchivs Celle und des Bomann-Museums, Heft 5/6).
- Rode, Norbert: Niedersachsen unter britischer Besatzung. Die Entwicklung des Landkreises Celle 1945-1947, unveröffentl. Examensarbeit an der Universität Hannover, Hannover 1978.
- Rohde, Reinhard: Verdrängen – vergessen – vergegenwärtigen. Erinnerungspolitik – Was prägt(e) in Celle die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus?, in: RWLE Möller Stiftung (Hg.), Gedächtnislücken? Erinnerungs- und Gedächtniskultur nach 1945 in Celle, Celle 2006 (Celler Hefte 3-4), S. 33-55.

- Rohde, Reinhard/Wegener, Tim: Celle im Nationalsozialismus. Ein topographischer Überblick, Celle 2007.
- Rohde, Reinhard: Die Proteste gegen das »Stahlhelm«-Bundestreffen in Celle 1983, in: revista 35 (2007), S. 18-21.
- Romijn, Peter: Die Nazifizierung der lokalen Verwaltung in den besetzten Niederlanden als Instrument bürokratischer Kontrolle, in: Wolfgang Benz/Johannes Houwink ten Cate/Gerhard Otto (Hg.), Die Bürokratie der Okkupation. Strukturen der Herrschaft und Verwaltung im besetzten Europa, Berlin 1998, S. 93-120.
- Rose, Wolfgang: »Ich will hier raus«. Die Landesanstalten Sorau und Landsberg in der NS-Zeit, in: Hübener, Brandenburgische Heil- und Pflegeanstalten in der NS-Zeit, S. 207-230.
- Roth, Karl Heinz/Ebbinghaus, Angelika (Hg.): Rote Kapellen – Kreisauer Kreise – Schwarze Kapellen. Neue Sichtweisen auf den Widerstand gegen die NS-Diktatur 1938-1945, Hamburg 2004.
- Roth, Karl Heinz: Der 20. Juli 1944 und seine Vorgeschichte, in: ders./Ebbinghaus, Rote Kapellen – Kreisauer Kreise – Schwarze Kapellen, S. 16-68.
- Roth, Karl-Heinz: Die I.G. Farbenindustrie im Zweiten Weltkrieg, Bremen 2009, in: www.wollheim.memorial.de (Zugriff: 05.03.2010).
- Sandkühler, Thomas: »Endlösung« in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941-1944, Bonn 1996.
- Schäfer-Richter, Uta: Im Niemandsland. Christen jüdischer Herkunft im Nationalsozialismus – Das Beispiel der hannoverschen Landeskirche, Göttingen 2009.
- Schanetzky, Tim: Unternehmer: Profiteure des Unrechts, in: Norbert Frei (Hg.), Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt/M. 2002, S. 73-126.
- Schmädecke, Jürgen/Steinbach, Peter (Hg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985.
- Schmiechen-Ackermann, Detlef: Der »Blockwart«. Die unteren Parteifunktionäre im nationalsozialistischen Terror- und Überwachungsapparat, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 48 (2000), S. 575-602.
- Schmiechen-Ackermann, Detlef: Die nationalsozialistische Herrschaft im »völkischen Kernland« des »Dritten Reiches«. Politik und Gesellschaft in den NS-Gauen Osthannover, Südhannover-Braunschweig und Weser-Ems 1933-1945, in: Geschichte Niedersachsens, Band 5, Hannover 2010 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, Bd. 36), S. 199-452.
- Schmelzer, Janis: IG Farben. Vom »Rat der Götter«. Aufstieg und Fall, Stuttgart 2006.
- Schneider, Ulrich: Niedersachsen 1945/46. Kontinuität und Wandel unter britischer Besatzung, hg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 1984.
- Schreiber, Gerhard: Deutsche Kriegsverbrechen in Italien. Täter – Opfer – Strafverfolgung, München 1996.
- Schreiber, Peter Wolfram: IG Farben. Die unschuldigen Kriegsplaner. Profit aus Krisen, Kriegen und KZs. Geschichte eines deutschen Monopols, Düsseldorf 1987.

- Schulte, Jan Erik: Die SS, Himmler und die Wewelsburg, Paderborn 2009 (Schriftenreihe des Kreismuseums Wewelsburg, Bd. 7).
- Schulte, Jan Erik: Zur Geschichte der SS. Erzähltraditionen und Forschungsstand, in: ders., Die SS, Himmler und die Wewelsburg, S. XI-XXXV.
- Schwarze, Gisela: Kinder, die nicht zählten. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg, Essen 1997.
- Solchany, Jean: Das deutsche Bild der Résistance. Identifizierungslogiken und Ausrottungsstrategien des Militärbefehlshabers in Frankreich, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 14 (1997), S. 25-42.
- Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945, Stuttgart 2001.
- Stadt Celle (Hg.): Zur Geschichte der Juden in Celle. Festschrift zur Wiederherstellung der Synagoge, bearbeitet von John Busch/Jürgen Ricklefs, Celle 1974.
- Stegmann, Dirk: Lüneburg 1933-1945, in: Mischa Kuball (Hg.), »urban context« – Projekt Bunker Lüneburg, Lüneburg 2000, S. 83-106.
- Stein, George H.: Geschichte der Waffen-SS, Düsseldorf 1978 (The Waffen SS – Hitler's Elite Guard at War 1939-1945, New York 1965).
- Stein, Peter: Die nordostniedersächsische Tagespresse. Von den Anfängen bis 1945. Ein Handbuch, Stade 1994.
- Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933-1945, Bonn 2004.
- Stelbrink, Wolfgang: Der preußische Landrat im Nationalsozialismus. Studien zur nationalsozialistischen Personal- und Verwaltungspolitik auf Landkreisebene, Münster 1998.
- Stielke, Sebastian: Arisierung und Wiedergutmachung in Celle, Bielefeld 2008 (Hannoversche Schriften zur Regional- und Lokalgeschichte, Bd. 22/Celler Beiträge zur Landes- und Kulturgeschichte, Bd. 37).
- Stier, Frank: Kriegsauftrag 160. Behelfsheimbau im Ghetto Litzmannstadt (Łódź) und im KZ-Außenlager Königs Wusterhausen durch das Deutsche Wohnungshilfswerk, Berlin 1999.
- Strebel, Bernhard: Celle April 1945 revisited. Ein amerikanischer Bombenangriff, deutsche Massaker an KZ-Häftlingen und ein britisches Gerichtsverfahren, Bielefeld 2008 (Celler Beiträge zur Landes- und Kulturgeschichte, Bd. 38).
- Streich, Brigitte: Einführung: Zur Geschichte der Juden in Celle, in: dies. (Hg.), Juden in Celle. Biographische Skizzen aus drei Jahrhunderten, hg. vom Stadtarchiv Celle, Celle 1996, S. 11-32.
- Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Bonn 1991 (1978).
- Streit, Christian: Angehörige des militärischen Widerstands und der Genozid an den Juden im Südabschnitt der Ostfront, in: Gerd R. Ueberschär (Hg.), NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, Darmstadt 2000, S. 90-103.

- Sydnor, Charles: Soldaten des Todes. Die 3. SS-Division »Totenkopf« 1933-1945, Paderborn 2002 (Soldiers of Destruction. The SS Death's Head Division 1933-1945, Princeton 1977).
- Tautz, Joachim: Militaristische Jugendpolitik in der Weimarer Republik. Die Jugendorganisationen des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten: Jungstahlhelm und Scharnhorst, Bund deutscher Jungmannen, Regensburg 1998.
- Trunk, Isaiah: Łódź Ghetto. A History. Translated and edited by Robert Moses Shapiro. Introduction by Israel Gutman, Bloomington/Indianapolis 2006 (Jerusalem ¹1962).
- Tuchel, Johannes (Hg.): Der vergessene Widerstand. Zu Realgeschichte und Wahrnehmung des Kampfes gegen die NS-Diktatur, Göttingen 2005 (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, Bd. 5).
- Urban, Markus: Die Konsensfabrik. Funktion und Wahrnehmung der NS-Reichsparteitage, 1933-1941, Göttingen 2007.
- Vögel, Bernhild: »Entbindungsheim für Ostarbeiterinnen« Braunschweig Broitzemer Straße 200, hg. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Hamburg 1989.
- Vögel, Bernhild: »Rassisch unerwünscht«. Sowjetische und polnische Zwangsarbeiterinnen und ihre Kinder, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland 8 (2004), S. 125-144.
- Vögel, Bernhild: Säuglingslager – »ein Massenexperiment allergrößten Stiles«?, in: Frewer/Siedbürger, Medizin und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus, S. 309-340.
- Völker, Peter: Wahlen und politische Parteien im Raum Celle von 1867 bis 1972, Diss. phil., Hannover 1977.
- Wegehaupt, Phillip: Funktionäre und Funktionseliten der NSDAP. Vom Blockleiter zum Gauleiter, in: Benz, Wie wurde man Parteigenosse?, S. 39-59.
- Wegener, Tim: »Die Stimmung wird immer mehr wahre Kriegsstimmung«. Die Lage- und Stimmungsberichte des Celler Landrats während des Zweiten Weltkriegs, in: Celler Chronik 16 (2009), S. 155-172.
- Wegner, Bernd: Hitlers politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933-1945. Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite, Paderborn ⁵1997 (¹1982).
- Wehe, Herbert: Gesundheitsverwaltung, in: Metzger u. a., Berlin-Wilmersdorf 1933-1945, S. 229-280.
- Weigel, Björn: »Märzgefallene« und Aufnahmestopp im Frühjahr 1933. Eine Studie über den Opportunismus, in: Benz, Wie wurde man Parteigenosse?, S. 91-109.
- Wember, Heiner: Entnazifizierung nach 1945. Die deutschen Spruchgerichte in der britischen Zone, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU) 43 (1992), S. 405-426.
- Wenzel, Mario: Die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossene Verbände. Ein Überblick, in: Benz, Wie wurde man Parteigenosse?, S. 19-38.
- Wetzel, Juliane: Die NSDAP zwischen Öffnung und Mitgliedersperre, in: Benz, Wie wurde man Parteigenosse?, S. 74-90.

- Winter, Sebastian: »Hinter diesen schlichten Worten steht ein Heldentum ...« Eine Quellenkritik der »Kriegschronik« von Hanna Fueß, in: RWLE Möller Stiftung (Hg.), Umbrüche. Celler Lebensgeschichten, Celle 2010 (Celler Hefte 5-6), S. 39-74.
- Wulf, Josef: Lodz. Das letzte Ghetto auf polnischem Boden, Bonn 1962 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst, Heft 59).
- Zelnhefer, Siegfried: Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feierjahr, Nürnberg 1991 (Schriftenreihe des Stadtarchivs Nürnberg, Bd. 46).
- Zorn, Gerda: Nach Ostland geht unser Ritt. Deutsche Eroberungspolitik und die Folgen. Das Beispiel Lodz, Köln ²1988 (Bonn ¹1980).

Tabellarische Übersicht

Name	Straße	1933-1945	Bemerkung	Quellen
Ludwig Beck (1880-1944)	Beckstr. (Klein Hehlen), seit 16.12.66	General der Artillerie; Chef des Truppenamtes (1933-1935), Chef des Generalstabs des Heeres (1935-1938); gilt als der Planer der Aufrüstung und einer der Schöpfer der Wehrmacht des »Dritten Reiches« zur Herstellung deutscher Hegemonie in Zentraleuropa	ab 1938 zunehmend zentrale Figur des national-konservativen Widerstands; führend am Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 beteiligt; wurde noch am gleichen Abend erschossen	Klee (1); Weiß; Wistrich; Müller
Prof. Dr. August Bier (1861-1949)	August-Bier-Str. (Hehlentor)	im April 1932 Aufruf für die NSDAP im »Völkischen Beobachter«; 1937 Auszeichnung mit dem ersten »Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft« (einem NS-Anti-Nobelpreis); Ernennung zum außerordentlichen Mitglied des Heeresamtswesens durch Hitler am 18.8.42	Chirurg, Ordinarius und Direktor des Chirurgischen Universitätsklinikums Ziegelstraße in Berlin	Klee (1)
Otto von Boehn (1874-1957)	Otto-von-Boehn-Str. (Blumlage), seit 14.5.92	kein Parteimitglied; antisemitische Passagen in einem später im »Celler Beobachter« veröffentlichten Aufsatz		StA Celle, Entnazifizierungsakte
Hermann von Brellie (*1887)	Brelliestr. (Westerzelle), seit 14.9.73	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1933 (Mitglieds-Nr. 2 569 441)	1915-1955 Realgemeindevorsteher/Bürgermeister von Westercelle	BDC
Wilhelm Deecke (*1911)	Wilhelm-Deecke-Str. (Altencelle)	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1933 (Mitglieds-Nr. 2 621 329)	1921-1945 Gemeindevorsteher von Altencelle	BDC; Schulze (141-147)
Erich Eichelberg (1912-1989)	Erich-Eichelberg-Str. (Blumlage), seit 3.6.99	SA-Mitglied seit Juli 1933; NSDAP-Mitglied seit 1.5.1937 (Mitglieds-Nr. 4 785 598)	Jurist; ab 1943 Angehöriger der zivilen Besatzungsverwaltung in den Niederlanden; Stadtdirektor (1955-1962) und Oberstadtdirektor (1962-1977) der Stadt Celle	BDC, Entnazifizierungsakte, BA-DH, NIOD, NADH
Emil Ermshaus (1902-1971)	Emil-Ermshaus-Str. (Blumlage), seit 14.9.73	SA-Mitglied seit 27.6.1933; NSDAP-Mitglied seit 1.5.1937 (Mitglieds-Nr. 4 720 378)	während des Krieges: Wehrmacht; 1957-1967: Rektor an der Hehlentorschule; Erster Bürgermeister der Stadt Celle (SPD, 1965-1971)	BDC; Entnazifizierungsakte

Werner Freiherr von Fritsch (1880-1939)	Fritschstr. (Scheuen), seit 29.10.75	General der Artillerie, Chef der Heeresleitung (1934-1938, 1935 umbenannt in Oberbefehlshaber des Heeres); maßgeblicher Organisator der deutschen Aufrüstung; offener Antidemokrat und Antisemit; tolerierte 1934 Hitlers Morde während der »Röhm-Affäre«; ab Januar 1937 Träger des Goldenen Parteiabzeichens	wurde nach einer Intrige, er sei homosexuell, im Februar 1938 gestürzt, aber bereits einen Monat später vom Reichskriegsgericht rehabilitiert; Teilnahme am Überfall auf Polen als Chef des 12. Artillerieregiments; bei Warschau am 22.09.1939 gefallen	Klee (1); Mühlen; Murray
Hanna Fueß (1886-1973)	Hanna-Fueß-Weg (Alten- celle)	Mitglied des »Kampfbundes für deutsche Kultur« (spätestens ab 1933); Mitglied der NS-Frauenschaft (ab 1935); Redaktion und Veröffentlichungen in den »Celler Kriegsbriefen«	Heimatschriftstellerin und Journalistin	BDC; Winter; Schulze; Möller; Stadtbuch; StA Celle
Otto Fuhrmann (*1900)	Fuhrmanns Birken, seit 14.9.73	NSDAP-Mitglied seit 1.1.1932 (Mitglieds-Nr. 866 229)	Besitzer der Kiesgrube in Altenhagen	BDC
Carl Goerdeler (1884-1945)	Goerdelerstr. (Klein Heh- len), seit 16.12.66	1930-37 Oberbürgermeister von Leipzig; kein Parteimitglied; begrüßte die Machtübernahme der Nationalsozialisten zunächst und blieb bis zum Schluss »konservativer« Antisemit, der Entrechtung und Ausgrenzung befürwortete, Terror, Gewalt und Vernichtung aber strikt ablehnte	gilt als Kopf des zivilen konservativen Widerstands; sollte nach dem erfolgreichen Attentat auf Hitler im Juli 1944 Reichskanzler werden; am 2.2.1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet	Dipper; Mommsen; Reich; Krüger-Charlé; Thamer
Fritz Graßhoff (1913-1997)	Fritz- Graßhoff- Gasse (Alt- stadt), seit 2.10.97	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1937 (Mitglieds-Nr. 6 038 064)	Kunstmaler und Schriftsteller, lebte 1946-1967 in Celle	BDC; Stadtbuch
Otto Haesler (1880-1962)	Haeslerstr. (Hehlentor)	kein Parteimitglied	1941-1944 Architekt im Hochbauamt Litzmannstadt (Łódź), ab 1943 als stellv. Leiter	Oelker; Gutschow; STA Łódź
Rudolf Harbig (1913-1944)	Rudolf- Harbig-Str. (Altencelle), seit 14.9.73	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1937 (Mitglieds-Nr. 5 878 331)	dt. Leichtathlet, fiel am 5.3.1944 in der Ukraine	BDC
Ulrich von Hassell (1881-1944)	Hasselstr. (Klein Heh- len), seit 29.10.75	NSDAP-Mitglied seit 1.11.1933 (Mitglieds-Nr. 3 285 722)	Diplomat; 1938 aus dem diplomatischen Dienst entfernt; ab 1939 konservativer Widerstand; im September 1944 hingerichtet	BDC; Klee (1); Wistrich; Schöllgen

Hermann Heine sen. (1882-1950)	Bürgermeister-Heine-Str. (Groß Hehlen)	NSDAP-Mitglied seit 1.4.1933 (Mitglieds-Nr. 1 645 738)	1933-1945 Bürgermeister von Groß Hehlen	BDC
Wilhelm Heinichen (1883-1967)	Wilhelm-Heinichen-Ring (Westerzelle), seit 13.9.73/ 23.2.78	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1933 (Mitglieds-Nr. 2 624 519); Fördermitglied der SS (seit 1933)	Landrat Kreis Celle (1919-1945); Oberbürgermeister der Stadt Celle (1952-1964); Ehrenbürger der Stadt Celle seit 1969	BDC; Entnazifizierungsakte; Stadtbuch; Köhler; Münkler; Mielke
Dr. Helmuth Hörstmann (1909-1993)	Helmuth-Hörstmann-Weg (Blumlage), seit 3.6.99	SS-Mitglied seit 1.5. bzw. 1.8.1933 (Mitglieds-Nr. 155 951); NSDAP-Mitglied seit 1.5.1937 (Mitglieds-Nr. 4 831 946); 1938/39 Lehrgang für die »Polizeiverstärkung«; ab 20.4.39 SS- Untersturmführer; ab 30.1.42 SS-Obersturmführer; ab 1942 Führer der SS-Sanitätsstaffel II/42	Facharzt (Chirurg); ab Juli 1944 nebenamtlicher Betriebsarzt im Fremd- arbeiterlager des IG Farben-Werkes in Landsberg/Warthe; Bürger- meister/ Oberbürgermeister der Stadt Celle (1973-1986); Träger des Ehrenrings der Stadt Celle seit 1985	BDC; Entnazifizierungsakte; Stadtbuch; IFM; BA-DH; BStU; LA Berlin; BLHA
Heinrich Hüdig (*1901)	Heinrich-Hüdig-Str. (Altencelle), seit 15.12.78	NSDAP-Mitglied seit 1.9.1932 (Mitglieds-Nr. 1 296 285)	Gebr. Hüdig KG erwar- ben 1955 ein Gelände in Altencelle und erbauten dort eine Fabrik für Be- regnungsanlagen	BDC
Heinrich Hüner (*1881)	Heinrich-Hüner-Str. (Blumlage), seit 15.12.78	kein Parteimitglied; Lehrer; mind. 100 Beiträge im »Celler Beobachter«	leitete 1921-1933 die Volksbühne	BDC
Theodor Korndorff (1877-1948)	Korndorffweg (Westerzelle)	SA-Mitglied seit 23.10.1933; NSDAP-Mitglied seit 1.5.1937 (Mitglieds-Nr. 4 231 480)	Landstallmeister (1927- 1945) und Leiter des Landgestüts	BDC; Entnazifizierungsakte
Karl Meyer (1879-1972)	Kantor-Meyer-Str. (Altencel- le), seit 14.9.73	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1933 (Mitglieds-Nr. 2 602 603)	Lehrer, Kantor und Or- ganist in Altencelle	BDC; Entnazifizierungsakte
Carla Meyer-Rasch (1885-1977)	Carla Meyer-Rasch-Str. (Neuenhäusern), seit 18.12.97	ab Oktober 1935 Mitglied der NS-Frauenschaft	Heimatschriftstellerin, Ehrenbürgerin der Stadt Celle seit 1973	BDC; Stadtbuch; Bertram; StA Celle
Agnes Miegel (1879-1964)	Agnes-Miegel-Str. (Scheu- en), seit 14.9.73	eines der literarischen Aus- hängeschilder des NS- Regimes; Mitunterzeichnerin des »Gelöbnisses treuester Gefolgschaft« für Hitler im Oktober 1933; ab 1937 Mit- glied der NS-Frauenschaft; 1939 Goldenes Ehrenzeichen der Hitlerjugend; NSDAP- Mitglied seit 1.7.1940 (Mit- glieds-Nr. 8 145 438)	ostpreußische Heimat- dichterin (»Mutter Ost- preußens«)	BDC; Klee (1)

Felicitas Rose Moersberger (alias Felicitas Rose) (1862-1938)	Felicitas-Rose-Str. (Hustedt), seit 14.9.73	ab 1932 Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV); Antrag auf Mitgliedschaft in der NSDAP am 14.11.37	Schriftstellerin	BDC
Anton Raky (*1868)	Rakyweg (Westercele), seit 18.12.87	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1932 (Mitglieds-Nr. 1 094 677)	Führender Pionier auf dem Gebiet der Bohrtechnik; Träger der Ehrendoktorwürde der Bergakademie Clausthal-Zellerfeld	BDC
Hermann von Rautenkranz (1883-1973)	Im Rautenkranz (Hehlentor), seit 25.10.73	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1937 (Mitglieds-Nr. 5 975 501); Juli 1943 Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer	Unternehmer (Gründer und Inhaber der ITAG); 1943 Betriebsdirektor der »Gruppe West« der Karpaten Öl AG (Ausbeutung der galizischen Ölindustrie); Generalkonsul; Ehrenbürger der Stadt Celle seit 1973	BDC; Entnazifizierungsakte
Dr. Jürgen Ricklefs (1900-1991)	Ricklefsstr. (Blumlage), seit 14.5.92	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1933 (Mitglieds-Nr. 2 575 845); Parteifunktionär (Blockleiter: 1934, Zellenleiter: 1934-1936)	Oberstudienrat am Kaiserin-Auguste-Viktoria-Gymnasium (1928-1963); Leiter des Stadtarchivs Celle (1952-1974)	BDC; Entnazifizierungsakte
Erwin Rommel (1891-1944)	Rommelstr. (Klein Hehlen), seit 29.10.75	als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B in Italien im September 1943 mitverantwortlich für eine Anordnung zu unnachsichtiger Härte im Umgang mit italienischen Kriegsgefangenen	Generalfeldmarschall, im Oktober 1944 zum Suizid gezwungen	Klee (1); Schreiber
Karl Schiller (1911-1994)	Karl-Schiller-Str. (Wietzenbruch), seit 27.11.97	SA-Mitglied seit Juli 1933; NSDAP-Mitglied seit 1.5.1937 (Mitglieds-Nr. 4 663 250); ab 1938 Parteifunktionär (Ortsgruppenleiter)	Wirtschaftstheoretiker; Politiker (nach 1945, SPD), Bundeswirtschaftsminister (1966-1972, ab 1971 zusätzlich Finanzminister)	BDC; Klee (1); Hochstätter
Dr. Hanns Martin Schleyer (1915-1977)	Hanns-Martin-Schleyer-Str. (Wietzenbruch), seit 27.11.97	Mitglied der Hitlerjugend (1931-1933); SS-Mitglied seit 1.7.1933 (Mitglieds-Nr. 227 014); NSDAP-Mitglied seit 1.5.1937 (Mitglieds-Nr. 5 056 527); ab 9.11.41 SS-Untersturmführer	Jurist; Manager und Wirtschaftsfunktionär; Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA, ab 1973); Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI, ab 1977); im Herbst 1977 von der Roten Armee Fraktion entführt und ermordet	BDC; Hachmeister

Gustav Sohnemann (1896-1989)	Bgm.- Sohnemannpl atz (Garßen), seit 7.12.89/ 19.12.02; Bürgermeis- ter-Sohne- mann-Str. (Garßen)	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1937 (Mitglieds-Nr. 5 687 160)	Bürgermeister von Garßen (1945-1946 und 1948-1971); Kapellen- und Kirchenvorsteher (1945-1970); Ehrenbürger der Gemeinde Garßen	BDC; Schulze (122-129)
Prof. Dr. Ernst Sprockhoff (1892-1967)	Ernst- Sprockhoff- Str. (Klein Hehlen), seit 19.12.02	SA-Mitglied bereits vor 1933; NSDAP-Mitglied seit 1.5.1937 (Mitglieds-Nr. 4 702 169)	Archäologe, u. a. Grabungen am Altenceller Burgwall (1935/36)	BDC; Klee (2)
Dr. Georg Steinkopff (1893-1967)	Steinkopffweg (Westercele), seit 29.10.75	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1937 (Mitglieds-Nr. 4 238 488)	Landstallmeister und Leiter des Landgestüts (1945-1959)	BDC; Entnazi- fizierungsakte
Karl-Heinrich von Stülpnagel (1886-1944)	Stülpnagelstr. (Klein Heh- len), seit 6.6.84	General der Infanterie; Februar bis November 1941 Befehls- haber der 17. Armee; 1941 Mitnregung von Pogromen; 1942-1944 Militärbefehlshaber in Frankreich; u. a. verantwort- lich für brutale »Sühnemaß- nahmen« (Geisellerschießun- gen)	intensive Kontakte zu der Berliner Widerstandsgruppe um Graf von Stauffenberg; sollte nach dem gelungenen Attentat auf Hitler die etwa 1 000 in Paris stationierten SS- Angehörigen verhaften; am 30.08.1944 in Berlin- Plötzensee hingerichtet	Streit; Hürter; Sandkühler; Heer; Solchany; Meyer
Helmut Thiele (1904-1968)	Helmut ¹ - Thiele-Str. (Westercele), seit 14.9.73	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1933 (Mitglieds-Nr. 2 569 468)	Bauingenieur und seit 1928 Geschäftsführer der Fa. Marahrens (Celle); 1943 bauunternehmerisches Engagement in den besetzten Gebieten der Sowjetunion (Ukraine)	BDC; Entnazi- fizierungsakte; BAB
Günther Volker (1924-1999)	Günther- Volker- Stadion, seit 14.12.00	NSDAP-Mitglied seit 1.9.1942 (Mitglieds-Nr. 9 110 472)	30 Jahre Vorsitzender des TuS Celle, Präsident des Landessportbundes Niedersachsen; Träger des Großen Niedersächsischen Verdienstkreuzes; Träger des Ehrenrings der Stadt Celle seit 1985	BDC
Hildegard Wallis (*1896)	Hildegard- Wallis-Str. (Altencelle), seit 23.7.98	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1933 (Mitglieds-Nr. 2 607 785)	Lehrerin in Altencelle	BDC; Entnazi- fizierungsakte

¹ Auf Straßenschild irrtümlich »Helmuth«

Heinrich Warnke (1910-1963)	H.-Heinrich- Warnke-Str. (Altencelle)	Mitglied der Reiter-SA (1933-1934); NSDAP-Mitglied seit 1.1.1940 (Mitglieds-Nr. 7 387 385)	Gemeindedirektor von Altencelle (1945-1961 od. 1963)	BDC; Entnazifizierungsakte; Schulze (141)
Theodor Wilkens (1890-1955)	Theo-Wilkens- Str. (Altstadt), seit 4.7.68	wollte 1937 Parteimitglied werden, was ihm aufgrund seiner früheren Mitgliedschaft in einer Loge trotz »sehr guter« Zusammenarbeit mit Parteidienststellen verwehrt blieb	1927-1945 Stadtbaumeister und 1945-1951 Stadtbaurat von Celle	StA Celle; Entnazifizierungsakte
Peter Graf Yorck von War- tenberg (1904-1944)	Yorckstr. (Klein Heh- len), seit 29.10.75 (Erstbenennung)	Verwaltungsbeamter und Leutnant der Reserve; 1942 bis 1944 im Stab des Wirt- schaftsstabs Ost	Mitbegründer der Widerstandsgruppe »Kreisauer Kreis«; am 8.8.44 in Berlin- Plötzensee hingerichtet	Gerlach